

Das Parlament

Berlin, Montag 02. Juli 2018

www.das-parlament.de

68. Jahrgang | Nr. 27 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Appell des Präsidenten

Antonio Tajani Er warnt vor nationalen Alleingängen in der Flüchtlingspolitik und will mehr Geld, um die illegale Migration über das Mittelmeer zu verhindern.



Antonio Tajani, seit Anfang 2017 EU-Parlamentspräsident, fordert sechs Milliarden Euro Investitionen, um die Mittelmeerroute zu schließen. Der 64-Jährige verweist auf „das Vorbild der Vereinbarung mit der Türkei, durch die die Balkanroute geschlossen werden konnte“. Und drohend schrieb er in einem „Welt“-Beitrag unmittelbar vor dem EU-Gipfeltreffen: „Wenn die Mitgliedstaaten keinen gemeinsamen Weg finden, die Ströme von Einwanderern und Asylbewerbern einzudämmen, droht dem gesamten Projekt der EU der Todesstoß versetzt zu werden.“ Der frühere Journalist und EU-Kommissar ist Mitgründer von Berlusconi konservativer Forza Italia. Tajani gilt als umgänglich und eng vernetzt in der EU. *kru*

ZAHL DER WOCHE

40.000

Flüchtlinge sind 2018 von Januar bis Mitte Juni über das Mittelmeer nach Europa gekommen. Das waren halb so viele wie im gleichen Vorjahreszeitraum. In den ersten sechs Monaten 2016 waren es noch mehr als 215.000. Die meisten Flüchtlinge landeten in Italien (15.600), gefolgt von Griechenland (12.300) und Spanien (12.000).

ZITAT DER WOCHE

»Das ist eine gute Botschaft.«

Angela Merkel (CDU), Bundeskanzlerin, in einer ersten Reaktion zu den Beschlüssen des EU-Gipfels zur Neuordnung der Asylpolitik

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
NSU-Verfahren Der Mammuthprozess geht nach fünf Jahren zu Ende **Seite 6**

KULTUR UND BILDUNG
Berufsbildung Parlament debattiert über eine Enquete-Kommission **Seite 7**

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Handelsstreit Ein Zollkrieg droht die Weltwirtschaft zu schädigen **Seite 10**

KEHRSEITE
Jugend Schüler simulieren eine Debatte im Bundestag **Seite 14**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Wenn Maschinen denken

ENQUETE-KOMMISSION Bundestag setzt Expertengremium zur Künstlichen Intelligenz ein

Deutschland ist Fußball-Weltmeister – zumindest in der Welt der Roboter. Beim „Robo-Cup“ in Montreal konnte die Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig kürzlich das Turnier mit ihren humanoiden Robotern für sich entscheiden. Da sich die Roboter nur einen halben Meter pro Sekunde bewegen, ist das für Außenstehende momentan noch nicht sonderlich spannend. Bis 2050 soll sich das ändern: Dann sollen Roboter gegen Menschen antreten können – und gewinnen. Voraussetzung dafür ist neben Fortschritten in der Robotik auch die Weiterentwicklung der Künstlichen Intelligenz (KI), damit die Roboter mit Messi, Ronaldo und Co. mithalten können. Die Fortschritte in der Entwicklung der KI, einem sehr weiten, nicht klar definierten Feld, schlagen aktuell weltweit Wellen, wecken Hoffnungen und rufen Ängste hervor (siehe Seite 3).

Nun wird sich auch eine Enquete-Kommission des Bundestages mit dem Megatrend befassen. Zwei Jahre lang sollen jeweils 19 Abgeordnete und Sachverständige klären, was KI eigentlich ist, welche Chancen und Herausforderungen bestehen sowie Vorschläge entwickeln, was die Politik tun muss und kann, um die Entwicklung zu gestalten. Dem Einsetzungsantrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und Die Linke (19/2978) stimmten vergangenen Donnerstag nach der Debatte auch Bündnis 90/Die Grünen und die AfD zu.

Klar ist für alle Fraktionen: KI hat bereits großen Einfluss auf Arbeitsleben und Alltag. Das bringe jedoch nicht nur Potenziale, sondern auch große gesellschaftliche Herausforderungen mit sich. Diese Veränderungen müssten nicht nur begleitet, sondern vor allem aktiv gestaltet werden, sagte Nadine Schön (CDU). „Die Debatte ist kein Hype. Es ist Fakt, dass KI der größte technologische Treiber der Digitalisierung ist“, so Schön. Egal ob in der Medizin, in der Mobilität oder der industriellen Produktion, die KI stelle einen zunehmend wichtigen Wirtschaftsfaktor dar.

Europäische Werte „KI wird fast alle unsere Lebens- und Arbeitsbereiche beeinflussen und wegweisend sein für unsere Zukunft wie keine andere Entwicklung im technologischen Bereich. Darauf müssen wir vorbereitet sein“, mahnte Sören Bartol (SPD). Deutschland und Europa hätten perspektivisch die Chance, sich in dem Feld der KI zwischen den USA und China zu behaupten. Allerdings müsse dies auf



So sehen Weltmeister aus: Teams aus Deutschland räumten beim „Robo-Cup“ ab. Was spielerisch daherkommt, ist auch Testfeld für Künstliche Intelligenz. © picture-alliance/dpa

eine Art und Weise geschehen, „die untrennbar mit europäischen Werten verbunden ist“, betonte er. Voraussetzung dafür sei, dass der maschinell produzierte Reichtum und Wohlstand auch fair verteilt würde. „KI ist weder gut noch böse. Sie ist das, was wir aus ihr machen“, sagte er.

Durch Smartphone, Sprachsteuerung oder den Fahrsensoren im Auto gehöre Künstliche Intelligenz bereits zur täglichen Realität, sagte Uwe Kamann (AfD). „KI ermöglicht auch staatliche Überwachung. In China existiert bereits ein Überwachungssystem, das Einfluss auf die Zukunft von Millionen von Menschen hat. Das wollen wir hier nicht“, sagte Kamann. Ein verantwortungsvoller Umgang mit der KI müsse das Mindestergebnis der Kommission sein, um ein ethisch stabiles Fundament auf den Weg zu bringen und den Qualitätsbegriff des „Made in Germany“ wieder mit neuem Leben zu füllen. Der FDP-Abgeordnete Mario Brandenburg merkte an, dass die digitale Revolution

nicht zwangsläufig solch ein Erfolg wie die industrielle Revolution werden müsse. „Wir unterstützen den Antrag, würden uns aber mehr Vorarbeit wünschen. Andere Nationen wie Kanada, Finnland, Japan oder Südkorea sind da wesentlich weiter und haben bereits eine nationale Handlungsstrategie“, sagte er. Es brauche vor allem eine offene Debatte, um Bedenken in Teilen der Bevölkerung auszuräumen.

Deutschland verfüge über das Potenzial in Forschung, Bildung, Kultur und Produktion, aber wenn keine konkreten Leitlinien entwickelt würden, würden das die großen Technologiekonzerne übernehmen. „Das kann nicht der Anspruch unserer Parlamente sein“, sagte Brandenburg. Dass die meisten Fragen beim Thema KI regulatorische Problematiken über alle Politikfelder hinweg betreffen, machte Petra Sitte (Die Linke) deutlich: „Die Frage, wie wir mit Maschinen umgehen, die vielleicht über vergleichsweise menschliche Eigen-

schaften verfügen, weist über das politische Alltagsgeschäft hinaus.“ Ihre Hoffnung sei, dass es der Enquete-Kommission gelinge, den Bogen von den technologischen Entwicklungen und Rahmenbedingungen bis hin zu gesellschaftlichen Fragen zu spannen.

Kritik der Grünen Man dürfe bei dem Thema nicht blind mit den USA und China konkurrieren, sagte Anna Christmann (Bündnis 90/Die Grünen). Auch wirtschaftliche und soziale Risiken und Chancen müssten im Blick behalten werden. Die Grünen kritisierte, dass die Enquete-Kommission nicht regulär öffentlich tagen soll: „Es ist falsch, die Enquete-Kommission hinter verschlossenen Türen tagen zu lassen. Das Vertrauen der Menschen ist Voraussetzung für die Akzeptanz einer solchen Technologie“, sagte sie. Auch deshalb werde sich ihre Fraktion zur Aufgabe machen, die Bevölkerung in Dialogforen und Online-Beteiligungsverfahren einzubeziehen. Der Antrag (19/3016) der Grünen, alle Sitzungen der Enquete-Kommission öffentlich stattfinden zu lassen, war mit den Stimmen der CDU/CSU und der SPD abgelehnt worden. *Lisa Brüßler*

»KI ist weder gut noch böse. Sie ist das, was wir aus ihr machen.«
Sören Bartol (SPD)

EDITORIAL Ängstliche Faszination

VON JÖRG BIALLAS

Die Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz sind faszinierend. Und sie machen Angst. Da ist etwa die in Science-Fiction-Darbietungen hinreichend beschriebene Sorge, Datensysteme könnten unkontrollierbar werden, weil sie so programmiert sind, dass sie sich ohne menschliches Zutun weiterentwickeln. Wenn Rechner automatisch selbst lernen und das Gelernte dann auch anwenden, ist keine ausufernde Begabung zur Fantasie nötig, um Szenarien zu beschreiben, die der Menschheit gefährlich werden können. Nicht auszumalen, was beispielsweise sich selbst konfigurierende Waffensysteme anrichten könnten.

Auch wird die Künstliche Intelligenz die Gefühlswelt erfassen. Moderne Systeme können menschliche Empfindungen erkennen und darauf entsprechend reagieren. Der Roboter hat Mitleid und tröstet, erkennt Wut und beschwichtigt, errechnet Hunger und füttert, sieht Leiden und heilt. Fähigkeiten, die in einer alternden Gesellschaft mit immer einsameren Menschen durchaus segensreich sein können. Es wird also darauf ankommen, welche Sicherungssysteme bei Zukunftstechnologien eingebaut werden. Fortschritt ist nicht zuvorderst eine Frage der technischen Machbarkeit, sondern gleichermaßen eine durch ethische Grenzen definierte moralische Kategorie.

Gut also, dass der Bundestag dem Thema Künstliche Intelligenz eine Enquete-Kommission widmen will, um genau dieses Spannungsfeld auszuloten. Eile ist geboten. Denn der Anschluss an die Spitzenforschung droht verloren zu gehen. Die findet längst in Übersee statt, in China und in den USA. Auch bei der Anwendung hinkt Deutschland hinterher: Hierzulande nutzen nicht einmal 20 Prozent aller Unternehmen Künstliche Intelligenz; in China und den USA liegt dieser Wert doppelt so hoch.

Eine Schlüsselfrage wird die politische und gesellschaftliche Diskussion notwendigerweise prägen: Wie halten wir es mit dem Datenschutz? Denn Künstliche Intelligenz basiert auf einer Vielzahl individueller Daten, die zu Recht unter besonderem Schutz des Gesetzes stehen. Auch darauf beruht übrigens der technische Vorsprung anderer Nationen, die das Thema nicht so genau nehmen. Es wird darauf ankommen, eine Balance zwischen Fortschritt und Persönlichkeitsschutz auszutarieren. Kein leichtes Unterfangen. Aber eines, das unbedingt anzugehen ist.

Die eigentliche Arbeit kommt erst noch

EUROPA Merkel wertet die Einigung im EU-Asylstreit als Erfolg. Ratspräsident Tusk warnt vor »schwieriger Umsetzung«

Es war ein besonders schweres Ausspiel für Angela Merkel (CDU). Nachdem CSU-Chef und Bundesinnenminister Horst Seehofer angedroht hatte, bereits in anderen EU-Staaten registrierte Asylbewerber an den deutschen Grenzen zurückweisen zu lassen, stand sie unter Druck wie selten. Im türkisfarbenen Blazer – die Farbe ähnelte verblüffend dem WM-Auswärtstrikot der entthronten Fußballnationalmannschaft – verkündete sie am Freitagmorgen schließlich nach zähen Verhandlungen auf dem EU-Gipfel in Brüssel eine Einigung im Streit um die europäische Asylpolitik. Offen blieb bis Redaktionsschluss, ob die Beschlüsse reichen, um den erbitterten Streit mit der Schwesterpartei zu befrieden. Merkel selbst gab sich jedoch optimistisch: Zusammengekommen seien die Maßnahmen aus ihrer Sicht mehr als „wirkungsgleich“ zu den von der CSU geforderten Zurückweisungen an der Grenze, betonte sie. Konkret beschlossen die 28 Staats- und Regierungschefs, ihre Asylpolitik deutlich zu verschärfen und die Sekundärmigration, Kernpunkt des Unionszwists, einzudämmen (mehr zu den Beschlüssen und weite-

re Stimmen auf Seite 9). In der Abschlussklärung heißt es, dass die Mitglieder „alle nötigen gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen ergreifen“ wollen, um zu verhindern, dass registrierte Flüchtlinge in anderen EU-Ländern Asyl beantragen. Und auch in anderen Punkten kommt die Einigung zentralen Forderungen Seehofers

entgegen: So sollen die EU-Außengrenzen stärker abgeriegelt und gerettete Bootsflüchtlinge in Aufnahmelagern in der EU untergebracht werden, wo über ihren Asylanspruch entschieden werden wird. Ähnliche Zentren in Nordafrika werden geprüft; hier gibt es allerdings starke Widerstände seitens der Maghreb-Staaten. CSU-Landes-

gruppenchef Alexander Dobrindt schloss nationale Maßnahmen nach Ende des Gipfels dennoch nicht aus. Und auch EU-Ratspräsident Donald Tusk äußerte sich zurückhaltend. In der EU-Migrationspolitik stünde der schwierigere Teil der Umsetzung der Brüsseler Ergebnisse erst noch bevor, betonte er.

Merkel setzt parallel auf bilaterale Lösungen: Am Freitag willigten Griechenland und Spanien bereits ein, künftig bei ihnen registrierte Migranten von der deutschen Grenze direkt zurückzunehmen, wenn deren Fingerabdrücke in der Eurodac-Datenbank gespeichert sind. Am Donnerstag empfängt die Kanzlerin Ungarns Regierungschef Viktor Orban, um mit ihm über eine bessere Lastenteilung in Europa zu sprechen. Ungarn wehrt sich seit Jahren gegen eine Umverteilung von Asylbewerbern in der EU. *Johanna Metz*



Sichtlich erleichtert: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in Brüssel © picture-alliance/ROPI

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

BRAUCHEN WIR EINE ROBOTER-STEUER?

Sinnvolle Idee

PRO



Stephan Hebel, freier Journalist

Mit der Roboter-Steuer ist es ganz ähnlich wie mit der Digitalisierung insgesamt: Jede und jeder versteht darunter etwas anderes, und das führt zu einigen Missverständnissen. Die Idee der Roboter-Steuer ist ein modernisierter Abkömmling der seit vielen Jahren diskutierten Maschinensteuer. Und dieser Vorschlag kommt immer auf, wenn schnelle technische Entwicklungen Arbeitsplätze überflüssig zu machen drohen. Dann ist damit oft gemeint, dass man durch die Belastung mit Steuern den Einsatz der Technik zugunsten menschlicher Arbeit eindämmen sollte. Das wäre in der Tat Unsinn: Technik kann ja immer auch Entlastung bedeuten. Warum sollten wir schwere und stupide Arbeit nicht überwinden? Weil das Arbeitslose produziert? Genau hier aber fängt der Denkfehler an: Es geht darum, Menschen von überflüssiger Anstrengung zu befreien – aber nicht um den Preis, ihnen den Lebensunterhalt zu nehmen. Weniger Arbeit, vor allem weniger belastende Arbeit: Das kann man auch als schönen Zukunftsentwurf verstehen. Vorausgesetzt, wir sorgen dafür, dass der Verkauf der eigenen Arbeitskraft nicht die einzige Einkommensquelle der Mehrheit bleibt. Das aber kann nur funktionieren, wenn ein Unternehmer, der durch den Einsatz von Technik Arbeitskräfte und Kosten spart, einen Teil dieser Einsparungen abgibt und der Staat das Geld an diejenigen, die nun weniger Arbeit haben, umverteilt. Diese Idee allerdings, wenn auch seit Jahren in der Politik ohne Chance, ist so aktuell wie eh und je. Fordern wir also etwas zurück von dem Gewinn, der durch den Einsatz von Robotern zusätzlich gemacht wird. Das wäre wirklich sinnvoll – egal, ob man es „Roboter-Steuer“ nennt oder nicht.

Sie würde scheitern

CONTRA



Guido Bohsem, Neue Berliner Redaktionsgesellschaft

Beinahe jede Welle technischen Fortschritts hat ihre Maschinenstürmer. Als die industrielle Revolution einsetzte, wollten die Ludditen alle Webstühle zerschmettern. Sie fürchteten um ihre Arbeitsplätze und glaubten, den Fortschritt mit Gewalt aufhalten zu können. Heute greifen die Maschinenstürmer der digitalen Revolution nicht mehr zu Hammer und Brechisen. Sie kämpfen mit anderen Mitteln: Werden nur ausreichend hohe Steuern auf den Kollegen Roboter erhoben, so oder so ähnlich lautet ihre These, könnten die intelligenten Maschinen verhindert werden. Ihnen dürfte es so gehen wie vor 200 Jahren den Webern in England. Sie werden scheitern. Der technologische Fortschritt wird sich auch mit Wertschöpfungssteuern nicht aufhalten lassen. Würden sie eingeführt, bauten die Unternehmen ihre Roboter einfach in Deutschland ab – und woanders wieder auf. Weder blieben die Jobs in Deutschland noch gäbe es Steuereinnahmen für soziale Leistungen wie das immer wieder im Zusammenhang mit der Robotersteuer geforderte Grundeinkommen. Das ist kein Grund zum Verzweifeln. Denn die Wirtschaftsgeschichte hat nicht nur gezeigt, dass die Ludditen jeder Zeit vergebens handelten. Sie hat ebenso belegt, dass technischer Fortschritt keineswegs für weniger, sondern vielmehr für zusätzliche und bessere Arbeitsplätze sorgt. Jedenfalls auf mittlere und lange Sicht. Kurzfristig schaut das anders aus. Doch gerade deswegen sollte man nicht über besonders clevere Roboter-Steuern sinnieren, sondern lieber überlegen, wie jedem Arbeitnehmer das Recht und die Chance auf einen Neuanfang in einem neuen Job gegeben werden kann.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Frau Esken, der Bundestag hat eine Enquete-Kommission zur Künstliche Intelligenz (KI) eingesetzt. Was versprechen Sie sich davon?

Ich erhoffe mir, dass wir wesentlich genauer verstehen, worum es jetzt und in fernerer Zukunft beim Thema KI gehen wird und in welchen Bereichen wir beispielsweise die Forschung stärken sollten. Vor allem müssen wir den gesellschaftlichen, rechtlichen und regulatorischen Rahmen dieser Entwicklungen gestalten, um klar zu machen, dass mit KI große Hoffnungen verbunden sind und in vielen Bereichen Verbesserungen kommen könnten – und eben keine neuen Unfreiheiten für Menschen.

Ist Europa beim Datenschutz gut genug aufgestellt für die Big-Data- und KI-Revolution?

Europa ist perfekt aufgestellt. Ohne ein klares Datenschutzrecht wäre eben nicht geklärt, welche Daten genutzt werden können für Big Data und KI. Das sorgt auch für eine gute Qualität der Daten. Bei einer unklaren Regelung bestünde ja immer die Schwierigkeit, dass möglicherweise personenbezogene Daten genutzt werden, die nicht eingesetzt werden sollen.

Mit der KI wird ein tiefgreifender Wandel der Arbeitswelt verbunden. Was sagen Sie LKW-Fahrern, Lageristen und Buchhaltern, deren Jobs durch die technische Entwicklung auf der Kippe stehen?

Es heißt ja immer, dass vor allem Berufe mit geringer Qualifikation davon betroffen sein werden. Das ist nicht richtig. Auch im mittleren und hohen Qualifikationsbereich könnten Berufe, wenn es um einigermaßen serialisierbare Tätigkeiten geht, durch KI ersetzt werden. Wir müssen also auf Aus- und Weiterbildung setzen, damit die Betroffenen eben eine andere oder eine veränderte Tätigkeit ausüben können. Der LKW-Fahrer wird dann vielleicht nicht mehr hinter dem Steuer sitzen, aber sich vom Bildschirm aus um die Verkehrssteuerung kümmern.

Um die Auswirkungen des Wandels in der Arbeitswelt abzufangen, wird auch das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) vorgeschlagen. Ist das ein gangbarer Weg?

Ich finde es fatal, dass das in diesem Kontext diskutiert wird. Das BGE ist ein spannendes Thema. Es ist aber kein Ersatz für wegfallende Arbeitsplätze. Die Idee gerät in eine argumentative Schieflage und wird missbraucht, wenn das BGE eine Lösung für diejenigen sein soll, die wir nicht mehr mitnehmen können. Wir haben aber die Verantwortung dafür zu sorgen, dass Menschen durch Erwerbsarbeit – ob nun produktiv oder gesellschaftlich – am gesellschaftlichen Leben teilhaben und ihren Selbstwert generieren können.

Ist der Bildungsstandort Deutschland für diese Herausforderungen gut genug aufgestellt?

Nein, bei weitem nicht. Das Bildungssystem hat weder die digitalen Kompetenzen schon hinreichend auf dem Schirm noch die Notwendigkeit, Menschen zu ermutigen und zu befähigen, ein Leben lang zu lernen. Die meisten Menschen gehen aus dem Schulsystem raus und sagen sich: Endlich ist es vorbei!

Wie wollen Sie das ändern?

Wir haben uns als Koalition ein sehr weitreichendes Paket zu Weiterbildung vorgenommen. Wir wollen die Arbeitsagentur weiterentwickeln und so ein Recht auf Weiterbildungsberatung schaffen. Als Sozialdemokraten können wir uns auch ein Chancenkonto für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorstellen. Es soll ihnen ermöglichen, sich selbstbestimmt Zeit für Weiterbildung nehmen zu können. Davon

»Ein Leben lang lernen«

SASKIA ESKEN Die Sozialdemokratin setzt auf Aus- und Weiterbildung im Umgang mit der KI-Revolution



© Benno Kraehahn

ist der Koalitionspartner aber noch nicht überzeugt.

Was muss in den Schulen geschehen?

Mit der Umsetzung des Digitalpakts von Bund und Ländern wird der Bund Geld dafür geben können, die Schulen technisch auszustatten. Dabei geht es hauptsächlich um Breitband und WLAN. Zudem muss eine Bildungsplattform für digitale Lern- und Lehrinhalte geschaffen und mit den bestehenden Angeboten vernetzt werden. Aufgabe der Länder wird es sein, die Lehr-

kräfte aus- und weiterzubilden. Das ist bisher nicht hinreichend geschehen. Auch in den Lehrplänen müssen die digitalen Fähigkeiten verankert werden.

Braucht es dafür ein neues Schulfach?

Ich plädiere für eine informatische Grundbildung in einem gesonderten Fach. Das muss kein Pflichtfach von der 1. bis zur 13. Klasse sein. Aber es muss die Möglichkeit geben, grundlegende Kenntnisse über rechtliche und technische Zusammenhän-

ge des Netzes, die Algorithmen-Logik sowie Datenrecht und Datentechnik zu erwerben. Wichtig ist auch ein fächerübergreifender Ansatz. Digitale Medien und Lernmethoden müssen in allen Schulformen Einzug halten.

Die IT gilt als Männerdomäne. Wie lassen sich mehr Mädchen und Frauen in die Branche bringen?

Die MINT-Förderung, also für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, muss viel früher beginnen und nicht erst in der 8. Klasse. In diesem Alter sind die Jugendlichen sehr stark in Geschlechterstereotypen verfangen, auch wenn sich das später wieder gibt. Kinder sollten in der Grundschule an diese Themen herangeführt werden und daran Spaß finden. Dann kann sich das nicht so entwickeln, dass sich zwölf-, 13- oder 14-jährige Mädchen denken, sie könnten keine Mathe und Informatik sei zu trocken und langweilig. Das ist die eine Seite. Wir müssen aber auf der anderen Seite auch dafür sorgen, dass Frauen, die in dem Bereich tätig sind, als Vorbilder sichtbar gemacht werden. Bei vielen öffentlichen Diskussionsrunden sitzen bei den Themen nur Männer auf dem Podium. Dabei gibt es herausragende Informatikerinnen und Informationssoziologinnen. Die müssen wir dann aber auch entsprechend ins Schaufenster stellen.

Gibt es Lebensbereiche, in denen es Ihnen nicht geheuer wäre, würde die Künstliche Intelligenz die Entscheidungsfindung übernehmen?

So würde ich das nicht formulieren. Ich würde eher darüber nachdenken, was zu tun ist, damit es mir – und auch den Menschen, die nicht in Enquete-Kommissionen sitzen – geheuer wird. Wir brauchen das größte Maß an Transparenz bei solchen Entscheidungsprozessen. Bei allem, was den Einzelnen betrifft, muss es aber eine menschliche Letztentscheidung geben beziehungsweise eine Möglichkeit, eine solche einzufordern. Ich würde es nicht akzeptieren, wenn zum Beispiel eine Entscheidung über eine medizinische Therapie maschinell gänzlich ohne Arzt getroffen wird.

Sie sind selbst Informatikerin. Gibt es in dem Feld ein Verständnis für diese ethischen Fragen der technischen Entwicklung?

Auf jeden Fall. Die Informatik ist keine Zunft, die sich auf die reine Technik beschränkt. Dort gibt es eigentlich schon immer Diskussion über die Ethik.

Wird die künstliche dereinst die menschliche Intelligenz übersteigen, wie manche fürchten?

Die Idee hinter der Künstlichen Intelligenz ist es, die menschliche Intelligenz nachzubauen. Aber dazu müsste klar sein, was das eigentlich ist und momentan gibt es keine klare Definition. Bei vielen menschlichen Fähigkeiten, etwa emotionale Intelligenz oder Kreativität, mache ich mir keine Sorgen, dass wir überflügelt werden. Überhaupt könnten wir statt von der Höhe der Intelligenz auch von der Breite sprechen und fragen: Wird die KI irgendwann breiter sein, als das, was wir haben?

Das Gespräch führte Sören Christian Reimer. ||

Saskia Esken (SPD) sitzt seit 2013 im Deutschen Bundestag. Die Informatikerin ist Mitglied im Innenausschuss und im Ausschuss Digitale Agenda.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Unternehmer: Uwe Kamann

Uwe Kamann muss sich an sein neues Leben in der Politik noch gewöhnen. Anfang 2014 in die AfD eingetreten und bis auf ein SPD-Jahr als Jugendlicher parteiabstinent, sitzt er seit Oktober 2017 im Bundestag. Zuletzt führte der gelernte Energieanlagenelektroniker eine IT-Firma. Wie kommt der 59-Jährige aus Aachen mit dem Berliner Politikbetrieb zurecht? „Es ist ambivalent“, sagt Kamann. „Als Unternehmer war ich sehr stark ergebnis- und zielorientiert. Im Bundestag läuft vieles anders, vor allem für eine Oppositionspartei, die mit ihren Anliegen immer wieder abgeblockt wird.“ Gleichwohl hat Kamann den Schritt in die Politik nicht bereut. Hier kann er sein Steckenpferd, die Digitalisierung der Gesellschaft, reiten. Er ist AfD-Obmann im Ausschuss Digitale Agenda und hat gute Chancen, bald auch in der Enquete-Kommission Künstliche Intelligenz (KI) zu sitzen. Kamann begrüßt, das KI-Thema in einer von der Großen Koalition angestoßenen Kommission „in allen Facetten“ zu behandeln und nicht als eins von vielen Themen im Digitalausschuss. „Auch wenn die Koalition derzeit durch ihre inneren Streitereien abgelenkt ist und die Gefahr eines Schnellschusses besteht.“ Wie bei der Digitalisierung generell, will der AfD-Abgeordnete auch bei der Künstlichen Intelligenz erst einmal mehr die Chancen als die Gefahren sehen. Gewiss gingen Arbeitsplätze durch Automatisierung verloren, so bei Banken, beim Monitoring oder der Logistik. Es gebe den Daten-Missbrauch. Und es gebe Gefahren wie durch das Sozial-Kredit-System in China, wo Menschen zu bestimmtem Verhalten gedrillt und dann belohnt oder bestraft werden. All das müsse die Enquete-Kommission breit beleuchten.

KI sei aber auch Zukunft, die unsere Gesellschaft umkremplem werde und neue qualifizierte Jobs bringe. Kamann: „Niemand weiß heute, wie die Arbeitsplatzbilanz in diesem Bereich eines Tages aussieht. Künstliche Intelligenz braucht einen Vertrauensvorschluss.“ Sonst bestünde die Gefahr, gegen Riesen wie China oder die USA völlig abgehängt zu werden. Kamann will, dass Deutschland sich hier auf seine Stärken konzentriert. „Unsere Kraft liegt im produzierenden Gewerbe. Hier sollte der Schwerpunkt bei KI in Deutschland liegen.“



© DBT/achim Meide

»Künstliche Intelligenz braucht in Deutschland einen Vertrauensvorschluss.«

Sorgen bereitet Kamann die skeptische Grundhaltung zu technischen Neuerungen hierzulande. „Deutschland liegt im Digitalisierungsindex in Europa knapp über dem EU-Schnitt – für eine führende Industriena-tion eine Katastrophe. Ohne gesellschaftliche Akzeptanz kommen wir in diesen zukunftsträchtigen Bereichen nicht nach vorne.“ Dazu gehöre auch, dass das Bildungs- und Forschungsministerium den Etat für KI-Forschung von derzeit rund 60 Millionen kräftig erhöht.

Uwe Kamann will den Weg Deutschlands in die Digitalisierung mit vorantreiben. Das ist sein Hauptthema, auch wenn die AfD vor allem durch die Flüchtlingskrise 2017 mit einem zweistelligen Ergebnis in den Bundestag gespült wurde. Eingetreten ist er in die Partei vor mehr als vier Jahren wegen seiner Skepsis über die EU-Währungspolitik. „Eine harmonische Währung über ein unharmonisches Staaten-Umfeld zu spannen, kann nur schiefgehen und wird uns eines Tages viel Geld kosten“, sagt Kamann. Der Chef der 14-köpfigen NRW-Landesgruppe findet, dass die AfD-Fraktion in den ersten Monaten im Bundestag wichtige Akzente gesetzt hat, trotz einhelliger Ablehnungsfront der übrigen Fraktionen. Kamann missfällt aber, dass die Präsenz der AfD-Abgeordneten im Plenum nach den ersten Wochen spürbar abgenommen hat – für viele verständlich, nachdem viele jetzt mit Ausschusssitzungen, Redevorbereitungen und anderem zu tun haben. Kamann: „Ich meine, dass jeder im Plenum anwesend sein sollte, wenn er nicht gerade mandatsbezogene Aufgaben hat.“ Das sehen nicht alle in der Fraktion so. Geboren 1958 in Magdeburg, kam Uwe Kamann als Zweijähriger mit seinen Eltern nach Nordrhein-Westfalen. Von 1960 bis 1997 lebte er in Oberhausen und sieht sich „vom Herzen her als echten Ruhrpottler“. Er hat als Elektrohauer unter Tage gearbeitet, war bei Handwerksbetrieben und wechselte 1984 in die Industrie, unter anderem als Führungskraft bei der Daimler-Tochter debis. 2006 gründete er eine IT-Firma in Köln, 2011 ein IT-Unternehmen in Düsseldorf. Der verheiratete Vater dreier Kinder entspannt sich auf seiner Finca auf Mallorca, wenn er dazu noch Zeit hat.

Hans Krump ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Redaktionsschluss
29. Juni 2018

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurhesenstr. 4–6
64546 Morfelden-Walldorf

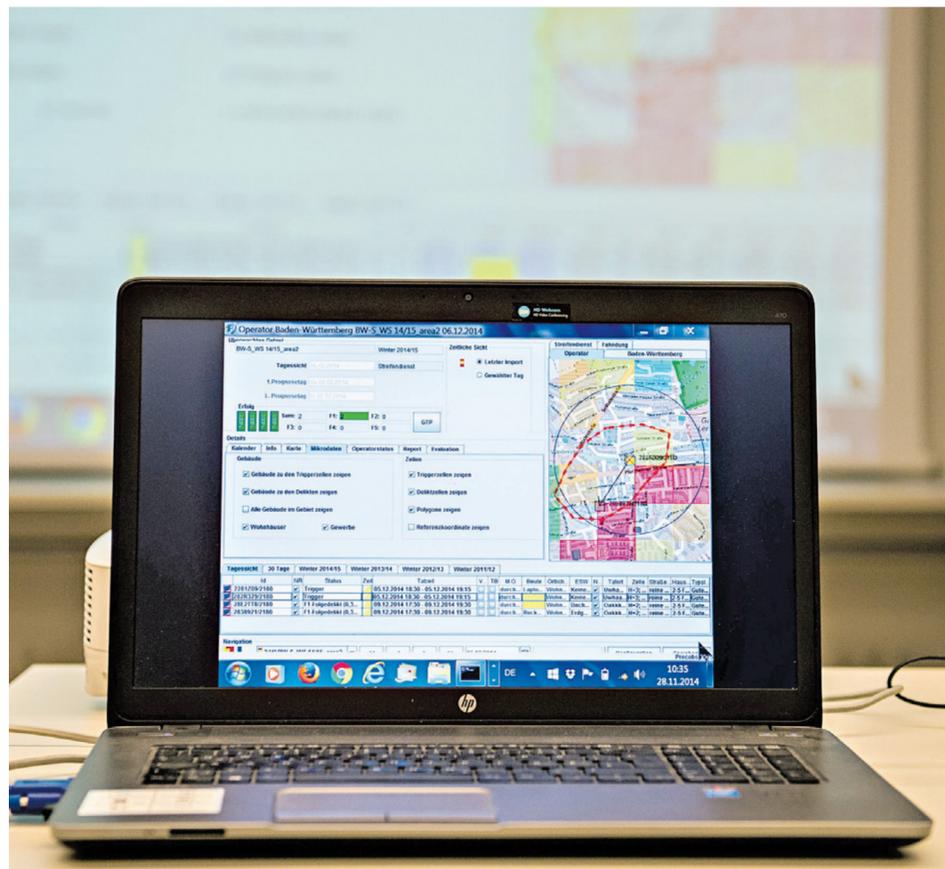
Leserservice/Abonnement
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Dörsenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@intime-media-services.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ah), stellv. CxO
Claas Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), CxO
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kristina Pezei (pez)
Sören Christian Reimer (scr)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Dörsenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail: fazit-com-anzeigen@intime-media-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Mit dem »Predictive Policing« will die Polizei Verbrechen vorhersagen. Ein Algorithmus berechnet dabei, wo beispielsweise der nächste Einbrecher wahrscheinlich zuschlagen wird. Wie effektiv das Verfahren ist, ist unklar.

© picture-alliance/dpa

Was passiert in der Blackbox?

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ Algorithmen können Leben retten – und zerstören. Wie genau das passiert, wird noch erforscht

Maschinen können schon heute vieles besser als Menschen – und das ist durchaus Grund zur Hoffnung: Kürzlich zeigte eine Art Wettkampf zwischen Mensch und Maschine, den unter anderem Forscher der Uni Heidelberg gemeinsam mit US-amerikanischen Kollegen ausrichteten, dass Computer Hautkrebs besser erkennen können als Hautärzte. Während die Algorithmen 95 Prozent der gefährlichen Melanome auf Bildern erkannten, fanden die Dermatologen nur 86 Prozent. Geschuldet ist das der Künstlichen Intelligenz (KI): Die modernen Algorithmen sind beeindruckend konsequente Musterkennner. Dank dieser Fähigkeit fallen ihnen Korrelationen auf, die für Menschen kaum sichtbar oder auch nicht intuitiv sind. Das erwähnte System hatte zuvor 100.000 Bilder von kranken und gesunden Hautstellen gesehen und anhand dieser selbstständig gelernt, woran man ein gefährliches Melanom erkennt. Anders als lernende Hautärzte bekam die lernende Künstliche Intelligenz also nicht gesagt, worauf sie achten soll oder was Merkmale für Hautkrebs sind, sondern erschloss sich das selbst aus den Bildern. Sie hatte lediglich die Information, auf welchen Bildern krankhafte Stellen zu sehen waren. Angesichts von jährlich mehr als 55.000 Todesfällen weltweit aufgrund von Hautkrebs könnte also die KI der Zukunft Leben retten: Früher diagnostizierter Krebs kann besser behandelt werden.

Manchmal nicht nachvollziehbar Doch dieses radikale Mustererkennen hat auch seine Schattenseiten, wie Experten wieder warnen. Nicht immer haben die Korrelationen, die den Algorithmen auffallen, einen kausalen Zusammenhang, und häufig sind deren Entscheidungen für Menschen nicht nachvollziehbar. Künstliche-Intelligenz-Systeme gelten als „Blackbox“: Menschen geben Daten hinein, und hinten kommt eine Entscheidung heraus, doch der Prozess dazwischen läuft für Menschen un beobachtbar ab. Auch wenn die Wissenschaft gerade an Verfahren arbeitet, diese Box durchsichtig zu machen und den Systemen jene Faktoren zu entlocken, auf deren Grundlage sie Entscheidungen treffen, steht die Forschung hier am Anfang. Maschinelle Entscheidungen sind kaum nachvollziehbar, und dieser Mechanismus kann dazu führen, dass die Entscheidungen nicht im Sinne der Gesellschaft sind. Das zeigt ein berühmt gewordener Vorfall aus den USA, den die Journalistenvereinigung *propublica* 2017 aufgedeckt hat: In diesem Fall wurde die Wahrscheinlichkeit, nach der ein Straftäter rückfällig wird, per Computer berechnet. Das Ergebnis wirkt sich auf die Entscheidung eines Richters über dessen Haftzeit aus. Doch der dahinterliegende Algorithmus benachteiligte Schwarze systematisch. Ein Fehler im Sys-

tem? Die Verantwortlichen blieben in der Folge erschreckend sprachlos. Als Forscher den Fall versuchten nachzuvollziehen, kam die nächste Überraschung: die Hautfarbe oder der ethnische Hintergrund waren überhaupt nicht in den Daten hinterlegt. Die Künstliche Intelligenz hatte Korrelationen zwischen Wohnort, Lebensumständen und Hautfarbe gefunden. Solche selbstlernende Systeme können also Informationen berechnen, die ihnen nicht vorliegen.

Einbrüche vorhersagen Die musterbasierte Verdachtserkennung spielt auch eine Rolle beim so genannten Predictive Policing: In verschiedenen Bundesländern gibt es Pilotversuche mit vorhersagender Polizeiarbeit. Der Computer soll dabei die Erfahrung langjähriger Polizisten ersetzen, die ein „Bauchgefühl“ dafür entwickeln, wo oft zugeschlagen wird. Die meisten Bundesländer nutzen die deutsche Software Precobs, die ein Familienunternehmen in Oberhausen entwickelt hat: das Institut für musterbasierte Prognosetechnik (IfmPt). Diese basiert auf der Annahme, dass professionelle Täter nach bestimmten Mustern vorgehen. Sie handeln planvoll, bevorzugen Gebiete, in denen sie nicht auffallen und die gute Fluchtmöglichkeiten bieten, sie haben es auf ganz bestimmte Beute abgesehen – und kommen wieder, wenn sie erfolgreich waren. „Near repeat“ heißt das in der Fach-

sprache: Ein Täter sucht den Tatort ein zweites Mal auf. Diese Folgedelikte sagt der Computer auf Basis eines Mustererkennungs-Algorithmus voraus. Basis sind die Daten vergangener Einbrüche. Ist es sich zu 70 oder 80 Prozent sicher, schlägt das System Alarm – und die zuständigen Behörden entscheiden, ob sie eine Streife vorbeschieken. Medien berichten allerdings immer wieder von Fällen, in denen eine solche Software angeschlagen hat, Polizisten vor Ort verstärkt Streife führen – und trotzdem eingebrochen wurde. Das mögen Einzelfälle sein, doch die Frage, ob die Einbrüche durch solche Maßnahmen generell zu rückgehen, lässt sich kaum seriös beurteilen. Immer wieder hört man von Gebieten, in denen die Einbrüche rückläufig seien – und im Jahr darauf steigen sie wieder. Andere Bundesländer arbeiten mit eigenen Algorithmen. So hat das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen eine eigene Software namens

Skala entwickelt und untersucht, welche Daten diese noch treffsicherer werden lassen – beispielsweise psychosoziale Daten wie die Bildungshintergründe der Menschen eines Stadtteils oder deren Kaufkraft. Je nachdem, wie feingranular diese Daten aufgelöst werden, sind das persönliche Informationen, die, entsprechend miteinander verknüpft, nicht nur deanonymisiert werden können, sondern aus denen eine

Künstliche Intelligenz auch unerwünschte Korrelationen erkennen könnte. Über diese Theorielosigkeit der automatisierten Mustererkennung ärgert sich Katharina Zweig, Leiterin der Arbeitsgruppe Graphentheorie und Analyse komplexer Netzwerke an der Technischen Universität Kaiserslautern. Sie erklärt das am Beispiel der Schufa, die Kreditwürdigkeit anhand von Algorithmen berechnet. Der Bankmitarbeiter bekommt am Ende nur einen Wert und den Ratschlag, diesem oder jenem Kunden besser keinen Kredit zu geben. Was soll der Bankmitarbeiter demjenigen sagen, der keinen Kredit bekommt? „Du hast diesen Wert. Wieso, das weiß ich nicht, jedenfalls bekommst du keinen Kredit.“ Aus ihrer Sicht sollte man Betroffenen sagen können, aus welchen Gründen ihnen der Algorithmus diesen Wert zugewiesen hat. Nur wie, wenn das die Anwender eines Systems selbst nicht wissen können? Und was, wenn das System irrt? Auch ihre Zunft hat Zweig dabei im Blick: „Das größte Problem: Wir als Informatiker sind nicht dafür ausgebildet zu modellieren.“ Modellieren bedeutet beispielsweise die Entscheidung, welche Daten als Trainingsdaten relevant sind. Ein umstrittenes Projekt, das die Schufa vor einiger Zeit gemeinsam mit dem Hasso-Plattner-Institut angekündigt hatte, aus Daten aus sozialen Netzwerken die Kreditwürdigkeit Einzelner vorhersagen zu können, beruht auf einem Modell: der Idee, dass diese Daten dafür geeignet sein könnten. Welcher Algorithmus darauf angewendet wird, werde im Zweifel danach entschieden, welcher das beste Ergebnis bringt: Welcher also die

nicht Kreditwürdigen findet und nicht zu viele Kreditwürdige fälschlich aussortiert. Ein Algorithmus sucht dann Gemeinsamkeiten der Betroffenen anhand der Daten, die sie auf Facebook geteilt haben. Aber woher weiß man, dass das nicht zufällige Korrelationen sind? Und ist das dann seriös, Menschen auf dieser Grundlage einen Kredit zu verwehren? Das Projekt wurde nach öffentlichen Protesten eingestellt.

Wahrnehmung der Welt Nicht zuletzt kann diese radikale Mustererkennung und die Fähigkeit Künstlicher Intelligenz, Vorhersagen über uns Menschen zu treffen dazu führen, dass unsere Wahrnehmung der Welt beeinflusst wird – indem solche Systeme die Informationen filtern, die wir nutzen. Immer mehr Forscher warnen vor den Ranking-Algorithmen von Google und Facebook, die unterschiedlichen Nutzern verschiedene Ergebnisse anzeigen. Facebook hat selbst in mehreren Studien gezeigt, dass nur winzige Veränderungen in diesem Algorithmus die Meinung der Nutzer zu den geteilten Inhalten anderer verändern. Auch die Wahlbeteiligung kann der Konzern laut einer eigenen Studie beeinflussen: Während der Kongresswahlen 2010 schickte Facebook 61 Millionen Nutzern eine Nachricht, die sie an die Wahl erinnerte und anzeigte, wie viele ihrer Freunde schon wählen waren. Jene Nutzer gingen signifikant häufiger wählen als die Kontrollgruppe ohne entsprechende Nachricht. Bei einem knappen Ausgang kann das auch wahlentscheidend sein, warnt die amerikanische Technik-Soziologin Zeynep Tufekci: „Facebook kann Wahlen beeinflussen – ohne dass wir das nachweisen können.“ Die Beeinflussung ist schließlich so subtil, dass sie weder für den Einzelnen noch für übergeordnete Stellen wie Gerichte oder Regulierungsbehörden nachvollziehbar ist.

Auch bei der Suchmaschine Google entscheidet eine komplexe Rechenvorschrift im Hintergrund, welcher Nutzer welche Ergebnisse angezeigt bekommt. Aktuelle Studien zeigen zwar, dass die Personalisierung der Suchergebnisse an sich geringer ist als gedacht, doch das „Autocomplete“-Tool, das direkt bei der Eingabe der Suchanfrage Vorschläge macht, was der Nutzer wohl suchen könnte, beeinflusst laut einer Studie der University of Oxford die Auswahl an Informationen, die Nutzer lesen. Der Algorithmus bewertet jene Internetseiten als relevanter, die häufig angeklickt werden. „Das führt dazu, dass die Bekanntheit immer bekannter werden, während die Unbekannten unbekannt bleiben“, sagt Grant Blank von der University of Oxford. Und das nutze in Zeiten wie diesen vor allem dem Populismus.

Welche Faktoren ansonsten in die Ranking-Algorithmen von Google und Facebook einfließen und wie sie gewichtet sind, ist ein gut gehütetes Geheimnis. Bekannt ist bei Facebook der große Einfluss des „Like-Buttons“, mit dem Nutzer Nachrichten mit „Gefällt mir“ markieren können. Sie bekommen in der Folge immer mehr Nachrichten angezeigt, die solchen ähnlich sind und können so zum Eindruck gelangen, dass ihre Meinung die Vorherrschende im Netz sei – auch dann, wenn sie einer kleinen Minderheit angehören. Manche Forscher vermuten, dass dieser Effekt auch zu Trumps Sieg bei der US-Präsidentschaftswahl geführt haben könnte, was sich freilich nicht nachweisen lassen wird. Bekannt ist allerdings, dass Trump und seine Unterstützer die Mechanismen perfekt auszunutzen wussten, die Nachrichten zu „trending“ News werden lassen: unter anderem, wenn sie möglichst reißerisch und möglichst plakativ waren. Ob diese auch wahr waren, rückte für viele Unterstützer in den Hintergrund.

Kritik wird abgewehrt Google und Facebook erklären sich bei Kritik meist nicht zuständig – schließlich bewerten sie Informationen nicht inhaltlich, so das häufige Argument, der Algorithmus berechne ganz objektiv, was relevant sei. Doch das Beispiel der US-Wahl zeigt, wie gefährlich das Argument ist, dass Algorithmen Nachrichten neutral nach Relevanz sortieren, und dass das der Gesellschaft dient. Doch das Bewusstsein für die Ethik der Algorithmen wächst: Wie alle Technologien können sie für gute ebenso wie für negative Zwecke eingesetzt werden. Auf eine Grenze ist Google kürzlich gestoßen: Nach massiven Protesten der eigenen Mitarbeiter erklärte der Konzern, künftig nicht mehr in einem Drohnen-Projekt mit dem US-Verteidigungsministerium zusammenarbeiten zu wollen. Dafür waren Googles Algorithmen für militärische Überwachungssysteme genutzt worden: Aus Drohnenbildern lernten die Systeme zu erkennen, was sich am Boden abspielte. In der Konsequenz kann eine solche KI in Zukunft militärische Angriffe steuern. Künstliche Intelligenz kann Leben retten und sie kann töten. Es liegt an uns. *Eva Wolfangel*

Eine Künstliche Intelligenz kann in Zukunft militärische Drohnen-Angriffe steuern.

Die Autorin arbeitet als Wissenschaftsjournalistin unter anderem zu Zukunftstechnologien, Virtueller Realität, Raumfahrt und Hirnforschung.



Bei der Erkennung gefährlicher Melanome schneiden Algorithmen inzwischen besser ab als Ärzte.

© dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Ein bunter Strauß für alle

SOZIALES Die FDP-Fraktion hat sich viel vorgenommen: Ein „Bürgerentlastungsprogramm“ soll, so fordert sie es in einem Antrag (19/2986), zum einen die Menschen finanziell von Sozialabgaben und die Unternehmen von Bürokratie entlasten. So soll unter anderem die Rentenkasse nicht „mit zusätzlichen versicherungsfremden Ausgaben oder Wahlgeldern“ belastet werden, womit die Finanzierung der Mütterrente aus Beitragsmitteln gemeint ist. Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung soll um 0,5 Prozentpunkte gesenkt und die Jobcenter von Bürokratie befreit werden. Zu dem umfangreichen Forderungskatalog gehört ferner: ein flexibles Arbeitszeitgesetz, ein Gesamtkonzept für die Aus- und Weiterbildung, die Absenkung der Stromsteuer, die Abschmelzung des „Mittelstandsbauches“ bei den Steuern und die Befreiung der Unternehmen von zehn Prozent aller Berichtspflichten.

Es war also ein recht bunter Strauß an Vorschlägen, über den der Bundestag vergangene Woche in erster Lesung beraten hat. Michael Theurer (FDP) verteidigte das Anliegen mit den sprudelnden Steuereinnahmen. „Jetzt ist es Zeit, die Bürger zu entlasten“, forderte er. Torbjörn Kartes (CDU) entgegnete, es sei relativ leicht, Bürgern Entlastungen zu versprechen, wenn man keine Haushaltsverantwortung trage. Im Übrigen habe die Regierung schon etliche Maßnahmen beschlossen, die vor allem Familien entlasten, sagte Kartes. Martin Schicht (AfD) unterstützte zwar die meisten der FDP-Forderungen, lehnte den Antrag aber ab, weil er fordere, europäisches Recht eins zu eins in Deutschland umzusetzen. „Sie wollen die nationale Souveränität aufgeben“, so sein Vorwurf.

Gabriele Hiller-Ohm (SPD) warf der FDP vor: „Sie verfahren nach dem Motto an der Fleischertheke: Darf's noch etwas mehr sein?“ Bernd Rießinger (Die Linke) warnte, die FDP-Vorschläge würden Bürger nicht weniger, sondern mehr belasten. Mit Gerechtigkeit hätten diese jedenfalls nichts zu tun. Markus Kurth (Grüne) lobte zwar die Forderung zur Entlastung der Rentenkasse. Man könne jedoch nicht Kitas ausbauen wollen, wenn man gleichzeitig die Grundsteuer als Einnahmequelle der Länder schwächen will, kritisierte er. *che*



In der Kinderkrankenpflege müssen Frühgeburten fachlich ebenso kompetent versorgt werden wie Jugendliche. © picture-alliance/dpa

Weiter Streit um Cannabis

GESUNDHEIT Eine mögliche Legalisierung und kontrollierte Abgabe von Cannabis ist unter Experten weiter heftig umstritten. Das zeigte sich bei einer öffentlichen Anhörung des Gesundheitsausschusses vergangene Woche. Die FDP-Fraktion schlägt in einem Antrag (19/515) vor, Modellprojekte für den Cannabiskonsum zu ermöglichen, um die Verbreitung der Droge zu kontrollieren. Die Linke fordert in einem Antrag (19/832), von einer strafrechtlichen Verfolgung bei Volljährigen abzusehen, wenn es um bis zu 15 Gramm Cannabis zum Eigenkonsum geht. Die Grünen zielen mit einem Gesetzentwurf (19/819) darauf ab, Cannabis aus den strafrechtlichen Regelungen des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG) zu lösen und einen kontrollierten legalen Markt zu eröffnen.

Der Wirtschaftswissenschaftler Justus Hauscap argumentierte, mit der Freigabe von Cannabis könnte dem organisierten Verbrechen die Kontrolle über den Markt wirksam entzogen werden. So ließen sich Nutzer besser schützen. Drogendealer hätten kein Interesse, Qualität zu verkaufen. Vielmehr würden den Drogen oft extrem schädigende zusätzliche Substanzen beigegeben. Zudem wollten die Dealer ihren Kunden tendenziell härtere Drogen verkaufen, weil dies den Profit steigere.

Der Suchtforscher Rainer Thomasius erklärte hingegen, das Konzept aus Prävention und Ausstiegshilfen habe sich bewährt. Bei einer Freigabe der Droge wären vor allem Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien gefährdet, weil sie besonders leicht verführbar seien. Zudem würde der Schwarzmarkt fortbestehen.

Auch die Bundesärztekammer (BÄK) warnte vor der Verharmlosung der Droge, die in immer höherer THC-Konzentration verfügbar sei. Psychiater sehen in Cannabis eine problematische Droge, deren Auswirkungen auf die Psyche noch nicht vollständig erforscht sind. Nach Angaben der Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK) gibt es Hinweise auf mögliche Schäden insbesondere bei häufigem Cannabiskonsum junger Leute, so etwa Störungen der geistigen Entwicklung und in der Folge Schulprobleme. Der Verband verwies auch auf Wechselbeziehungen zwischen dem Cannabiskonsum und der Abhängigkeit von anderen Drogen wie Alkohol, Amphetaminen, Kokain und Nikotin. *pk*

Schwere Geburt

PFLEGE Ausbildungs- und Prüfungsverordnung beschlossen

Die Erwartungen sind groß, die Bedingungen schwierig: In der Pflege mangelt es bekanntlich an Fachkräften, im Jahresdurchschnitt 2017 waren rund 35.000 Stellen nicht besetzt. Als die alte Koalition im Juni 2017 nach mehreren Pflegeformgesetzen zum Schluss das Pflegeberufgesetz (18/12847) auf den Weg brachte, war damit auch die Hoffnung verbunden, den aufgewerteten Pflegeberuf für Neueinsteiger attraktiver zu gestalten und so mehr Bewerber zu gewinnen. Nun hat der Bundestag vergangene Woche die dazugehörige Ausbildungs- und Prüfungsverordnung (19/2707) der Bundesregierung in leicht veränderter Fassung (19/3045) beschlossen, gegen die Stimmen von AfD, Linken und Grünen, bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

Das Pflegeberufgesetz wie auch die Verordnung wurden von Anfang an kritisch hinterfragt, denn die generalistische Ausbildung, die der Reform zugrunde liegt, wird von einigen Fachleuten als Einstieg in die Schmalspurenexpertise gewertet. Und so gab es 2016 und 2017 schon Streit in der Großen Koalition, wie weit die Allerkönerstrategie zu gehen habe.

Skepsis der Fachleute Über Monate ging es um die knifflige Frage, wie zugleich Generalisten und Spezialisten in der Pflege herangebildet werden könnten. Sehr spät stand ein Kompromiss im Raum: Das ursprünglich angedachte durchgehend generalistische Konzept wurde aufgegeben. Der Kompromiss sieht nun eine mindestens zweijährige generalistische Ausbildung vor sowie eine mögliche einjährige „Vertiefung“ in Kinderkranken- und Altenpflege. Nach einer Expertenanhörung zum Pflegeberufgesetz im Mai 2016 kamen Sachverständige vergangene Woche erneut zum Einsatz, diesmal wegen der Verordnung, mit der Mindestanforderungen, Prüfungen, die akademische Pflegeausbildung und die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse geregelt werden sowie die Errichtung einer Fachkommission, die sich mit

Rahmenlehr- und Rahmenausbildungsplänen befasst. Die Bedenken hörten sich so ähnlich an wie zwei Jahre zuvor.

Spezialwissen wichtig Eine allgemein gehaltene Pflegeausbildung mit Vertiefungseinheiten sei zu wenig, um in der Kinderkranken- und Altenpflege die nötige Kompetenz zu erlangen, hieß es in der Anhörung. Während alte Leute unter chronischen Erkrankungen und altersbedingten Mehrfacherkrankungen (geriatrietypische Multimorbidität) litten, gehe es in der pädiatrischen Versorgung um Säuglinge, kleine und auch große Kinder. Die Bedenken haben sich bei der Opposition festgesetzt, die gegen die Reform der Berufsausbildung an sich nichts einzuwenden hat. Gerügt wird, dass in der Altenpflege die Anforderungen gering gehalten würden, um keine Bewerber mit niedrigen Schulabschlüssen auszuhebeln zu müssen.

„Wir werden genau hinschauen, wie das in der Praxis umgesetzt wird.“

Kordula Schulz-Asche (Bündnis 90/Die Grünen)

Union und SPD forderten, die Reform nicht vorschnell zu zerschlagen, es bleibe die praktische Umsetzung abzuwarten. Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) wertete die Verordnung als wichtigen Teil eines Gesamtpaketes, mit dem die Vertrauenskrise in der Pflege angegangen werden könne. So falle das Schuldgeld weg, dafür werde eine Vergütung gezahlt. In der Altenpflege sei es zudem gelungen, „gut austariert“ ein hohes Niveau festzuschreiben. Die harte Kritik daran sei „irritierend“, sagte Spahn und warnte davor, das Ausbildungsniveau schlechztzureden. Familienministerin Franziska Giffey (SPD) ergänzte, die Verordnung zeige, wie anspruchsvoll die Pflegeberufe seien. Karl Lauterbach (SPD) sprach von überzogener Kritik und verwies auf Änderungen bei der Beschreibung der Kompetenzbereiche in der am heftigsten umkämpften Anlage 4, in der es um die Altenpflege geht. Erich Irlstorfer (CSU) räumte ein, dass die Verordnung nicht hundertprozentig zufrieden stellen könne. Es gehe aber auch darum, „keine Jugendlichen auf der Strecke zu verlieren“. In der Kinderkrankenpflege werde mehr Durchlässigkeit geschaffen. Die hohe Qualität bleibe extrem wichtig.

Kordula Schulz-Asche (Grüne) fragte hingegen, wie eine praktische Ausbildung für 40.000 Azubis in der Generalistik an rund 300 Kinderstationen ermöglicht werden solle. In der Altenpflege sei eine Ausbildung zweiter Klasse vorgesehen. Pia Zimmermann (Linke) rügte, die Arbeitgeberverbände hätten sich durchgesetzt. Es gehe darum, „billige Arbeitskräfte in der Altenpflege zu beschäftigen und damit satte Profite einzufahren“. Eine solche „Deprofessionalisierung“ sei klar abzulehnen.

Zeit drängt Nicole Westig (FDP) sagte, es sehe so aus, als sollten angesichts des Personalmangels möglichst schnell viele Menschen eine Pflegeausbildung durchlaufen. Die Altenpflege verkomme dabei zur „Pflege light“. Angesichts des großen Zeitdrucks wolle die FDP sich der Reform aber nicht verschließen und enthalte sich. Auch Detlev Spangenberg (AfD) verwies auf die geforderte schnelle Lösung, wandte sich aber gegen „Ausbildungsexperimente“. Eine Generalisierung könne nachteilig sein. Sie verhindere eine durchgängige spezialisierte Vermittlung von Fertigkeiten und Wissen. Dies sei schlecht für die Ausbildungsbetriebe wie auch die Auszubildenden. Deswegen sollte die Generalisierung schon im Laufe des ersten Ausbildungsjahres abgeschlossen sein. *Claus Peter Kosfeld*

KOMPAKT

- Generalistische Pflegeausbildung**
- > Berufe:** Im Zentrum steht die dreijährige generalistische Ausbildung zur Pflegefachkraft. Spezielle Abschlüsse in der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege sowie in der Altenpflege bleiben möglich.
- > Besonderheiten:** Die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung regelt auch die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und die neue Möglichkeit der akademischen Pflegeausbildung.
- > Beginn:** Die generalistische Pflegeausbildung soll Anfang 2020 beginnen und ist für die Auszubildenden kostenlos. Die Pflegegeschüler erhalten eine Ausbildungsvergütung.

Kritik an »einseitiger Machtausübung«

ARBEITSLOSIGKEIT Linke und Grüne wollen Sanktionen abschaffen und scheitern damit erneut

Erneut debattierte der Bundestag vergangene Woche über das Pro und Contra von Sanktionen im System des Arbeitslosengelds II (ALG II) und es zeigte sich auch diesmal, dass die Positionen der Fraktionen nach wie vor weit auseinanderliegen. Daran änderte auch die Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales nichts, in dem sich ein Großteil der Sachverständigen am 4. Juni 2018 für eine Abschaffung beziehungsweise Entschärfung der Sanktionspraxis ausgesprochen hatten. Zur Abstimmung standen vergangene Woche zwei Anträge (19/103; 19/1711) der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, in dem diese ein Ende der Sanktionen und eine bessere Betreuung der Arbeitslosen durch die Jobcenter fordern. Zumindest in letzterem Punkt herrschte fraktionsübergreifend zwar Einigkeit. Dennoch lehnten Union, SPD, AfD und FDP die Anträge mit ihrer Stimmenmehrheit schließlich ab. Dagmar Schmidt (SPD) zeigte sich immerhin offen für Änderungen: „Wir wollen Sanktionen nicht abschaffen, aber es kann auch nicht alles so bleiben, wie es ist.“ So sollte es keine Sanktionierung der Kosten für Unterkunft und Heizung und keine verschärften Regeln für unter 25-Jährige mehr geben. Nötig sei vielmehr, junge Menschen positiv zu motivieren, betonte sie. Darüber hinaus gehe es vor allem darum, Arbeitslosigkeit zu verhindern, so solle noch in diesem Jahr ein Recht auf Weiterbildung gesetzlich verankert werden, so die SPD-Abgeordnete.

CDU/CSU, AfD und FDP dagegen verteidigten die gegenwärtige Praxis als Ausdruck der Idee des Förderns und Forderns und lehnten Änderungen ab: So stellte Jörg Schneider (AfD) fest, dass es aus seiner Sicht mitnichten so sei, dass Sanktionen leichtfertig ausgesprochen werden, wie die Anträge suggerierten. Er verwies darauf, dass jeder Arbeitnehmer Meldepflichten erfüllen müsse und es deshalb nicht vermittelbar sei, warum Arbeitslose davon ausgenommen sein sollten. Kai Whittaker (CDU) lehnte die These des Linken-Antrags klar ab, Sanktionen förderten atypische Beschäftigungsformen. Der Anstieg der atypischen Beschäftigung komme vielmehr daher, dass viele Menschen einen Zweitjob haben und dies nicht, weil sie schlecht verdienen, sondern weil sie sich einfach etwas dazuerwerben wollen, sagte er. Es gebe keinen Kompromiss zwischen der gesellschaftlichen Pflicht, Men-

schen zu unterstützen und der Pflicht des Einzelnen, mitzuwirken, um wieder eine Arbeit zu finden, sagte er. Pascal Kober (FDP) warf Linken und Grünen vor, zwei Grundprinzipien der Solidargemeinschaft infrage zu stellen. Diese seien zum einen, erstmal die eigenen Kräfte zu mobilisieren und zum zweiten, dass das Solidaritätsprinzip für alle gelte. „Natürlich dürfen die Jobcenter eine Mitarbeit der Arbeitslosen verlangen“, sagte Kober. Im Übrigen werde das Problem aufgebauscht, da es nur drei Prozent der Arbeitslosen betreffe, ergänzte er.

Katja Kipping (Die Linke) entgegnete: „Von Sanktionen sind nicht nur jene betroffen, gegen die sie ausgesprochen werden. Sanktionen schweben wie ein Damoklesschwert über allen Erwerbslosen.“ Jede dritte Klage gegen Sanktionen habe vor den Gerichten Erfolg. „Angesichts dieser Fehlerquote gibt es einen Aufklärungsbedarf und offensichtlich ein strukturelles Problem“, sagte Kipping. Sven Lehmann (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte das derzeitige Vermittlungssystem in den Jobcentern als „einseitige Machtausübung“ gegen Erwerbslose und nicht als eine Beratung auf Augenhöhe. Solange der Vorrang der Vermittlung gelte, werden Menschen auch in schlechte Arbeit vermittelt. „Stärken Sie die Rechte der Arbeitslosen, schaffen Sie positive Anreize und Sie werden sehen, wie viel positive Energie in den Menschen steckt“, appellierte Lehmann. *Claudia Heine*

»In den Jobcentern findet keine Beratung auf Augenhöhe statt.«

Sven Lehmann (Grüne)

STICHWORT

- Sanktionen beim Arbeitslosengeld II**
- > Sanktionen** 2017 ist 34.000 ALG-II-Beziehenden die Leistung komplett gestrichen worden. Gegen 204.000 Menschen wurden zwei oder mehr Sanktionen, gegen 217.000 eine Sanktion verhängt.
- > Gründe** Sanktionen können verhängt werden bei unentschuldigtem Versäumnis eines Termins im Jobcenter, der Ablehnung eines zumutbaren Jobs oder einer beruflichen Fördermaßnahme.
- > Staffeln** Bei der ersten Pflichtverletzung können 30 Prozent der Leistungen gestrichen werden, bei unter 25-Jährigen sind es sogar 100 Prozent.

Ausgeschlafen ist besser

ARBEITSZEIT Experten betonen Bedeutung der Ruhephasen

Die Abschaffung einer täglichen durch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit wird von Fachleuten überwiegend kritisch bewertet. Das wurde bei einer Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales in der vergangenen Woche deutlich. Im Zentrum der Anhörung stand ein Gesetzentwurf (19/1174) der FDP-Fraktion, mit dem Regelungen für eine tägliche Arbeitszeit von acht Stunden zugunsten einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit abgeschafft werden sollen. Außerdem standen zwei Anträge der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen zur Debatte. Die Linke plädiert in ihrem Antrag (19/2522) unter anderem für ein stärkeres Mitbestimmungsrecht von Betriebsräten bei Personalbemessung und Arbeitszeiten. Die Grünen verlangen in ihrem Antrag (19/2511), dass Beschäftigte im Rahmen von 30 bis 40 Stunden pro Woche ihre Arbeitszeit selber regulieren können.

Beate Beermann von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin verwies auf den „ungünstigen Einfluss“ längerer täglicher Arbeitszeiten auf das Unfallrisiko, die Produktivität und die Gesundheit der Beschäftigten. „Um abschalten zu können,

ist eine bestimmte Ruhezeit einfach nötig“, sagte sie. Kai Seiler, Leiter des Landesinstituts für Arbeitsgestaltung des Landes Nordrhein-Westfalen, betonte, die Erhöhung der täglichen Arbeitszeit bei gleichzeitiger Aufweiche der Ruhezeiten sei „auf Dauer keine günstige Kombination“. Denn dann müsse am Schlaf gekürzt werden, mit den bekannten gesundheitlichen Folgen, so Seiler. Eine Änderung des Arbeitszeitgesetzes lehnte auch Nadine Absenger vom Deutschen Gewerkschaftsbund ab. „Längere Arbeitszeiten erfordern längere Ruhezeiten. Wie soll das funktionieren, wenn man die Arbeitszeit ausdehnen und die Ruhezeit gleichzeitig verkürzen will?“, fragte sie. Der Arbeitsrechtler Wolfram Kohte kritisierte, dass der FDP-Entwurf keinerlei Begrenzungsanpunkte sowohl für die Arbeitszeiten als auch die Ruhezeiten enthalte. Dadurch löse sich die Korrelation zwischen Belastung und Dauer der Arbeit auf, sagte er.

Bessere Verteilung Zustimmung zu dem Anliegen der FDP kam von den Arbeitgebern. Roland Wolf von der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände sagte, dies würde zu einer Entzerrung der Arbeitszeiten führen, sie könnten so einfacher über die Woche verteilt werden. „Die Arbeitszeit bleibt gleich, sie wird nur anders verteilt“, versicherte Wolf. Auch der Handelsverband Deutschland (HDE) äußerte sich zustimmend. Das Arbeitszeitgesetz passe nicht mehr in die moderne Zeit und auch die Arbeitnehmer würde eine Flexibilisierung einfordern, sagte Dirk Wohlfeil vom HDE. Ablehnend äußerten sich beide Vertreter zu den Oppositionsanträgen. Das Betriebsverfassungsgesetz garantiere den Betriebsräten schon heute ausreichend Mitspracherechte. „Es gibt keinerlei Bedarf, das noch auszuweiten“, sagte Wolf. Dirk Wohlfeil ergänzte, die Dienstleistungsbranche müsse sich an den Wünschen der Kunden orientieren und entsprechend planen und könne nicht danach gehen, wann die Beschäftigten arbeiten wollen. *che*



Malochen nur von 9 bis 17 Uhr? Die FDP will weg vom starren 8-Stunden-Tag. © picture-alliance/blickwinkel/MCPHOTO

Kostspielige Verhütung

GESUNDHEIT Für eine kostenlose Ausgabe von Verhütungsmitteln machen sich die Fraktionen von Grünen und Linken stark. In einem Antrag (19/2699) der Linkenfraktion, über den der Bundestag vergangene Woche erstmals beriet, heißt es, verschreibungspflichtige Verhütungsmittel würden ab dem 21. Lebensjahr nur dann von der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) erstattet, wenn sie medizinisch notwendig seien. Nicht verschreibungspflichtige Verhütungsmethoden würden nicht übernommen. Es sollten verschreibungspflichtige Verhütungsmittel und operative Eingriffe wie die Sterilisation ohne Alters- und Indikationseinschränkung in die Leistungspflicht der GKV aufgenommen werden. Auch wirksame nicht verschreibungspflichtige Verhütungsmittel wie Kondome sollten erstattungsfähig sein.

Die Grünen-Fraktion fordert in einem Antrag (19/2514), der ebenfalls zur Debatte stand, die Empfänger von Transferleistungen sollten auch ab dem vollendeten 20. Lebensjahr von den Kosten für ärztlich verordnete Mittel zur Empfängnisverhütung vollständig entlastet werden. Menschen in wirtschaftlich schwierigen Lagen sollte der Zugang zu einer selbstbestimmten Verhütung nicht erschwert werden.

Karin Maag (CDU) reagierte skeptisch und befand, die Versorgung mit Verhütungsmitteln zähle nicht zu den Aufgaben der GKV. Claudia Moll (SPD) sagte, es könne niemanden unberührt lassen, wenn Schwangerschaftsberatungsstellen in Kommunen ohne Kostenübernahme dringenden Handlungsbedarf sähen. Wieland Schinnenburg (FDP) forderte, den Kreis der Begünstigten genauer zu fassen. Die Anträge werden in den Ausschüssen weiter beraten. **pk**



Eine Gedenkstätte auf dem Berliner Breitscheidplatz erinnert unweit der Gedächtniskirche an die Opfer des Terroranschlags vom Dezember 2016.

© picture-alliance/Revierfoto/dpa

Mehr Hilfe für Kinderlose

FAMILIE Der Staat oder die Krankenkassen sollen einen höheren Anteil der Kosten für eine künstliche Befruchtung übernehmen. Dies war das mehrheitliche Votum der Sachverständigen in einer öffentlichen Anhörung des Familienausschusses über den FDP-Antrag zur Reform der Richtlinie des Bundesfamilienministeriums zur assistierten Reproduktion (19/585).

Mehrheitlich lehnten die Experten die Regelung, nach der der Bund 25 Prozent der Kosten für drei Versuche einer künstlichen Befruchtung bei kinderlosen Paaren übernimmt, wenn das Bundesland sich in gleicher Höhe an den Kosten beteiligt, als ungerecht ab. Die Möglichkeit einer künstlichen Befruchtung dürfe auch nicht vom Einkommen abhängen. Auch die geltenden Altersgrenzen für eine Kostenübernahme wurden mehrheitlich in Frage gestellt. Es gebe keinen medizinischen Grund, eine künstliche Befruchtung erst ab 25 Jahren durchzuführen. Auch Frauen über 40 Jahren könnten Kinder bekommen. Dies müsse individuell durch einen Arzt beurteilt werden, sagte der Düsseldorfer Reproduktionsmediziner Jan-Steffen Krüssel.

Überwiegend kritisch bewerteten die Experten hingegen die Frage, ob auch Alleinstehende in den Genuss einer Kostenübernahme kommen sollten. Angesichts der Tatsache, dass 2,34 Millionen Kinder bei Alleinerziehenden lebten, sei es fraglich, ob man eine solche Situation auch noch planvoll mit staatlicher Hilfe herbeiführen sollte, befand der Mannheimer Mediziner Axel W. Bauer. **aw**

Mit Wissen der Polizei

FALL AMRI Berliner Ex-Sonderbeauftragter berichtet über die kriminelle Karriere des Attentäters

Es waren äußerst bescheidene Anfänge. Eine summarische Chronologie der Bundesbehörden, eine etwas detailliertere des Landes Berlin, das Gutachten des nordrhein-westfälischen Sonderermittlers Bernhard Kretschmer sowie einige „unsortierte Papiere“ fand Bruno Jost auf seinem Schreibtisch, als er Mitte April vergangenen Jahres mit zwei Mitarbeitern ein Büro der Senatsinnenverwaltung in der Berliner Klosterstraße bezog. Beim ersten Durchstöbern fiel immerhin ein interessanter Hinweis ab. In der Berliner Chronologie war die Rede von einem „Gesamtvermerk“ der Polizei. Jost beschloss, dem nachzugehen – und ahnte noch nicht, dass er im Begriff war, den ersten Aufreger im Zuge seiner Ermittlungstätigkeit aufzudecken.

Acht lange Stunden verbrachte der heute 69-jährige pensionierte Bundesanwalt Jost in der vorigen Woche im Untersuchungsausschuss des Bundestages zum „Fall Amri“, um zu berichten, wie er von April bis Oktober 2017 als „Sonderbeauftragter“ nach Versäumnissen der Berliner Behörden im Umgang mit Anis Amri fahndete, dem Urheber des mit zwölf Todesopfern bislang verheerendsten islamistischen Terroran-

schlags in Deutschland auf dem Berliner Breitscheidplatz im Dezember 2016. Ende Februar hatte ihn ein Anrufer aus der Senatsinnenverwaltung gefragt, ob er an der Aufgabe interessiert sei. Er habe unter der Bedingung zugesagt, dass ihm völlige Unabhängigkeit sicher sei, berichtete Jost, und sich als erstes einen Arbeitsplan zurechtgelegt. Er wollte sich mit vier Themenkomplexen befassen: mit den polizeirechtlichen, strafrechtlichen und ausländerrechtlichen Aspekten der Behandlung Amris durch die Behörden sowie mit der Frage, ob dabei auch Nachrichtendienste eingebunden waren.

Doch das schöne Programm verwandelte sich bis auf Weiteres in Makulatur, als Jost zum angeforderten „Gesamtvermerk“ in Händen hielt. Das dauerte lange genug. Erst nach einem Monat lieferte die Berliner Polizei, dann allerdings nicht ein Schriftstück, sondern zwei. Das eine datierte von Anfang Januar 2017 und umfasste zwei dürre Seiten – das war das in der Chronologie erwähnte Dokument. Das andere war am 1. November 2016 in den Polizeicomputer eingestellt worden und zehn Seiten dick. In beiden war von Amris Aktivitäten als Drogenhändler die Rede. Allerdings gab es einen markanten Unterschied.

Im „kleinen“, später abgefassten Vermerk hieß es sinngemäß, der Mann habe möglicherweise in geringen Mengen Rauschgift vertriebt, also im Grunde nichts gemacht, was der Aufregung wert gewesen wäre. Dagegen wurde Amri im „großen“ Vermerk auf der Grundlage von 72 abgehörten und ausgewerteten Telefonaten „banden- und gewerbsmäßiger Rauschgifthandel“ bescheinigt. Was da geschehen sein musste, und was Jost in einem Zwischenbericht im Juli 2017 der Öffentlichkeit präsentierte, lag auf der Hand: Offenbar war im Berliner Landeskriminalamt nach dem Anschlag ein Aktenstück manipuliert worden, um zu vertuschen, dass es vor dem Anschlag durchaus eine strafrechtliche Handhabung gegeben hätte, Amri festzusetzen.

Dass diese Gelegenheit nicht zeitig erkannt und wahrgenommen wurde, ist für Jost der „Kern meiner Beanstandungen“ gegen das Verhalten der Berliner Polizei. Zwar habe es sich beim Großteil der Amri im Laufe seines Deutschland-Aufenthalts zur Last gelegten Delikte um „Kleinkram“ gehandelt. Die erste Straftat nach der Einreise etwa sei aktenkundig geworden, als er 2015 in einer Karlsruher Straßenbahn beim Schwarzfahren erwischt wurde. Später habe er in einer Flüchtlingsunterkunft zwei

Mobiletelefone und in der Nähe wohl auch ein Fahrrad geklaut. Von ganz anderem Kaliber indes seien die Aktivitäten gewesen, die Amri von Mai 2016 an in der Berliner Drogenszene entfaltet habe, und zwar mit Wissen der Polizei.

„Er handelte mit allem, was schwindelig macht“, sagte Jost, insbesondere mit Kokain. Amri schloss grundsätzlich kein Geschäft ab, das ihm weniger als 50 Euro eingetragen hätte. Er nahm Bestellungen entgegen und brachte in der Art eines Lieferdienstes einzelnen Kunden die Ware auch an die Wohnungstür. All das habe die „Unerheblichkeitschwelle“ deutlich überschritten: „Das war nicht minimales Niveau.“ Seit dem 11. Juni 2016, als die Ablehnung seines Asylantrags rechtskräftig wurde, sei obendrein der Drogenhandel Amris einzige Einkommensquelle gewesen. Allein das hätte nach Josts Ansicht genug Anlass geboten, ihn hinter Gitter zu bringen: „Es gab in Amris Persönlichkeit nichts, was gegen einen Haftbefehl sprach.“

Den Behörden sei auch bekannt gewesen, dass Amri mit seinen Drogengeschäften erhebliche Profite erzielte. Jost erwähnte zwei im Sommer 2016 abgehörte Telefonate mit der alten Mutter in Tunesien. Die Frau habe sich gerührt und überschwäng-

lich dafür bedankt, dass der Sohn ihr bis dahin in mehreren Raten die für heimische Verhältnisse exorbitante Summe von 1.500 Euro überwiesen habe. Amri selbst habe von der Absicht gesprochen, in Tunesien einen Lastwagen anzuschaffen, um ein Fuhrunternehmen zu eröffnen. Mehrere tausend Euro Startkapital habe er bereits beisammen.

Ungeklärt Ein bis heute ungeklärtes Rätsel ist für Jost, warum das Berliner Landeskriminalamt Amri zwar seit April 2016 observieren ließ, aber zwei Monate später wieder damit aufhörte. Dabei hätte die Maßnahme bis Oktober fortgeführt werden können, freilich unter der Bedingung, dass das LKA sie jede Woche erneut bei Gericht beantragte. Der letzte Antrag sei am 8. Juni eingegangen. Seit dem 15. Juni habe es keinen mehr gegeben. Weil die Ermittlungen statt eines Terrorverdachts eher Amris Verwicklung in den Drogenhandel bestätigten und der Staatsschutz das Interesse verlor? „Man hat zunächst mal schon das getan, was in solchen Fällen Standard ist, bloß aus meiner Sicht hat man es nicht lang genug und nicht intensiv genug getan.“ Ein „Schlüsselerlebnis“ für Amri sei gewiss auch gewesen, dass er im Juli 2016 beim Versuch, in die Schweiz auszureisen, festgenommen wurde, aber nach zwei Tagen wieder auf freiem Fuß war: „Nach meinem Eindruck hatte er schlicht das Gefühl, er kann hier machen, was er will, es passiert sowieso nichts.“ **Winfried Dolderer**

»Er handelte mit allem, was schwindelig macht.«
Bruno Jost, Ex-Sonderermittler

»Nach meinem Eindruck hatte er schlicht das Gefühl, er kann hier machen, was er will.«
Bruno Jost

Mehr Rückhalt für Gerichtshof

RECHT II Bei Enthaltung der Fraktionen von AfD und Die Linke hat der Bundestag in der vergangenen Woche einen gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen zur Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofes (ISGH) (19/2983) verabschiedet. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, sich auf internationaler Ebene und bilateral dafür einzusetzen, dass sich weitere Staaten dem Gerichtshof anschließen, insbesondere die Vereinigten Staaten, Russland und China, und dass keine weiteren Staaten aus dem ISGH austreten. Ferner soll sich die Bundesregierung nach dem Willen des Parlaments international für die finanzielle und personelle Unterstützung des ISGH einsetzen und anhand einer Untersuchung der bisher von dem Gerichtshof geführten Verfahren ermitteln, welche Faktoren zu der unverhältnismäßig langen Verfahrensdauer führen, und Vorschläge zur Beschleunigung der Verfahren formulieren.

Der Internationale Strafgerichtshof wurde 1998 in Den Haag gegründet. Die ersten Richter wurden 2003 vereidigt. Der ISGH kann bei Völkermord, schweren Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und seit 2018 auch bei Verbrechen der Aggression tätig werden. **mwo**

Linke will Ersatzfreiheitsstrafe kippen

RECHT I Gesetzentwurf stößt in erster Lesung auf Ablehnung aller anderen Fraktionen

Die Linke findet für ihren Vorstoß zur Aufhebung der Ersatzfreiheitsstrafe keinen Rückhalt bei den anderen Fraktionen. Deren Redner lehnten den entsprechenden Gesetzentwurf der Linken (19/1689) im Bundestag in der Nacht zu Freitag ab. SPD und Grüne sehen zwar Handlungsbedarf, halten den Entwurf als Problemlösung aber nicht für geeignet. CDU/CSU, FDP und AfD warfen den Linken vor, sie wollten den Rechtsstaat schwächen.

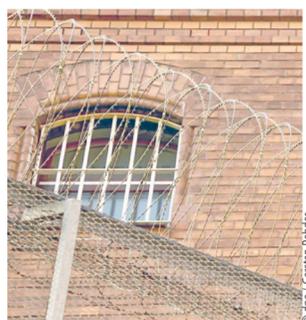
Niema Movassat (Linke) kritisierte die Ersatzfreiheitsstrafe als unverhältnismäßig und sinnlos. Es dürfe nicht sein, dass Leute ins Gefängnis müssen, nur weil sie arm sind. Den Staat koste die Ersatzfreiheitsstrafe jährlich 200 Millionen Euro – und das angesichts von Bagatelldelikten. Als Alternative schlug er eine Ausweitung des Angebots gemeinnütziger Arbeit vor. Hier setzen die anderen Fraktionen an. Programme wie „Schwitzen statt sitzen“ würden bereits in vielen Bundesländern erfolgreich praktiziert. Straffreiheit für Straftaten könne es nicht geben.

In der Vorlage, die der an den Rechtsausschuss überwiesen wurde, heißt es, die Ersatzfreiheitsstrafe sei ein Instrument zur Diskriminierung von einkommens- und vermögensschwachen Menschen, die häufig am Existenzminimum leben. Armutsdelikten müsse verstärkt mit sozialstaatlichen Maß-

nahmen begegnet werden. Ingmar Jung (CDU) betonte, die Ersatzfreiheitsstrafe werde nur in Ausnahmefällen angewendet, und wer versuche, die Kosten dafür mit einem Bussticket aufzurechnen, habe nicht verstanden, wozu das Strafrecht überhaupt da ist. Offenbar sei gewollt, dass verurteilte Kleinkriminelle straffrei bleiben. An dem Problem, dass es für „Schwitzen-statt-sitzen“-Programme in den Ländern zu wenig Personal gebe, ändere

auch der Linken-Antrag nichts. Thomas Seitz (AfD) sagte, der Antrag sei eine Respektlosigkeit gegenüber dem Recht, denn die Strafen hätten nichts mit Armut zu tun, die entsprechenden Regularien nähmen darauf keine Rücksicht. Eine Strafe sei wirkungslos, wenn sie nicht vollstreckt werde.

Johannes Fechner (SPD) räumte ein, man müsse in der Tat über das Problem diskutieren, dass zehn Prozent aller Inhaftierten ärmere Menschen sind, die eine Strafe nicht bezahlen können. In der Sache lehne er den Entwurf aber ab, denn es gebe heute schon die Möglichkeit, Ersatzfreiheitsstrafen durch gemeinnützige Arbeit zu vermeiden. Jürgen Martens (FDP) sprach von einer „rechtspolitischen Geisterfahrt“ der Linken. Movassat erzähle „Märchen“. Der Vorschlag sei nicht im Geringsten an der Wirklichkeit orientiert. Canan Bayram (Grüne) sagte, der Entwurf greife zu kurz. Sie schlug vor, in einer Anhörung im Rechtsausschuss über das Thema und Lösungsansätze zu diskutieren. **mwo**



Sitzen statt zahlen? Vergittertes Fenster der Justizvollzugsanstalt in Flensburg

Anzeige



Deutscher Bundestag

Ausschreibung Wissenschaftspreis 2019

Der Deutsche Bundestag lädt ein, sich um den Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestages zu bewerben, der 2019 vergeben wird.

Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert. Ausgezeichnet werden wissenschaftliche Arbeiten, die zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen und zum vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen.

Bewerbungsschluss: 31. Juli 2018
Teilnahmebedingungen unter <http://www.bundestag.de/wissenschaftspreis>

Deutscher Bundestag
Fachbereich WD 1
Wissenschaftspreis
Platz der Republik 1
11011 Berlin



Mail: wissenschaftspreis@bundestag.de
Telefon: +49 30 227-38630
Fax: +49 30 227-36464



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Beate Zschäpe hat das letzte Wort. Bevor der Vorsitzende Richter alsbald das Urteil verkünden wird, will die Hauptangeklagte im NSU-Prozess doch noch einmal selbst sprechen. Fünf Minuten lang, so hat es ihr Anwalt angekündigt. Fünf Minuten – solange war Zschäpes Stimme in all den Jahren nicht im Saal A101 des Oberlandesgerichts München zu hören. Nach mehr als fünf Jahren und 435 Verhandlungstagen endet nun der Prozess gegen Zschäpe und vier Mitangeklagte. Es ist das Ende eines Jahrhundertprozesses. Das Ende der Wahrsuche ist es nicht.

Die Gesellschaft stand unter Schock, als im November 2011 bekannt wurde, dass Neonazis jahrelang unerkannt mordend durch Deutschland ziehen konnten. Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt töteten acht Männer türkischer, einen Mann griechischer Herkunft und eine deutsche Polizistin. Bei Bombenanschlägen und Raubüberfällen wurden zahlreiche weitere Menschen zum Teil schwer verletzt. Nicht durch Ermittlungsbehörden, nicht durch den Verfassungsschutz, erst durch den Tod von Mundlos und Böhnhardt erfuhr die Welt von der Existenz des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds, kurz NSU. Fast 14 Jahre lang – von Januar 1998 bis November 2011 – lebte Zschäpe mit Mundlos und Böhnhardt im Untergrund. Wenige Stunden nach dem Tod ihrer Lebensgefährtin steckte sie ihr letztes Versteck in Zwickau in Brand, verschickte mehrere Bekennervideos und stellte sich wenige Tage später der Polizei.

Vertrauen schaffen Die Erwartungen waren riesig, als im Mai 2013 der NSU-Prozess vor dem 6. Strafsenat des Oberlandesgerichts München unter Vorsitz von Richter Manfred Götzl begann. Das Gericht sollte nicht nur Tat und Schuld von Zschäpe und vier mutmaßlichen Helfern feststellen, es sollte auch den Opfern das Vertrauen in den Rechtsstaat zurückgeben und das Versagen von Staat und Gesellschaft aufarbeiten. Was kann ein Strafprozess leisten? Diese Frage begleitete den Prozess von Anfang bis Ende. Für die Bundesanwaltschaft kann es allein um die Schuld der Angeklagten gehen. Nicht mehr und nicht weniger. Und Zschäpes Schuld steht für die Vertreter des Generalbundesanwalts fest.

Zschäpe soll die Morde und Anschläge genauso geplant und gewollt haben wie Mundlos und Böhnhardt – um Angst unter Migranten zu säen und sie aus Deutschland zu vertreiben. Auch wenn sie selbst keinen Schuss abgegeben und keine Bombe gezündet hat, sei sie als Mittäterin und Mitglied der NSU-Terrorzelle genauso verantwortlich für 15 Raubüberfälle, zwei Sprengstoffanschläge und zehn Morde wie die beiden Männer.

Die Vertreter der Bundesanwaltschaft fordern für die mittlerweile 43-jährige Hauptangeklagte die höchste Strafe, die das deutsche Recht hergibt: lebenslange Freiheitsstrafe, die Feststellung der besonderen Schwere der Schuld und anschließende Sicherungsverwahrung. Sie halten Zschäpe für weiterhin gefährlich. Folgt die Richter dieser Einschätzung, bliebe Zschäpe auch nach ihrer Haftstrafe zum Schutz der Bevölkerung sicher verwahrt.

„Beate Zschäpe ist keine Terroristin. Sie ist keine Mörderin und keine Attentäterin“, sagen hingegen ihre sogenannten Altverteidiger. Sie sei wegen der angeklagten Staatschutzdelikte freizusprechen, fordern Wolfgang Heer, Wolfgang Stahl und Anja Sturm. Die Verteidiger meinen, alles, was von den Anklagevorwürfen übrig geblieben ist, sei einfache Brandstiftung. Kein Mord, kein Bombenanschlag, kein Terrorismus. Dass Zschäpe fast 14 Jahre lang mit zwei rassistischen Serienmördern zusammenlebte, mache sie nicht automatisch zur Mörderin. Die Beweise reichten in diesem

KOMPAKT

Der NSU-Prozess in Zahlen

> **Länge:** Mit mehr als 435 Verhandlungstagen in über fünf Jahren ist der NSU-Prozess der wohl längste Strafprozess in der deutschen Geschichte.

> **Verteidiger:** Die fünf Angeklagten werden von insgesamt 14 Verteidigern vertreten. Allein die Hauptangeklagte Beate Zschäpe hat vier Pflichtverteidiger und einen Wahlverteidiger.

> **Nebenklage:** Die 94 Nebenkläger sind mit insgesamt 59 Anwälten vertreten.

> **Beweisaufnahme:** Im Prozessverlauf wurden mehr als 600 Zeugen gehört. Es gab rund 250 Beweisanträge und knapp 50 Befangenheitsanträge.

> **Kosten:** Der Kosten pro Verhandlungstag werden auf 150.000 Euro geschätzt, die Gesamtkosten des Prozesses auf rund 65 Millionen Euro.

Keine Reue, keine Scham

NSU-PROZESS Nach rund fünf Jahren Verhandlung wird das Urteil mit großer Spannung erwartet



Die Hauptangeklagte Zschäpe bestreitet, von den Morden und Überfällen ihrer Weggefährten Mundlos und Böhnhardt gewusst zu haben. Das Gericht muss nun entscheiden, ob das glaubhaft ist. © picture-alliance/Peter Kneffel/dpa

Indizienprozess nicht für eine Verurteilung als Rechtsterroristin.

Zschäpe hat vor Gericht weder die Richter beschimpft noch den Gerichtssaal als Agitationsbühne missbraucht, wie es in den 1970er Jahren die RAF-Terroristen taten. Sie ist auch nicht zusammengebrochen angesichts des Leids der Opferfamilien. Sie hat nicht um Worte gerungen, sie hat keine Gefühle gezeigt. Keine Reue, keine Scham, keine Verzweiflung. Sie schwieg zweieinhalb Jahre lang. Bis sie 2015, im dritten Jahr des Prozesses, schwächelte. Mehrere Verhandlungstage mussten wegen Zschäpes Unwohlsein ausfallen. Ein psychiatrischer Gutachter empfahl ihren Verteidigern, die Schweigestrategie zu überdenken, da diese der Angeklagten zusetze. Er sah Zschäpes Verhandlungsfähigkeit in Gefahr.

Neue Strategie Dass sich ein Psychiater in ihre Strategie einmischte, hielten ihre Verteidiger für ein Unding. Tatsächlich wollte auch Zschäpe eine neue Strategie – und einen neuen Verteidiger. Im Sommer 2015 wurde ihr Mathias Grasel als vierter Pflichtverteidiger beigeordnet, im Hintergrund hatte fortan Wahlverteidiger Hermann Borchert das Sagen. Mit ihren Altverteidigern Heer, Stahl und Sturm kommunizierte Zschäpe von nun an nicht mehr. Immer wieder gab es Anträge, die Zusammenarbeit beenden zu dürfen. Mal von Zschäpe, mal von Heer, Stahl, Sturm. Ohne Erfolg. Die drei Anwälte verteidigten trotzdem engagiert weiter. Grasel und Borchert aber mischten den Prozess neu auf.

Zschäpe ließ ihr neues Anwaltsteam im Dezember 2015 eine Aussage verlesen. Sie war auch bereit, Fragen zu beantworten. Ihre neuen Anwälte hatten sich dafür eine zeitraubende Prozedur überlegt. Die Antworten auf Fragen kamen nicht spontan, sondern nach Bedenkzeit, schriftlich. Ihr Anwalt las sie vor. Es waren Hunderte von Fragen, die dem Verteidiger diktiert wurden. Wochen vergingen, bis die Antworten verlesen wurden. Weitere Wochen, bis weitere Nachfragen beantwortet wurden. Im Kern ließ Zschäpe mitteilen: Mundlos und Böhnhardt hätten alle Verbrechen begangen, die dem NSU zugeordnet werden. Von den Morden und Anschlägen habe sie selbst immer erst hinterher erfahren. Sie sei entsetzt gewesen, hätte aber weitere Taten nicht verhindern können. Sie will Mundlos und Böhnhardt ins Gewissen geredet haben. Nach jedem Mord. Irgendwann habe sie resigniert und sich mehr und mehr dem Alkohol hingeegeben. Zschäpe ließ sich als schwache Frau darstellen, finanziell und emotional abhängig von den Männern.

Es folgte die Phase der psychiatrischen Gutachten. Den Anfang machte Gerichtspsychiater Henning Saß. Ihn überzeugte Zschäpes Darstellung nicht, sie weigerte sich, mit ihm zu sprechen. Saß kam zu dem Ergebnis, Zschäpes Persönlichkeit weise dissoziale Tendenzen auf, sie neige zu dominantem und manipulativem Verhalten, sei egozentrisch und wenig empathisch. Die von ihr behauptete Schwäche und Abhängigkeit stehe im Widerspruch zu Zeugenschilderungen und seinen eigenen Beobachtungen. Sie sei voll schulfähig und im Falle ihrer Verurteilung lägen die Voraussetzungen für die Anordnung der Sicherungsverwahrung vor. Zschäpes zwei Verteidigerteams reagierten jeweils mit Gegengutachten.

Gestörte Persönlichkeit Die Altverteidiger ließen ein methodenkritisches Gutachten erstellen. Zschäpes neue Verteidiger engagierten einen Psychiater, von dem sie sich untersuchen ließ. Der Wunschpsychiater attestierte ihr eine schwere Persönlichkeitsstörung und verminderte Schuldfähigkeit. Erstmals war die Rede davon, dass Böhnhardt Zschäpe körperlich misshandelt haben soll. Der Psychiater trug sein

Gutachten mit viel Empathie für Zschäpe vor. Als er hinterher eine Mail an eine Zeitung schrieb, in der er sich über eine „Hexenverbrennung“ in München beschwerte, wurde er vom Gericht als befangen abgelehnt. Kurz vor der Sommerpause 2017 begannen dann die Plädoyers.

Staatliche Versäumnisse Viele Nebenklagevertreter haben in ihren Plädoyers heftige Vorwürfe erhoben. Sie prangerten institutionellen Rassismus in den Ermittlungsbehörden an, der ihrer Ansicht nach den Umgang der Ermittler mit den Opferfamilien prägte. Und sie kritisieren, dass die Bundesanwaltschaft in ihrem Plädoyer mit keinem Wort auf die Versäumnisse staatlicher Stellen eingegangen ist.

Viele Nebenkläger und ihre Anwälte sind überzeugt, dass Mundlos, Böhnhardt und vielleicht auch Zschäpe die Opfer nicht allein ausgespäht haben können. Manche Tatorte seien so abgelegen, dass nur Ortskundige sie gekannt haben können, meinen sie. Sie sind überzeugt davon, dass es Mitwisser vor Ort gegeben haben muss. Mitwisser, die noch heute frei herumlaufen. Sie werfen der Bundesanwaltschaft vor, nicht entschlossen genug weiter zu ermit-

teln. Die Hinterbliebenen quält genau diese Frage bis heute: Wie sind die Mörder auf ihren Vater, ihren Bruder, ihren Sohn gekommen? Hatten sie Hilfe vor Ort? Als einer der letzten Nebenkläger hielt Abdul Kerim Şimşek seinen Schlussvortrag. Sein Vater, Enver Şimşek, wurde im September 2000 an seinem Blumenstand in Nürnberg erschossen. Er war das erste Mordopfer des NSU. Abdul Kerim Şimşek war anzumerken, wie sehr er um Fassung rang. Es gelang ihm nicht. Irgendwann weinte und sprach er gleichzeitig. Er schilderte, was die elf Jahre Ungewissheit für ihn und seine Familie bedeuteten. Er war 13, als sein Vater erschossen wurde. Böhnhardt und Mundlos schossen Enver Şimşek mehrfach ins Gesicht und fotografierten den Sterbenden noch. Eines der Fotos verwendeten sie in ihrem NSU-Bekennervideo.

Falsche Fährte Erst elf Jahre später, im November 2011, erfuhr die Familie, dass es Neonazis waren, die Enver Şimşek ermordet haben. Die Polizei hatte die Täter in all den Jahren nicht in der rechten Szene, sondern in der Familie und im Umfeld des Opfers gesucht. Über Monate wurde die Familie abgehört. Der Witwe wurden Fotos

einer blonden Frau vorgelegt und behauptet, es sei die Geliebte ihres Mannes. Eine Lüge. Die Ermittler wollten Adile Şimşek aus der Reserve locken. Doch Şimşek hatte gar kein Wissen, das sie hätte offenbaren können. Der Sohn berichtete vor Gericht, wie erleichtert er war, als endlich die Unschuld seines Vaters feststand und klar war, dass Neonazis die Täter sind. Er weinte, als er das sagte. Auch wenn sich Zschäpe weigerte, die Fragen der Opfer zu beantworten, stellte er ihr trotzdem die Fragen, die ihn quälten. Weinend rief er ihr zu: „Warum mein Vater? Können Sie überhaupt verstehen, was es für uns heißt, dass er nur deswegen ermordet wurde, weil er Türke ist? Können Sie verstehen, was es für uns heißt, im Bekennervideo den Vater blutend auf dem Boden zu sehen und zu wissen, dass er dort stundenlang hilflos lag?“ Wie die meisten Nebenkläger ist auch Abdul Kerim Şimşek enttäuscht. Die Aufklärung, die er sich versprochen hat, hat er nicht bekommen. Die Enttäuschung vieler Opferfamilien liegt auch an den Grenzen dessen, was ein Strafprozess leisten kann. Was muss im NSU-Prozess aufgearbeitet werden? Was gehört in parlamentarische Untersuchungsausschüsse? Ein Streit, der den Prozess mit geprägt hat.

Große Geste Jenseits des Prozesses gab es in Untersuchungsausschüssen im Bundestag und in acht Landesparlamenten weitere Versuche, den NSU-Komplex aufzuklären. Es ging unter anderem um Versäumnisse der Ermittlungsbehörden und des Verfassungsschutzes im Umgang mit V-Leuten und bei der Fahndung nach Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt. Was der NSU-Prozess doch bereits geleistet hat, zeigen die Worte, die Abdul Kerim Şimşek am Schluss seines Plädoyers fand. Sie richteten sich an den Angeklagten Carsten S. Dieser war 20, als er Böhnhardt und Mundlos die Waffe mit Schalldämpfer und Munition übergab, mit der sie Enver Şimşek und acht weitere Migranten erschossen. Die Bundesanwaltschaft fordert drei Jahre Haft nach Jugendstrafrecht wegen Beihilfe zum Mord für ihn. Bemerkenswert viele Opfer haben das Gericht gebeten, ihn milder zu bestrafen. Denn Carsten S. war von Anfang an geständig und bemüht, alles Erdenkliche zu tun, um bei der Aufklärung zu helfen. Die Familien der Opfer hat er unter Tränen um Vergebung gebeten. Und darauf reagierte Şimşek nun. Als der Sohn von Enver Şimşek vor Gericht sagte: „Herr S., wir nehmen Ihre Entschuldigung an!“, weinten beide.

Wiebke Ramm

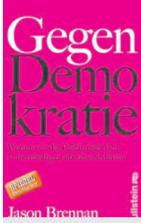


Nachdem Mundlos und Böhnhardt aufgefliegen waren, zündete Zschäpe den Unterschlupf des Trios in Zwickau an. © picture-alliance/dpa

Die Autorin ist Prozessberichterstatterin.



KURZ REZENSIIERT



Jason Brennan:
Gegen Demokratie. Warum wir die Politik nicht den Unvernünftigen überlassen dürfen
Ullstein Verlag, Berlin 2017; 464 S., 24 €

Die erfolgreiche Kandidatur Donald Trumps für die US-Präsidentschaft erschüttert einige Politikwissenschaftler derart, dass sie die Fundamente der Demokratie in Frage stellen. Dazu gehört der bekannte amerikanische Staatswissenschaftler Jason Brennan. Er lehrt Demokratietheorie und politische Philosophie an der Georgetown Universität in Washington. Das amerikanische Wahlsystem lehnt Brennan ab, da es neben Republikanern und Demokraten eine dritte Partei verhindere. Zudem hänge die Qualität der Kandidaten „von der Qualität der mehrheitlich inkompetenten Wähler“ ab. Die meisten Wähler seien nicht nur unwissend und schlecht informiert, sondern auch irrational. Deshalb „müssen wir davon ausgehen, dass uns die Demokratie schlechte Kandidaten liefern wird“, wettet Brennan. Von dieser Abrechnung mit dem Wahlrecht ist es nicht weit bis zur Systemfrage: Sollte es überhaupt allen Menschen erlaubt werden, sich politisch zu beteiligen? Brennan meint, die zumeist politisch inkompetenten Bürger seien moralisch geradezu verpflichtet, sich nicht an Wahlen zu beteiligen. Mehr noch: Wegen ihrer geringen Bildung sollten „manche Bürger“ gar kein oder nur ein eingeschränktes Wahlrecht besitzen. Der Autor teilt die Bürger in drei Spezies ein: die apathischen, uninteressierten und meinungslosen Hooligans; die meinungsstarken, aber uninformierten Hooligans und drittens die kleine Gruppe der leidenschaftslosen und intellektuellen Vulkanier. Allein diesen rational Denkenden sollte man die Politik überlassen. Brennans Bevorzugung der Gebildeten als Stützen der Demokratie ist nicht neu, vor allem aber ist sie historisch kontaminiert: Alle Teilnehmer der Wannsee-Konferenz 1942, bei der die Vernichtung der europäischen Juden konkretisiert wurde, waren Universitätsabsolventen, viele promoviert. Georg Elser, der 1939 ein Attentat auf Hitler wagte, war „nur“ Schreiner. manu



Christopher de Bellaigue:
Die islamische Aufklärung. Der Konflikt zwischen Glaube und Vernunft.
S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 2018; 542 S., 25 €

Während die Frauen im Europa des 19. Jahrhunderts die Romane von Jane Austen oder Charlotte Brontë verschlangen, haben die Menschen in der islamischen Welt die Geschichten um Elizabeth Bennet oder Jane Eyre weder verstanden noch gebilligt. Die Vorstellung junger, unverheirateter, berufstätiger und selbstständiger Frauen hätten für Muslime eine pure Provokation bedeutet, urteilt der britische Orientalist Christopher de Bellaigue. Bücher über andere Lebensarten habe es in der islamischen Welt kaum gegeben, denn auch 400 Jahre nach Gutenbergs revolutionärer Erfindung sei die Druckerpresse „für den Islam immer noch eine unerwünschte und für die Allgemeinheit nicht zugelassene“ fremde Innovation gewesen. Christopher de Bellaigue lebte jahrelang in der Türkei und im Iran; von dort berichtete er für den „Economist“ und den „Guardian“, er spricht fließend Türkisch, Arabisch und Persisch. In seinem aktuellen Buch versucht er, den verspäteten Einstieg der islamischen Zivilisation in das Zeitalter der Aufklärung zu erklären. Die Alphabetisierungsrate in der Türkei, in Ägypten und im Iran, den drei wichtigsten politischen und geistigen Zentren der islamischen Welt, lag zu Beginn des 19. Jahrhunderts bei etwa drei Prozent. In England konnten damals bereits mehr als 68 Prozent der Männer und 43 Prozent der Frauen lesen. Auch heute leben die meisten der 1,5 Milliarden Muslime in Regionen, in denen die Aufklärung erst noch Einzug halten muss. Betroffen von dieser Rückständigkeit seien vor allem Politik, Bildung, Wissenschaft, Medizin und Sexualität. Gleichwohl gebe es schon heute im Alltag der Menschen eine komplexe Verflechtung der Moderne mit der islamischen Kultur. Mit tiefem Respekt vor den islamischen Gesellschaften beschreibt de Bellaigue ihren schweren Weg in eine aufgeklärte Welt. Diesem wissenschaftlich fundierten und perfekt geschriebenen Buch wünscht man viele Leser. manu



Digitalisierung der Arbeitswelt: Einsatz eines Diagnose-Computers in der Automobilproduktion © picture-alliance/Westend61

Kluge Köpfe

BERUFLICHE BILDUNG Eine Enquete-Kommission soll die Anforderungen an die Fachkräfte von morgen untersuchen

Wie kann die berufliche Bildung an die Anforderungen der digitalen Arbeitswelt von morgen angepasst werden? Wie kann der Fachkräftebedarf der deutschen Wirtschaft befriedigt werden? Wie kann die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung gestärkt werden? Dies sind nur einige der Fragen, auf die die Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Welt“, die der Bundestag am vergangenen Donnerstag eingesetzt hat, in dieser Legislaturperiode Antworten finden soll. Den entsprechenden gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und der Linksfraktion (19/2979) verabschiedete der Bundestag ohne Gegenstimmen, lediglich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen enthielt sich.

Prinzipiell soll die Kommission zwar öffentlich tagen können, vor allem bei Anhörungen und Fachgesprächen. Nicht durchsetzen konnten sich allerdings die Grünen mit ihrer Forderung, dass das Gremium regelmäßig öffentlich tagt und seine Sitzungen live im Internet übertragen werden. Den entsprechenden Änderungsantrag lehnte der Bundestag mit der Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen gegen das Votum der AfD, der Linken und Grünen ab, die FDP enthielt sich der Stimme.

38 Mitglieder Angehören werden der Enquete-Kommission 19 Bundestagsabgeordnete und 19 Sachverständige. Die Union entsendet sieben Mitglieder, die SPD vier und die AfD, FDP, Linke und Grüne jeweils zwei. Die Sachverständigen sollen im Einvernehmen zwischen den Fraktionen benannt werden.

Der CDU-Abgeordnete Arnold Vaatz verwies auf das deutliche Ungleichgewicht zwischen akademischer und beruflicher Ausbildung. Nach dem Bericht der Bundesregierung „Bildung in Deutschland 2018“ habe zum fünften Mal in Folge eine halbe Million junger Menschen ein Studium begonnen. Wenn man bedenke, dass die Geburtenjahrgänge von 1997 bis 2001 durchschnittlich 750.000 Geburten hatten, zeige dies, wie groß der Drang in die akademische Ausbildung sei. „Demgegenüber stehen – so sagt es zum Beispiel der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks – insgesamt 15.000 unbesetzte Stellen im Handwerksbereich“, sagte Vaatz. Dies sei eine „alarmierende Zahl“, denn auch Akademiker bräuchten Bäcker, Elektriker und Menschen, die die Infrastruktur in Gang halten. Deshalb müsse die Attraktivität der beruflichen Bildung erhöht werden.

den. Die Arbeit der Enquete-Kommission könne eine vernünftige Argumentations- und Faktengrundlage für die nötigen politischen Entscheidungen bieten.

Umbrüche in der Arbeitswelt Der SPD-Parlamentarier Karl Lauterbach warnte, dass die Arbeitswelt „vor dem größten Umbruch seit Jahrzehnten steht“. Durch die Digitalisierung und den vermehrte Einsatz von Robotern und Maschinen würden ganze Berufe schlichtweg wegfallen. „Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim geht davon aus, dass das etwa fünf Millionen Menschen in Deutschland betreffen wird“, sagte Lauterbach. Umgekehrt würden neue Berufe und Geschäftsfelder entstehen: „Derjenige, der die Maschinen, die Intelligenz, die Netze und die Dienstleistungsfirmen aufbaut, die diesen Wandel anderswo möglich machen, wird das exportieren können.“ Für die AfD-Fraktion forderte Jörn König, dass die Enquete-Kommission die betriebliche Realität des Mittelstandes in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellt. Das erfolgreiche System der dualen Ausbildung in Deutschland müsse weiter gestärkt werden. Die OECD habe diese besondere Berufsausbildung bis heute nicht vollständig verstanden und fordere eine immer stärkere Akademisierung. „Uns ist aber ein zupackender, kompetenter Handwerker lieber als ein weiterer Schreibtischtheoretiker“, lautete Königs Befund. Der Mittelstand benötige keine abgehobenen Konzepte, sondern digitale Hilfestellungen im Alltag. Der FDP-Abgeordnete Jens Brandenburg monierte, dass der Bund die akademische und berufliche Ausbildung höchst unterschiedlich fördere. Während das Bildungsministerium 2,2 Milliarden Euro in den Hochschulbereich investieren wolle, werde für die berufliche Bildung lediglich ein Drittel dieses Betrages zur Verfügung gestellt. Im Hochschulbereich gebe es umfangreiche System der Begabtenförderung, aber kaum in der beruflichen Bildung. Ebenso fehle ein Äquivalent zum akademischen Austauschdienst. „Wer von Gleichwertigkeit redet, muss den Worten endlich Taten folgen lassen“, sagte Brandenburg.

Soziale Herkunft Birke Bull-Bischoff forderte für die Linksfraktion eine Entkopplung von beruflicher Bildung und sozialem Status: „Leistung muss sich lohnen, und nicht soziale oder kulturelle Herkunft.“ Die Kommission müsse Antworten darauf geben, welche Unterstützungssysteme benachteiligte junge Menschen aus sozial schwachen Elternhäusern benötigen. „Wir brauchen kluge Köpfe, auch diejenigen, die bereits wegen ihrer sozialen Herkunft ausgebremst wurden“, sagte die Abgeordnete. Unzufrieden mit dem Arbeitsauftrag für die Enquete-Kommission zeigten sich die Grünen. Wichtige Themen wie die berufliche Weiterbildung oder die Integration benachteiligter Gruppen seien „nicht substanziell“ mit Untersuchungsaufträgen für die Kommission hinterlegt, befand Margit Stumpp (Grüne). Eine Erstausbildung dauere in der Regel drei bis 3,5 Jahre, ein Berufsleben aber rund 40 oder 45 Jahre. Das zeitliche Verhältnis 1:15 mache es doch „augenfällig, dass man sich dringend mit der Frage beschäftigen muss, wie Methoden und Strukturen der Weiterbildung als teil und Notwendigkeit des lebenslangen Lernens aussehen soll“, sagte Stumpp. Auch das Thema Geschlechtergerechtigkeit werde weitgehend ausgeblendet. Nicht einmal im Hinblick auf den Fachkräftemangel in den mathematischen, naturwissenschaftlichen und technischen Berufen wolle man das Thema Berufswahl von Mädchen und jungen Frauen als „brachliegendes Potenzial“ in den Blick nehmen, monierte die Grünen-Abgeordnete. Alexander Weinlein

Mehr Geld für Deutsche Welle

MEDIEN Der Bundestag begrüßt die von der Deutschen Welle vorgelegte Aufgabenplanung für die Jahre 2018 bis 2021 (19/373) und fordert die Bundesregierung auf, die Voraussetzung für den Umbau des Auslandssenders zu einer crossmedialen Medienanstalt zu schaffen und das Budget der Deutschen Welle anzuheben. Die entsprechende Beschlussempfehlung des Kultur- und Medienausschusses verabschiedete der Bundestag am vergangenen Donnerstag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und SPD gegen das Votum der AfD-Fraktion. Die Fraktionen der Linken, FDP und von Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich der Stimme. Nach dem Eckwertebeschluss der Bundesregierung zum Haushalt 2019 soll der Bundeszuschuss für die Deutsche Welle aus dem Etat von Kulturstatsministerin Monika Grütters (CDU) auf 350 Millionen Euro angehoben werden. Zusätzlich soll der Auslandssender Projektmittel aus den Etats des Auswärtigen Amtes und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit erhalten. Die Aufgabenplanung der Deutschen Welle sieht unter anderem vor, dass der Sender sein aktuell 30 Sprachen umfassendes Programm vor allem für die arabische Welt, Iran, Afghanistan und Pakistan, Russland und Osteuropa, für die Länder der Sub-Sahara in Afrika und die Türkei erweitert. So soll gemeinsam mit anderen westlichen Auslandssendern ein gemeinsamer türkischsprachiger TV-Sender aufgebaut werden. Die Deutsche Welle strebt an, ihre aktuelle Reichweite von 157 Millionen wöchentlichen Nutzerkontakten auf 210 Millionen zu vergrößern. Zudem soll die Kooperation mit den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ausgebaut werden. aw

KURZ NOTIERT

Linksfraktion fordert Rudi-Dutschke-Stipendium

Die Linksfraktion fordert die Bundesregierung auf, die Voraussetzungen für die Einrichtung eines Rudi-Dutschke-Stipendiums zu schaffen. Das Erbe von 1968 sei trotz aller Ambivalenz Inspiration für viele, die sich für eine menschenwürdige Gesellschaftsordnung, Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit einsetzen, heißt es in dem Antrag (19/2591), den der Bundestag am Donnerstag ohne Aussprache in die Ausschüsse überwies. Das Stipendium soll vom Bundes finanziert werden und Studenten in sozialwissenschaftlichen Fächern fördern. aw

Berlinale bekommt Doppelspitze

Der derzeitige Leiter des Arthouse-Publikumsfestival von Locarno, Carlo Chatrion, wird Nachfolger von Berlinale-Chef Dieter Kosslick. Das gab der Aufsichtsrat unter Leitung von Kulturstatsministerin Monika Grütters (CDU) in Berlin bekannt. Die Geschäftsführung der Filmfestspiele und damit den weiblichen Part der Doppelspitze ab 2020 übernimmt Mariette Rissenbeek. Sie führt derzeit die German Films Service+Marketing GmbH, das Informations- und Beratungszentrum für die internationale Verbreitung deutscher Filme. Kosslicks Vertrag endet im Mai 2019. aw

Sorgen um den Spitzenplatz

BILDUNG UND FORSCHUNG Kontroverse Debatte über FDP-Antrag zur Innovationspolitik

Nach Ansicht der FDP droht Deutschland den internationalen Anschluss in der Bildung und Forschung zu verlieren. „Wenn wir nicht endlich Tempo machen, ist Deutschland innerhalb weniger Jahre nicht mehr wettbewerbsfähig“, warnte die FDP-Abgeordnete Katja Suding am vergangenen Freitag in der Debatte über einen Antrag ihrer Fraktion (19/2988) mit Blick auf Zukunftstechnologien wie die künstliche Intelligenz. Suding forderte bundesweit einheitliche und ambitionierte Bildungsstandards sowie die Umsetzung des bereits 2016 angekündigten Digitalpakts Schule. Zudem forderte sie, dass die Politik mehr Innovationen fördern müsse. Zudem sprach sich Suding dafür aus, das Kooperationsverbot von Bund und Ländern in der Bildung weiter abzuschwächen. Wolfgang Stefinger (CDU) verwies darauf, dass der Etat für Bildung und Forschung seit 2005 um 132 Prozent gestiegen sei – von damals 7,5 Milliarden Euro auf nunmehr 17,6 Milliarden Euro. Dieser erfolgreiche Weg müsse fortgesetzt werden, ebenso die Hightech-Strategie und der Pakt für Forschung und Innovation. Die Spitzenstellung Deutschlands unter den Innovationsnationen müsse gehalten werden. Götz Frömming (AfD) kritisierte den Antrag der FDP als „aufgesetzt“. Bildung habe

seit dem sogenannten Siegeszug der Kompetenzen, die auch die FDP in ihrem Antrag erwähne, nur noch am Rande mit Wissen zu tun. Er warnte vor „Lobbyorganisationen“ wie der OECD und dem „Pisa-Konsortium“. Dem Einfluss von „profitorientierten Firmen“ auf das Bildungssystem und dem „weltweit zunehmenden Bildungskolonialismus“ müsse ein Riegel vorgeschoben werden.

Chancengleichheit Oliver Kaczmarek (SPD) mahnte, „technischer Fortschritt muss menschenfreundlich gestaltet werden“. Aus technischem Fortschritt müsse sozialer Fortschritt entstehen. „Mehr Freiheit, mehr Selbstbestimmung, aber immer auf der Grundlage von gleichen Chancen“, sagte Kaczmarek und kritisierte, der FDP-Antrag blende die „soziale Ungleichheit“ aus. Gleichzeitig sprach er sich ebenso wie die FDP für eine Agentur für Sprunginnovationen aus. Die Koalition wolle die Basis des Wissenschaftssystems stärken und erweitern. Die Verstärkung des Hochschulpaktes sei ein wichtiges Signal an die Wissenschaft, denn sie biete verlässliche Finanzierungsperspektiven. Petra Sitte (Linke) kritisierte den FDP-Antrag, da er sich vor allem den „technologischen und ökonomischen Anwendungsan-

sprüchen“ zuwende. Zukunftsfähigkeit von Forschung verlange jedoch ein komplexeres Herangehen. Wissenschafts- und Technologieentwicklungen hätten sich erheblich beschleunigt. Anwendungen, bei denen es Probleme gebe, seien oftmals nur schwer umzukehren, würden aber unsere Epoche dominieren, „erst recht, wenn sie von marktbeherrschenden Unternehmen angeboten werden“. Gerade jetzt müssten „Technikfolgenabschätzung, Transformationsforschung und Nachhaltigkeitsforschung“ gestärkt werden. Kai Gehring (Grüne) bezeichnete den FDP-Antrag als „enttäuschend“. Es fehlten der FDP Konzepte, damit Bildung nicht länger vom Wohnort, dem Bildungsgrad der Eltern oder einem Migrationshintergrund abhängt. Das dreigliedrige Schulsystem nannte Gehring einen FDP-Ladenhüter. Seine Fraktion setze auf wissenschaftlichen Fortschritt, der Deutschland zum Pionier für soziale und ökologische Innovationen mache. Annette Rollmann



DAS WILL ICH ONLINE LESEN!
Jetzt auch als E-Paper.
Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253



Feiernde Anhänger des wiedergewählten Präsidenten Recep Tayyip Erdogan in der türkischen Stadt Denizli

© picture-alliance/AA

NGOs weltweit unter Druck

ENTWICKLUNG Die Präsidentin des Hilfswerks der evangelischen Landeskirchen und Freikirchen in Deutschland „Brot für die Welt“, Cornelia Füllkrug-Weitzel, hat vergangene Woche im Entwicklungsausschuss eine zunehmende Einschränkung der Handlungsfähigkeit nichtstaatlicher Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit beklagt. „Die Zivilgesellschaft ist weltweit unter Druck geraten“, urteilte die Pfarrerin. Auch Partnerorganisationen, wie CASA in Indien, seien massiv betroffen. So würden immer häufiger Gesetze erlassen, die es Nichtregierungsorganisationen untersagten, Gelder aus der Ausland zu empfangen. „Dabei sind diese Akteure extrem wichtig“, betonte Füllkrug-Weitzel. Sie böten soziale Dienstleistungen an und seien Sprachrohr für marginalisierte Gruppen. Martin Bröckelmann-Simon, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Bischöflichen Hilfswerks Misereor, sagte, die kirchlichen Zentralstellen in Deutschland arbeiteten weltweit mit 2.400 Partnern zusammen. Seit 1962 seien 24.000 Projekte mit Bundesmitteln in Höhe von 7,8 Milliarden Euro finanziert worden. Ziel sei die Armutsbekämpfung „ohne Ansehen von Religion, Ethnie, Geschlecht oder Herkunft“. Projekte, die der Missionierung dienen, würden nicht gefördert. Die Abgeordneten lobten das Engagement beider Organisationen und begrüßten die im Haushaltsentwurf der Bundesregierung (19/1700) geplante Aufstockung der Mittel für entwicklungspolitische Vorhaben der Kirchen von 261 Millionen Euro im Vorjahr auf 301 Millionen Euro. *joh*

Rechtsruck in Ankara

TÜRKEI Der nationalistische Schub am Bosphorus stellt den Westen vor neue Herausforderungen

Wenn Recep Tayyip Erdogan diese Woche zum Nato-Gipfel nach Brüssel reist, wird er im Kreise der Staats- und Regierungschefs des westlichen Bündnisses mehr Gleichgesinnte treffen, als das auf den ersten Blick zu erwarten wäre. Mit seinem Wahlsieg hat der türkische Präsident in seinem Land eine autokratische Regierungsform verankert, die der „illiberalen Demokratie“ Viktor Orbans in Ungarn, dem polnischen Nationalismus oder dem Populismus von Donald Trump näher ist als parlamentarischen Demokratien wie der in Deutschland.

»Der EU-Beitrittsprozess ist vom Tisch, und zwar eindeutig.«

Kerem Oktom, Universität Graz

Ideologische Parallelen ziehen jedoch nicht zwingend politische Gemeinsamkeiten nach sich: Erdogans „neue Türkei“ stellt den Westen vor große Herausforderungen. Nicht der politische Islam habe bei der Wahl am 24. Juni (siehe Stichwort) in der Türkei gesiegt, sondern der Nationalismus, sagt der Journalist Rüsen Cakir, einer der künftigen Beobachter von Erdogan und dessen Regierungspartei AKP. Im Internet-Fernsehkanal Medyascope verwies Cakir

auf den Wahlerfolg von Erdogans nationalistischem Partner, der Rechtspartei MHP. Im Parlament braucht die AKP nach starken Stimmenverlusten künftig die Hilfe der MHP-Nationalisten, um Gesetze verabschieden zu können. Eine weitere nationalistische Partei, die oppositionelle IYI Parti, kam ebenfalls ins Parlament. Mit der Wahl tritt das von Erdogan seit langem geforderte Präsidialsystem in Kraft, das dem Mann an der Spitze des Staates weit reichende Vollmachten einräumt. Kerem Oktom von der Universität Graz ordnete den Wahlausgang in der Türkei im Gespräch mit dieser Zeitung in die „globale Entwicklung weg von der liberalen Demokratie“ und hin zu „personengebundenen Systemen“ ein.

Institutionen spielen in Ankara ab sofort eine untergeordnete Rolle, während Erdogans Wille das Entscheidende ist. Noch ist jedoch unklar, wie sich das neue System im politischen Alltag auswirken wird, besonders wegen des Einflusses der MHP auf die Regierungslinie im Parlament. MHP-Chef Devlet Bahçeli erklärte selbstbewusst, seine Partei werde die Regierung künftig „kontrollieren“ und nicht alle Vorschläge der AKP unterstützen.

„MHP und AKP haben im Wahlkampf mit der Vorstellung geworben, die Türkei befände sich in großer Gefahr, und beunruhigte Wähler haben es ihnen abgenommen“, urteilt Ahmet Kasim Han von der Istanbul Kadir-Has-Universität. Insbesondere die MHP habe von dem ohnehin vorhandenen starken Nationalismus im Land profitiert und auch der AKP Wählerstimmen abgenommen. Nun werde Bahçeli mit Blick auf die Zugewinne von AKP und der Konkurrenz durch die IYI Parti darauf achten, seine Basis nicht zu verprellen. Das könnte unter anderem zu einer Verhärtung der türkischen Politik in Syrien führen. Dort streitet sich die Türkei seit langem mit den USA wegen der amerikanischen Unterstützung für die kurdische Miliz YPG, die von Ankara als Ableger der Terrorgruppe PKK gesehen wird. „Die Türkei wird mehr Druck machen, um die USA zu Zugeständnissen zu bewegen“, meint Halil Karaveli vom Zentrum für Sicherheits- und Entwicklungspolitik in Stockholm. Auch in den Beziehungen zu Europa könnte ein noch rauerer Wind wehen. Bahçeli beispielsweise betrachtet den Westen mit großer Skepsis. Eine Wiederbelebung des türkischen EU-Beitrittsprozesses erscheint ausgeschlossen. „Das ist vom Tisch, und zwar eindeutig“, urteilt auch Oktom. Eine Zusammenarbeit bei Sachthemen, die für beide Seiten von Interesse sind, dürfte es

allerdings auch weiterhin geben. Die EU-Expertin Amanda Paul von der Denkfabrik EPC in Brüssel nennt als Beispiele den Handel, die Flüchtlingspolitik oder Energiefragen. „Die Türkei muss mit der Wirklichkeit zurechtkommen – die EU ist ihr wichtigster Wirtschaftspartner.“ Der 64-jährige Erdogan ist als Realpolitiker bekannt, der seine Positionen je nach Interessenlage rasch verändern kann. So beschimpfte er europäische Spitzenpolitiker im vergangenen Jahr mit Nazi-Vergleichen, gab wenig später jedoch zu Protokoll, er komme mit Angela Merkel und anderen in der EU glänzend aus. Auch Erdogans inoffizieller Koalitionspartner Bahçeli ist ein

Taktiker, der sich trotz des nationalistischen Schubes bei den Wahlen zurückhalten kann, wenn er es für nötig erachtet. Politiker in Europa und den USA müssen sich nach dem Rechtsruck bei der Wahl dennoch darauf einstellen, dass Ankara energischer als bisher seine Interessen verfolgen wird. Neue Meinungsverschiedenheiten sind unausweichlich, und doch dürfte die Türkei auch nach der Wahl einigermaßen berechenbar bleiben, meint Analyst Karaveli. „Die Türkei wird nicht zum Banditenstaat.“ *Susanne Güsten*

Die Autorin ist freie Korrespondentin in der Türkei.

STICHWORT

Wahlen in der Türkei

Ergebnis Laut dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis konnte Recep Tayyip Erdogan (Foto) die erste Runde der Präsidentschaftswahl am 24. Juni mit 52,5 Prozent für sich entscheiden. In Deutschland bekam der amtierende Präsident sogar rund 65 Prozent der von Deutsch-Türken abgegebenen Stimmen.

Kritik Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) kritisierte die Wahlen als nicht fair. Die Opposition sei im Wahlkampf benachteiligt worden, während die alten und neuen Regierungsparteien AKP und MHP von ungebührlichen Vorteilen profitierten hätten.



© picture-alliance/afabca

Hohe Wogen um Rettungsschiff

AKTUELLE STUNDE Grüne, Linke und FDP fordern Aufnahme von Migranten der „Lifeline“

Sechs Tage musste das Rettungsschiff „Lifeline“ mit rund 230 Migranten an Bord auf See bleiben, bevor es im Hafen von Valetta (Malta) anlaufen durfte. Dem deutschen Kapitän droht nun eine Anklage wegen Verstößen gegen das Seerecht. Was mit den Flüchtlingen geschieht, ist noch unklar; die maltesische Regierung prüft in einem Aufnahmezentrum derzeit ihre Identität. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) ließ vergangene Woche im Bundestag erkennen, dass er keinen von ihnen in Deutschland aufnehmen will. Er entnehme den Agenturen, dass es die Einfahrtgenehmigung von Malta erhalten habe und acht EU-Staaten zur Aufnahme der Menschen bereit seien, sagte er in einer auf Antrag der Linksfraktion einberaumten Aktuellen Stunde zur Seenotrettung im Mittelmeer. Nach derzeitigem Stand ergebe sich damit keine „Handlungsnotwendigkeit für die Bundesrepublik Deutschland“. Auch mehrere Bundesländer, darunter Berlin, haben Hilfe angeboten.

Seehofer war auf Antrag der Grünen eigens ins Plenum zitiert worden, nachdem die Regierungsbank während der hochemotionalen Debatte – parallel lief das Vorrundenspiel Deutschland-Südkorea – leer geblieben war.

»Alternativlos« Die Opposition machte sich darin für ein Engagement Deutschlands stark und wandte sich ausdrücklich gegen eine Kriminalisierung der privaten Seenotretter. „Bei einer Frage, bei der es um Leben und Tod, um schnelle Nothilfe geht, kann der Bundesinnenminister nicht mehr blockieren“, befand Gyde Jensen (FDP). Seenotrettung durch Nichtregierungsorganisationen „als Pflaster für eine fehlende organisierte Migrationspolitik“ befand sie, sei Europas „unwürdig“. Michael Brandt (Die Linke) appellierte wütend an die Bundeskanzlerin: „Frau Merkel, veranlassen Sie die bedingungslose Aufnahme dieser Menschen.“ Er verlangte von der Bundesregierung, die zivilen Seenotretter auf dem Mittelmeer „umfassend“ zu unterstützen; sie seien „die letzte Bastion der Menschlichkeit zwischen Afrika und Europa“. Luise Amtsberg (Bündnis 90/Die Grünen) bezeichnete die privaten Rettungsaktionen – mit Blick auch auf die „Gewalt und Brutalität“ gegenüber Flücht-

lingen in Libyen – als „alternativlos“. Aydan Özoğuz (SPD) betonte, zivile Initiativen würden die EU-Mission EUNAVFOR MED Sophia zur Schleuserbekämpfung ergänzen. Aufgabe müsse es jedoch sein, „Lösungen so zu gestalten, dass diese privaten Initiativen nicht sein müssen.“ Union und AfD warfen den zivilen Rettern vor, sich zum Handlanger von Schleppern und Schleusern zu machen und so nur mehr Menschen zur gefährlichen Flucht über das Mittelmeer zu ermutigen. „Das, was Sie wollen, und das, was Sie machen, ist vielleicht gut gemeint, aber es ist das Gegenteil von gut, weil es letztlich einen Beitrag dazu leistet, dass Menschen im Mittelmeer sterben“, urteilte Thorsten Frei (CDU). Ziel müsse es sein, Regierungen zu ermöglichen, „Ursachen für Wanderungsbewegungen und Migration zu vermeiden“. Frei wies darauf hin, dass die deutsche Marine im Rahmen von „Sophia“ schon mehr als 22.500 Menschenleben gerettet habe. Für die AfD-Fraktion befand Andreas Mrosek, die „bewusst herbeigeführte Seenot“ sei „nur ein Vorwand, um Tausende von Migranten nach Europa zu holen.“ Die „Schlepperkapitäne auf den Flüchtlingsschiffen“ machten sich „genauso strafbar wie die Banden, die die Schiffe herausstreifen.“ *Johanna Metz*

Vertrauensbeweis für Berlin

VEREINTE NATIONEN Bundestag debattiert über deutschen Sitz im Sicherheitsrat

Das Ergebnis der Abstimmung ist eindeutig: Mit 184 von 190 abgegebenen Stimmen ist die Deutschland Mitte Juni für die Jahre 2019 und 2020 als nichtständiges Mitglied in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) gewählt worden: Für Außenminister Heiko Maas (SPD) war das in einer Debatte zu einer Reihe von Anträgen zur Stärkung der VN der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD (19/2984) und der Fraktionen von Linken (19/2980) und Grünen (19/2975) vergangenen Freitag „Ausdruck der großen Anerkennung für das weltweite Engagement unseres Landes“. Die Wahl sei verbunden mit der hohen Erwartung, als Fürsprecher einer regelbasierten multilateralen Weltordnung und als „eine Stimme der Vernunft in einer zunehmend radikalisierten Welt“ aufzutreten. Armin-Paulus Hampel (AfD) bezweifelte, dass Deutschland angesichts der Verfassung der Bundeswehr die Qualitäten für einen angestrebten ständigen Sitz im Sicherheitsrat mitbringen würde. Er wandte sich zudem gegen die Feindstaatenklausel in der VN-Charta: „Diese anachronistische Formel gehört in die Mülleimer der UN-Büros“, sagte Hampel. Andreas Nick (CDU) wertete das „hervorragende Wahlergebnis“ als „Ausdruck des Vertrauens in unser Land“. Wenn Multilateralis-

mus und die regelbasierte Weltordnung nun von verschiedener Seite infrage gestellt werde, gebe es nur eine klare Konsequenz: „Wir müssen selbst einen Beitrag zu Stabilität und Sicherheit leisten, in der europäischen Nachbarschaft und weltweit.“ Bijan Djir-Sarai (FDP) mit Blick auf eine französische Initiative dafür stark, das Prinzip der Schutzverantwortung im VN-Rahmen zu etablieren. Die Vetomächte USA,



Außenminister Heiko Maas (links) und VN-Generalsekretär António Guterres

Russland, China, Großbritannien und Frankreich sollten bei Konflikten mit klarem Bruch des Völkerrechts und Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf ihr Vetorecht verzichten. So seien unzählige Resolutionen im Sicherheitsrat zu einer Feuerpause in Syrien von Russland blockiert worden. Heike Hänsel (Die Linke) warf der Bundesregierung Doppelstandards vor: Wenn sie Russland wegen des Völkerrechtsbruchs der Krim-Annexion kritisiere, zu den Völkerrechtsbrüchen der Türkei und der Nato-Partner USA, Großbritannien und Frankreich in Syrien aber schweige, sei sie wenig glaubwürdig für einen Sitz im Sicherheitsrat.

Lücken Frithjof Schmidt (Grüne) sprach von einer „dramatischen Krise der multilateralen Weltordnung, die immer ein zentraler Bezugspunkt deutscher Außenpolitik war“. Es gelte unter anderem die Lücken zu füllen, die andere, namentlich die USA, mit ihren Rückzügen aus den VN ersetzen würden – etwa mit Blick auf die Ausstattung von Blauhelmissionen und die Hilfen für die weltweit 68 Millionen Flüchtlinge. Der Koalitionsantrag wurde mit den Stimmen von Union, SPD und FDP gegen die Stimmen von Linken und Grünen bei Enthaltung der AfD angenommen. Beide Oppositionsanträge fanden keine Mehrheit. *ahf*



Es waren hektische Tage zuletzt, nicht nur in Brüssel und Berlin. EU-Ratspräsident Donald Tusk tourte unermüdet durch die europäischen Hauptstädte. In der Europäischen Kommission trafen sich 16 der 28 EU-Staats- und Regierungschefs zu einer Sondersitzung. Verschiedene Entwürfe für das Abschlussdokument des EU-Gipfeltreffens kursierten Ende der Woche. Das Ziel: Endlich entscheidende Bewegung in die Verhandlungen über das 2016 von der EU angestoßene EU-Asylrecht und die Reform des umstrittenen Dublin-Systems bringen (siehe Stichwort). Am Ende stand, nach einer nächtlichen, zeitweise dramatischen Sitzung der 28 Staats- und Regierungschefs, ein Kompromiss zum Flüchtlingsstreit. Er sollte einerseits verdeutlichen, dass die Europäer ihre Anstrengungen zum Schutz ihrer Außengrenzen deutlich verstärken. Gleichzeitig bekannten sich die EU-Partner dazu, den Hauptankunftsändern der Flüchtlinge, wie Griechenland und Italien, nicht einseitig übermäßige Lasten aufzubürden wollen.

Obwohl dies in Brüssel nur hinter vorgehaltener Hand gesagt wurde, ging es wohl auch darum, Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) innenpolitisch aus der Patsche zu helfen. Die stand unter Druck wie selten zuvor in ihrer Kanzlerschaft, nachdem CSU-Chef und Bundesinnenminister Horst Seehofer in der Asylfrage einen nationalen Alleingang angedroht hatte. Ab dem 1. Juli wollte er, sollte es in Brüssel nicht zu entsprechenden Einigungen kommen, Asylbewerber an der deutschen Grenze zurückweisen lassen, wenn sie gemäß „Dublin III-Verordnung“ schon in einem anderen EU-Land registriert worden seien.

Dabei ist die Lage an den europäischen Grenzen heute eine völlig andere als noch im Herbst 2015. Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise stellte fast eine halbe Million Menschen in Deutschland Asyl. Inzwischen ist die Zahl illegaler Grenzübertreitte in die EU um 96 Prozent gesunken. Trafen 2015 über das östliche Mittelmeer täglich noch 10.000 Flüchtlinge ein, so waren es zuletzt nur noch durchschnittlich 81. Auf der zentralen Route von Afrika nach Italien sank die Zahl gegenüber 2017 um 77 Prozent. Anstiege, wenn auch auf niedrigem Niveau, gab es zuletzt nur auf der westlichen Route Richtung Spanien.

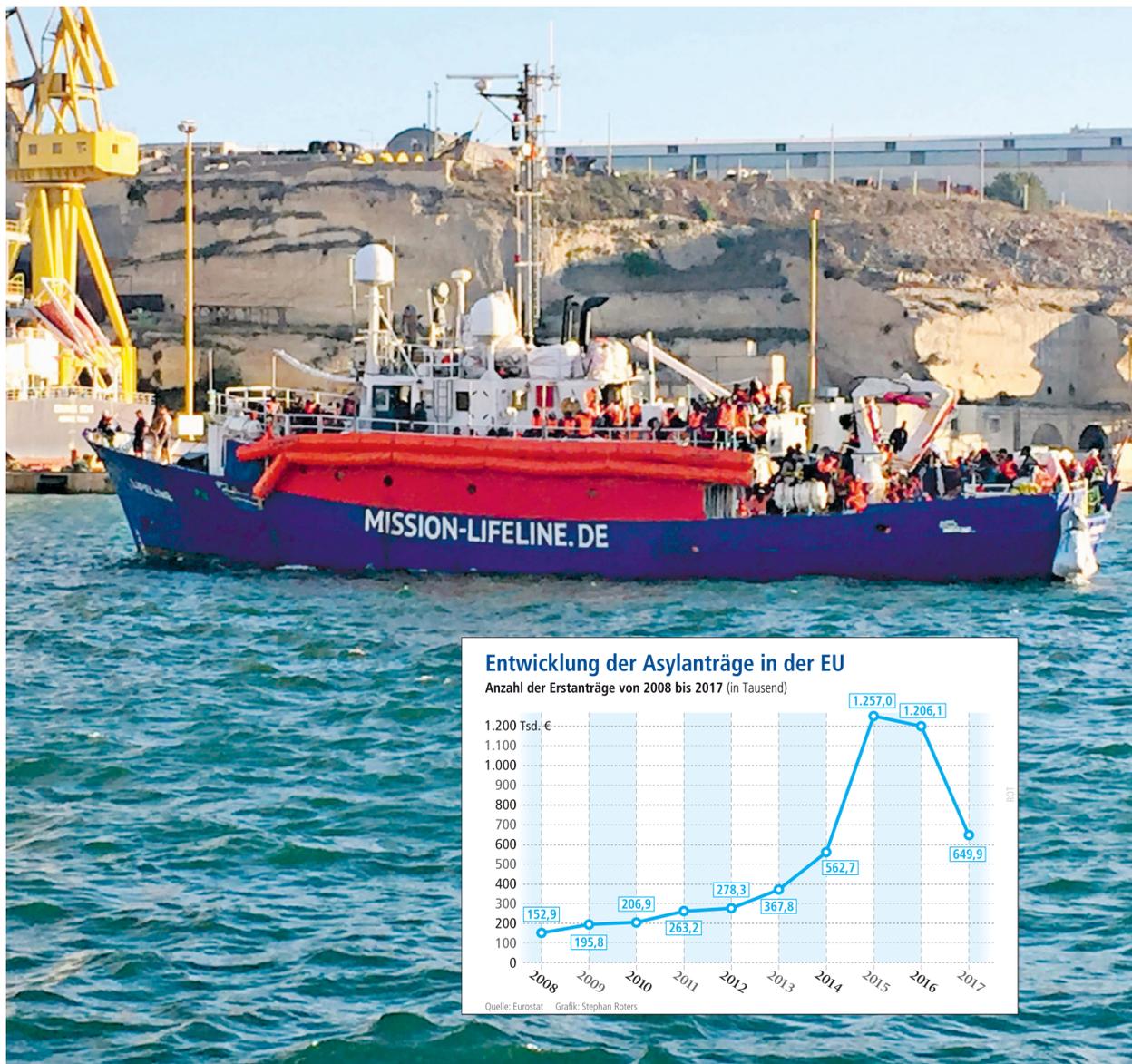
Dennoch ringen die EU-Staaten weiterhin um eine umfassende Reform des Asylsystems. Seit dem Flüchtlingsabkommen mit der Türkei im März 2016 hat sich unter ihnen die Erkenntnis durchgesetzt, dass dauerhafte Lösungen einen wirksamen Schutz der Außengrenzen erfordern. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex soll daher bis 2020 zu einer mit weitreichenden Befugnissen ausgestatteten EU-Grenzpolizei ausgebaut werden – mit dann 10.000 statt derzeit 1.300 Mitarbeitern. Das auf Malta ansässige EU-Unterstützungsbüro für Asylfragen (Easo) könnte zu einer „EU-Asylagentur“ mit einer gewichtigen Rolle bei der Prüfung von Flüchtlingen werden.

»Kontrollierte Zentren« An weiteren Vorschlägen mangelte es vor dem Gipfel nicht. So regte Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz, dessen Regierung bis Jahresende turnusgemäß den EU-Ratsvorsitz führt, »Schutzzentren« für Flüchtlinge an – in Europa, aber außerhalb der EU. Gemeint war wohl Albanien. Der Vorschlag war erledigt, als Regierungschef Edi Rama der »Bild«-Zeitung sagte, Albanien lehne Lager ab, wenn dies bedeute, »verzweifelte Menschen irgendwie abzuladen wie Giftmüll«.

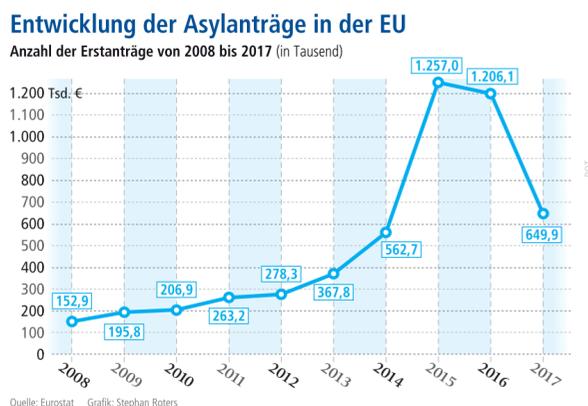
Durchgesetzt hat sich in Brüssel der auf Frankreich und Spanien zurückgehende Plan, »kontrollierte Zentren« in der EU – vor allem in Italien – zu errichten. In ihnen soll über Asylanträge sowie gegebenenfalls eine Verteilung auf EU-Staaten

Kleiner Durchbruch

EUROPA Die EU-Mitgliedstaaten haben sich in Brüssel auf einen Kompromiss in der Migrationspolitik geeinigt. Doch vollendet ist das gemeinsame Asylsystem damit noch lange nicht. Streitthema bleibt vor allem die Lastenteilung



Das blockierte Flüchtlings-Rettungsschiff der deutschen Hilfsorganisation »Lifeline« im Hafen von Valletta (Malta). Die Hängepartie um das Schiff mit 234 Flüchtlingen an Bord (siehe auch Seite 8) zeigte einmal mehr, wie notwendig gesamteuropäische Lösungen in der Flüchtlingsfrage sind.



entschieden werden. Deutschland, Frankreich und Italien hatten darauf bestanden, dass eine Umverteilung der Flüchtlinge zwingend sein müsse. Doch unter dem Eindruck des Widerstands mehrerer mittel- und osteuropäischer Länder einigten sich die EU-Staaten darauf, dass dies auf freiwilliger Basis stattfinden soll.

Zustimmung fand in Brüssel zudem ein von EU-Ratspräsident Donald Tusk angelegtes Konzept, das unter dem Wortentwurf »regionale Ausschiffungsplattformen« firmiert. In Nordafrika errichtet, sollen sie

auf See gerettete Migranten aufnehmen. Zusammen mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) soll dort geklärt werden, ob die Asylbewerber Wirtschaftsmigranten sind oder Anspruch auf internationalen Schutz haben. Eine bestimmte Zahl anerkannter Flüchtlinge könnte im Einklang mit dem für die EU-Staaten freiwilligen Resettlement-Programm nach Europa ausreisen. Soweit die Theorie. Wegen unhaltbarer Zustände in libyschen Lagern gilt das Haupt-

transitland für Flüchtlinge derzeit aber als Standort kaum geeignet. Und auch Marokko und Tunesien winken ab. »Wir in Tunesien tragen nicht die Verantwortung für den Strom illegaler Flüchtlinge an den Küsten Südeuropas«, sagte Außenminister Khemaies Jhinaoui der Tageszeitung »Al-Arab«. Damit würde das Problem »nur vom Meer auf unseren Boden verlagert werden.« Ähnlich äußerte sich sein marokkanischer Kollege Nasser Bourita. »Marokko lehnt diese Methode ab und hat sie immer abgelehnt«, betonte er am vergangenen Don-

nerstag nach einem Treffen mit dem spanischen Außenminister Josep Borrell.

Streitfall Sekundärmigration Obwohl sich die öffentliche Diskussion in Brüssel zuletzt auf die Vermeidung der »Primärmigration« – der Einreise von Flüchtlingen in die EU – konzentrierte, geriet wegen des Streits zwischen CDU und CSU vor allem Paragraf 11 der Brüsseler Abschlusserklärung in den Blick. Darin geht es um die sogenannte Sekundärmigration, also die Weiterreise von Flüchtlingen und Migranten,

die in einem EU-Außenstaat registriert werden, dann aber etwa in Deutschland Asyl beantragen. Zwar regelt das Dublin-III-Abkommen, dass Asylverfahren im Prinzip in den Registrierländern durchgeführt werden müssen, aber der Prozess ist langwierig und scheitert in vielen Fällen. Auf dem Gipfel haben nun alle 28 Regierungen zugesagt, die nötigen administrativen und gesetzlichen Vorkehrungen zu schaffen, um die Binnenmigration in der EU zu stoppen. Dies würde vor allem Deutschland entlasten, das allein in den ersten vier Monaten 2018 bereits mehr als 3.500 solcher Personen zurückgeschickt hat. Ob der Brüsseler Beschluss auch der CSU reicht und diese nun auf sofortige Zurückweisungen an der Grenze verzichtet, war bis Redaktionsschluss noch offen.

Einigung in fünf Punkten Insgesamt besteht nun bei fünf von sieben Bausteinen des neuen, ursprünglich auf 1999 zurückgehenden Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) weitgehendes Einvernehmen zwischen den EU-Staaten. Alle wollen die Aufnahmebedingungen für Asylbewerber angleichen und die Richtlinien zur Anerkennung von Asylbewerbern erneuern. Auch die Eurodac-Verordnung aus dem Jahr 2000 wollen sie nivellieren. Neben Fingerabdrücken von Asylbewerbern und illegalen Einwanderern sollen in der Datenbank künftig weitere biometrische Daten erfasst und die Zugriffsmöglichkeiten von Behörden erweitert werden.

Zwei gewichtige Punkte bleiben indes ungeklärt: zum einen die Reform der Asylverfahrensrichtlinie. Sie zielt auf die Einführung eines völlig vereinheitlichten gemeinsamen EU-Verfahrens zur Beurteilung von Anträgen auf internationalen Schutz ab. Zum anderen die von Italien und Deutschland geforderte Verteilung schutzbedürftiger Flüchtlinge auf andere EU-Staaten. Nach wie vor weigern sich die Visegrad-Länder Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn, schon in die EU eingereiste Personen durch Neuansiedlung oder Umverteilung (»Relocation«) aufzunehmen. Ratspräsident Tusk, der Quoten trotz der 2015 von den EU-Partnern mehrheitlich und rechtsverbindlich beschlossenen Umverteilung von bis zu 160.000 Flüchtlingen ablehnt, bemüht sich seit längerem um einen Interessenausgleich. So macht seit 2017 der Begriff »flexible Solidarität« die Runde. Danach könnten Beiträge zum EU-Grenzschutz oder Hilfen für Transit- oder Herkunftsländer mit der Aufnahme von Flüchtlingen »verrechnet« werden.

Die Bundesregierung stellte kurz vor dem EU-Gipfel klar, Spielräume könnten nicht bedeuten, dass ein EU-Land keinerlei Flüchtlinge aufnehmen. Zusammen mit Frankreich drohte sie zudem, widerspenstigen Partnern EU-Gelder vorzuenthalten.

Wien soll es richten Nun wird es wohl an der österreichischen Ratspräsidentschaft liegen, sich um eine Verständigung über die Reform des Dublin-Systems zu bemühen. Jedoch steht auch die Regierung in Wien einer Lastenteilung mit Argwohn gegenüber. »Da wird noch ein wenig Zeit notwendig sein«, kommentierte Bundeskanzlerin Merkel knapp die offenen Punkte. An eine schnelle, europäische Lösung glaubt sie offenbar nicht mehr. Sie setzt vielmehr auf bilaterale Vereinbarungen mit Ländern, in denen Flüchtlinge EU-Boden betreten haben, womit im Normalfall auch ihr Asylverfahren beginnt – besonders also Italien, Griechenland und Spanien. Sie sollen nach Merkels Vorstellungen jene Menschen zurücknehmen, deren Zurückweisung Seehofer plant. In den kommenden Wochen dürften intensive Gespräche ansetzen. *Michael Stabenow/Johanna Metz*

Michael Stabenow ist Korrespondent der FAZ in Brüssel.

Dem einen zu viel, dem anderen zu wenig

BUNDESTAG Hammelsprung verhindert Aktuelle Stunde zur Flüchtlingspolitik im Bundestag. Gemischte Reaktionen bei den Fraktionen zum EU-Asylkompromiss

Eigentlich hatte der Bundestag am vergangenen Freitag nachmittag auf Antrag der AfD in einer Aktuellen Stunde über die Ergebnisse des EU-Gipfels in Sachen Flüchtlingspolitik debattieren wollen. Stattdessen durften die Abgeordneten zwangsläufig früher ins Wochenende gehen. Wegen mangelnder Beschlussfähigkeit des Parlaments setzte Vizepräsidentin Petra Pau (Die Linke) nach einem Hammelsprung den letzten Tagesordnungspunkt ab und schloss gemäß Geschäftsordnung die Sitzung.

Dabei hätte es reichlich Stoff für Diskussionen gegeben. Tagelang hatte der Asylstreit zwischen den Schwesterparteien CDU und CSU die Republik bewegt und die Koalition in Berlin nahezu lahmgelegt. Nicht wenige sahen das Ende der Fraktionsgemeinschaft und damit der Koalition nach – Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) kämpfte in Brüssel nicht nur um eine Einigung in der Sachfrage, sondern auch um ihr politisches Überleben, nachdem ihr CSU-Chef und Bundesinnenminister Horst Seehofer mit seinem Ruf nach Zurückweisungen von Migranten an der Grenze die sprichwörtliche Pistole auf die Brust gesetzt hatte.

Merkel selbst hatte die Migrationspolitik vor ihrer Abreise »zur Schicksalsfrage für

die Europäische Union« erklärt. Wenn sie es nicht schaffe, diese Herausforderung unter Beibehaltung ihrer Werte, Humanität und multilateralem Vorgehen zu bewältigen, »dann wird niemand mehr an unser Wertesystem glauben«, warnte sie vergangenen Donnerstag in ihrer Regierungserklärung zum EU-Gipfel.

Angesichts des Drucks musste Merkel liefern. Ob sie es tatsächlich getan hat, darüber gingen die Meinungen im Anschluss weit auseinander. Schließlich lässt auch das Abschlussdokument, auf das sich die 28 Staats- und Regierungschefs nach zehntägigen Verhandlungen geeinigt haben, viel Interpretationsspielraum.

So steht dort zum Thema Sekundärmigration – Ausgangspunkt des Zoffs zwischen den Unionsparteien: »Die Mitgliedsstaaten sollten alle erforderlichen internen Rechtssetzungs- und Verwaltungsmaßnahmen gegen diese Migrationsbewegungen treffen und dabei eng zusammenarbeiten.« CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt sah durch diesen Passus die von seiner Partei geplanten Zurückweisungen von Asylbewerbern gedeckt. »Ich stelle fest, dass zur Vermeidung von Sekundärmigration das Ergreifen von nationalen Maßnahmen ausdrücklich im Ratspapier vorgesehen

ist«, erklärte er. Merkel hingegen zeigte sich überzeugt, dass die Beschlüsse zum Grenzschutz, zu zentralen Sammelagern und die Abkommen zur Rückführung von Migranten die Forderungen der Schwesterpartei erfüllen und diese damit auf nationale Altkonzepte verzichten könne. Schon in ihrer Regierungserklärung hatte sie unmissver-

stänlich an die Adresse der Bayern formuliert: Deutschland dürfe »nicht unilateral, nicht unabgestimmt und nicht zu Lasten Dritter« handeln. Wie sie zeigten sich weitere führende CDU-Politiker zufrieden mit dem Gipfelergebnis. Sie würden wesentlich zur Steuerung von Migration beitragen, erklärte et-

wa CDU-Außenpolitiker Jürgen Hardt. Der Parteivize Volker Bouffier urteilte: »Ohne das massive Drängen der CSU wäre das nach meiner Überzeugung nicht möglich gewesen.« SPD-Chefin Andrea Nahles lobte, dass es nun »eine Lösung mit Europa« gebe. Zudem begrüßte sie die Idee, Aufnahmezentren in der EU zu schaffen. Zugleich mahnte sie, diese müssten auch eine Qualitätsverbesserung für die Menschen bringen.

In der Opposition pendelten die Reaktionen zwischen Wut und Enttäuschung. So gehen der AfD die Verschärfungen der europäischen Asylpolitik nicht weit genug. »Ein echter Grenzschutz soll bis 2020 durch Frontex geleistet werden, so dass die EU weitere zwei Jahre wie ein Scheunentor offen steht«, erklärte Fraktionschefin Alice Weidel. Man denke außerdem lediglich über Flüchtlingslager in Nordafrika nach, »statt hier Fakten zu schaffen«.

Die Grünen werten die Ergebnisse des Gipfels demgegenüber als Abkehr von einer humanitären Flüchtlingspolitik. »Die Europäische Union ist dabei, ihren Wertekompass aufzugeben, denn der Rat hat bewusst auf ein grundsätzliches Bekenntnis zum Schutz von Flüchtlingen verzichtet«, erklärte Parteichefin Annalena Baerbock.

Nicht weniger scharf urteilten die Linken. »Kanzlerin Angela Merkel hat ihr unfreundliches Gesicht gezeigt und so die CSU besiegt«, sagte Parteichefin Katja Kipping der »Neuen Osnabrücker Zeitung«. Europa setze nun auf Sammellager statt auf soziale Sicherheit und Menschenrechte.

Ein Weder-Noch-Gefühl stellte sich bei FDP-Chef Christian Lindner ein. Seiner Ansicht nach hat der Gipfel kaum Konkretes geliefert. »Hier wird delegiert an die nationalen Regierungen, miteinander Lösungen zu finden«, erklärte er in Berlin. »Wie sie aussehen können, bleibt offen«. Für ihn steht fest: »Die eigentliche Arbeit ist immer noch nicht erledigt.«

Damit teilt er die Meinung von EU-Ratspräsident Donald Tusk: Die Vereinbarung der 28 EU-Staaten sei noch der »einfachste Teil« im Vergleich mit dem, was die Länder bei der Umsetzung erwarnt, kommentierte dieser den Abschluss. *Johanna Metz*

> STICHWORT

Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GAS)

> **Vorschlag** Das GAS wurde 2016 von der EU-Kommission unter Präsident Jean-Claude Juncker (Foto) angestoßen. Sie legte damals Vorschläge für sieben europäische Gesetze zu Migration und Asyl vor. Kernstück ist die Dublin-Verordnung, die regelt, welches EU-Land für einen Asylbewerber zuständig ist.

> **Dublin-Regel** Die aktuelle Verordnung – »Dublin III« – schreibt die Verantwortung in der Regel dem Ersteinreiseland zu. Das reformierte Gesetz – »Dublin IV« – soll die Zuständigkeit breiter verteilen, ist aber genau deswegen sehr umstritten.

> **Asylverfahren** Strittig ist außerdem die Asylverfahrens-Verordnung. Sie soll einheitliche Standards setzen, um etwa zu verhindern, dass Menschen aus denselben Herkunftsländern in EU-Staaten ganz unterschiedliche Chancen auf Asyl haben.



© picture-alliance/AP Photo



In der Wagenburg

HANDELSSTREIT Die USA und die EU überziehen sich mit Vorwürfen. Im Streit um Zölle auf Stahl und Aluminium verhärteten sich die Fronten

Bei Stahl und Aluminium gab sich der US-Präsident hart. Zölle zwischen 8 und 30 Prozent sollten die Hütten in Ohio und Pennsylvania vor Billigimporten aus dem Ausland schützen. Das schien zunächst zu funktionieren. Die Exportstatistik der Wirtschaftsvereinigung Stahl verzeichnete einen Rückgang deutscher Stahlexporte in die USA um mehr als ein Drittel. Doch nach nur 20 Monaten schmolz die Handelsbarriere im Dezember 2003 dahin. Der US-Präsident, der damals George W. Bush hieß, wurde von amerikanischen Wirtschaftsvertretern gezwungen, die Stahlzölle wieder zurückzunehmen. Denn Industriezweige wie die US-amerikanischen Autohersteller und die Brauereien litten massiv unter zollbedingten steigenden Produktionskosten. Sie reagierten darauf mit Sparprogrammen, was die volkswirtschaftliche Bilanz der US-Strafzölle tief in den roten Bereich drückte: Mehr als 200.000 amerikanische Arbeitsplätze gingen verloren, während sich lediglich etwa 190.000 Stahlarbeiter unter dem Schutzschirm duckten. Die US-Stahlkocher investierten weniger als nötig in ihre Wettbewerbsfähigkeit; so vergrößerte sich ihr Rückstand auf die Technologieführenden. Und die Verbraucher mussten für viele Produkte mehr bezahlen. George W. Bush und sein Scheitern beim Thema Strafzölle gilt als Menetekel für den weltweiten Freihandel. Doch die Erinnerung ist ein verlässliches Gut. Nun ver-

sucht es US-Präsident Donald Trump mit Strafzöllen. Er belegt Stahl mit einem Aufschlag von 25 Prozent, Aluminium mit 10 Prozent. Die EU revanchiert sich mit der Ankündigung, für US-amerikanische Motorräder, Jeans, Whiskey, Tabakprodukte und Erdnussbutter eine Zollabgabe von jeweils 25 Prozent zu verlangen.

Wirtschaft warnt Das treibt die Wirtschaft um. Dem Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Dieter Kempf, zufolge könnten die US-Schutzzölle das Wachstum der deutschen Wirtschaft um ein Viertelprozent senken. Bislang ging der BDI von einem Wachstum von 2,25 Prozent für 2018 aus. Sollte der Streit zu einem Handelskrieg eskalieren, sieht Kempf das Investorenvertrauen weltweit erschüttert. Rückläufige Investitionen würden den Rückgang des Welthandels verstärken. Der Präsident des Automobilverbands, Bernhard Mattes, warnt ebenfalls vor Abschottung und Protektionismus. Gleichzeitig beruhigt er: Deutsche Autos würden bereits heute in den USA nicht in erster Linie über niedrige Preise verkauft. Den deutschen Autobauern werde das US-Geschäft nicht komplett wegbrechen. Für Hans Gersbach hingegen klingt das wie das Pfeifen im dunklen Keller. Der Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats im Bundeswirtschaftsministerium rechnet mit einer Verringerung des Bruttoinlandsprodukts um bis zu 0,2 Prozent – falls Trump Ernst macht. Der nimmt sich nun tatsächlich Deutschland zur Brust. Das Land sei



Amerika als Land der Verheißung – dank freiem Handel: Amerikawoche 1965 in der Textilabteilung des Berliner KaDeWe

© picture-alliance/akg-images

ein „economic enemy“. Im Austausch mit den USA habe es selbstgefällig hohe Handelsbilanzüberschüsse aufgehäuft und nehme selbst viel höhere Zölle auf US-Produkte. Damit sei nun Schluss. Hat Trump Recht? Über die Antwort entscheidet der Blickwinkel. Bei der Beurteilung von Ungleichgewichten in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und Deutschland kommt es stark darauf an, welche Bilanz man betrachtet. Darauf hat der Handelsexperte des Münchener ifo-Instituts, Gabriel Felbermayr, hingewiesen. In den Kategorien der „Old Economy“ hat Donald Trump Recht. Im Jahr 2017 exportierte die deutsche Wirtschaft Waren im Wert von 112 Milliarden Euro in die USA, das einen Anteil von knapp zehn Prozent aller deutschen Waren aufnahm und damit ein wichtiges Exportland war. Die USA verkauften Waren im Wert von 61 Milliarden Euro nach Deutschland. Das ergibt einen Handelsbilanzüberschuss in Deutschland von mehr als 50 Milliarden Euro.

Halbe Wahrheiten Felbermayr wirft Trump jedoch eine „verzerrte Wahrnehmung“ vor. „Er spricht nur von dem US-Defizit bei den Waren, verschweigt aber, dass die USA bei Dienstleistungen und Unternehmensgewinnen einen massiven Überschuss gegenüber der EU erwirtschaften“, sagt Felbermayr. Unter dem Strich der weiter gefassten Leistungsbilanz stehe ein Plus von aktuell 14 Milliarden US-Dollar für die USA; dies sei im Übrigen

kein statistischer Ausreißer, sondern ein konstanter Überschuss seit dem Jahr 2008. Die USA habe Wettbewerbsvorteile in der „New Economy“, vor allem bei digitalen Dienstleistungen: Apple, Amazon, Facebook, Google und Co. lassen grüßen. Auch in Bezug auf den Austausch mit Deutschland mahnt Felbermayr eine andere Perspektive an. Zwar weise das US-Handelsministerium für das Verhältnis gegenüber Deutschland ein Leistungsdefizit von 65 Millionen Euro aus. „Doch ist es falsch, einzelne Mitgliedstaaten der EU herauszupicken.“ Die EU sei eine Zoll- und Wirtschaftsunion, in der die Mitglieder eng miteinander verflochten seien. So bedienten US-amerikanische Internetriesen aus steuerlichen Gründen den deutschen Markt über Niederlassungen in den Niederlanden oder Irland. Deshalb müsse die EU als Ganzes betrachtet werden. Eine weitere Polemik Trumps gegen Deutschland läuft nach Meinung von Experten ebenfalls ins Leere. Der Präsident hatte sich in einem seiner Posts darüber beschwert, dass die Deutschen im Durchschnitt höhere Zölle erheben als die USA. Auf das schmale Brett mag ihm der Vizepräsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, Rolf J. Langhammer, nicht folgen. Er verweist darauf, dass die heute gelten

Zölle in Struktur und Höhe bei den Welt- handelsgesprächen der Uruguay-Runde (1986 bis 1994) Jahre einvernehmlich ausgehandelt wurden. Bei den Industriegütern liegt das Gefälle nach den Zahlen der Welthandelsorganisation WTO bei 3,2 Prozent auf der US-Seite gegenüber 4,2 Prozent bei der EU: „Gewichtet mit den Importwerten sind die Zollunterschiede noch geringer: 2,3 Prozent in den USA zu 2,6 Prozent in Europa.“ Laut Langhammer verdecken solche Durchschnittsbetrachtungen, dass sich beide Seiten seit Jahren ihren Alltagsprotektionismus gönnen. So erhebe die EU auf Agrarprodukte im Durchschnitt mit 11,1 Prozent mehr als doppelt so hohe Zölle wie der starke Agrarexporteur USA (5,2 Prozent). Die USA ihrerseits verlangen bei Milchprodukten 20 Prozent, bei Kleinlastwagen 25 Prozent, bei Babynahrung 23 Prozent. Die jetzt als europäische Antwort auf Trumps stählernen Zollschuttschirm verhängten europäischen Strafzölle werden aus Langhammers Sicht den Handel nur wenig beeinflussen. Es handele sich um nicht-standardisierte Produkte, bei denen nicht nur der Preis über einen Kauf entscheide. Reputation, Service, Kundenvorlieben gehörten mindestens ebenso zum Kalkül. Die Anbieter könnten die zollbe-

dingten Preissteigerungen daher an die Käufer weitergeben. Der Absatz werde zurückgehen, aber nicht einbrechen.

„Old School“ Plötzlich und für manchen unerwartet erlebt sogar das an Intransparenz gescheiterte transatlantische Handelsabkommen, TTIP eine Renaissance. Denn bei diesem Freihandelsabkommen geht es nicht in erster Linie um Zölle, für die (noch) enge WTO-Regeln gelten. Vielmehr stehen eine Reihe von politisch erkämpften Arbeitsschutz-, Verbraucher- und Umweltschutzrechten auf dem Prüfstand, so genannte „nichttarifäre Handelshemmnisse“. Seit der Weltwirtschaftskrise 2008/09 haben vor allem die USA dazu gegriffen, um unliebsame Konkurrenz fernzuhalten. In einer Studie zu verdecktem Protektionismus zählte Erdal Yalcin und andere vom Kieler Institut für Weltwirtschaft in den USA 800 neu aufgestellte Handelshemmnisse. Keine andere Nation setze so viele Blocker ein. Indien und Russland brachten es demnach auf 200 bis 300 Maßnahmen. Größere europäische Wirtschaftsna-tionen wie Deutschland müssen sich 80 bis 100 Handelshemmnisse zurechnen lassen. Laut der Studie reduzierten non-tarifäre Handelshemmnisse den weltweiten Warenaustausch um 12 Prozent. Dass Trump nun wieder Zölle in den Mittelpunkt stellt, ist für Wirtschaftsexperten schlicht „Old School“. Dirk Neubauer

Der Autor ist freier Journalist in Düsseldorf.

»Die USA erwirtschaften bei Dienstleistungen einen enormen Überschuss.«

Gabriel Felbermayr, ifo-Institut

Anzeige

Was bringen Kreis- und Gemeindegebietsreformen wirklich?

Wirkungen kommunaler Gebietsreformen
Stand der Forschung und Empfehlungen für Politik und Verwaltung
Von Prof. Dr. Sabine Kuhlmann, Dr. Markus Seyfried und Prof. Dr. John Siegel
2018, 118 S., brosch., 29,90 €
ISBN 978-3-8487-4683-5
(Modernisierung des öffentlichen Sektors („Gelbe Reihe“), Bd. 42)
nomos-shop.de/34959

Was bewirken Gebietsreformen auf kommunaler Ebene? Führen sie zu einer Stärkung der kommunalen Leistungsfähigkeit? Lässt sich damit die Wirtschaftlichkeit verbessern? Leiden kommunale Demokratie und Partizipation darunter? Diese Fragen werden mittels einer Analyse nationaler und internationaler Studien differenziert beantwortet.

Nomos
eLibrary Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar: www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Weniger Waffenausfuhren

RÜSTUNGSEXPORT Bundesregierung legt Bericht vor

Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr weniger Rüstungsexporte genehmigt als im Jahr zuvor. Insgesamt seien 2017 Einzelgenehmigungen im Wert von 6,24 Milliarden Euro erteilt worden, teilte die Bundesregierung in einem als Unterrichtung (19/2900) vorgelegten Bericht über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter mit. Im Jahr zuvor lag der Wert bei 6,85 Milliarden Euro. Damit waren die Genehmigungen das zweite Jahr in Folge rückläufig. Allerdings verweist die Bundesregierung darauf, dass die Genehmigungswerte der vergangenen zehn Jahre stark schwanken. So wurden etwa 2014 lediglich Einzelgenehmigungen im Wert von 3,961 Milliarden Euro erteilt. Mehr als 39 Prozent der Genehmigungen entfielen 2017 auf Lieferungen in EU-/Nato- und Nato-gleichgestellte Länder, wie aus dem Bericht hervorgeht. Bei den Ausfuhrgenehmigungen in Drittländer dominierten demnach einzelne hochwertige Großaufträge, etwa die Genehmigung für

eine Fregatte für die algerische Marine und für ein U-Boot für die ägyptische Marine. Bei zahlreichen Genehmigungen für Empfänger in Drittländern gehe es um Zulieferungen von Komponenten an europäische und amerikanische Kooperationspartner, die ihrerseits erneut über die Ausfuhr entscheiden, heißt es in dem Bericht weiter. Knapp 16,8 Prozent aller deutschen Einzelgenehmigungen für Rüstungsgüter hatten als Ziel ein Entwicklungsland – fast doppelt so viel wie im Vorjahr. Die wichtigsten Empfängerländer waren den Angaben zufolge Ägypten, Indien, Indonesien und Pakistan. Auch die Werte für Sammelausfuhrgenehmigungen schwanken von Jahr zu Jahr stark. Diese Genehmigungen spielen vor allem in der Herstellungsphase eines Rüstungsgutes eine Rolle, in der Einzelteile häufig ein- und ausgeführt werden. Auch bei Wartungs- und Reparaturarbeiten spielen solche Genehmigungen eine Rolle. 2017 erlaubte die Bundesregierung 37 solcher Geschäfte mit einem Gesamtwert von 325 Millionen Euro. Die Zahl der tatsächlichen Ausfuhren lag deutlich unter den Genehmigungswerten. Mit 2,65 Milliarden Euro machte der Wert von Kriegswaffen 0,21 Prozent aller Exporte aus.

Der Handel zwischen Deutschland und den USA

Entwicklung in den Jahren 2007 bis 2016 (in Milliarden Euro)



Wichtigste Exportgüter 2016

Güter	Wert (in Milliarden Euro)
Kraftwagen und Kraftwagenteile	29,5
Maschinen	17,1
Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	12,9
Datenverarbeitungsgeräte, elektr. u. opt. Erzeugnisse	9,6
Sonstige Fahrzeuge	6,9 Mrd. €

Wichtigste Importgüter 2016

Güter	Wert (in Milliarden Euro)
Datenverarbeitungsgeräte, elektr. u. opt. Erzeugnisse	7,7
Sonstige Waren	7,2
Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	7,1
Kraftwagen und Kraftwagenteile	7,0
Sonstige Fahrzeuge	6,2

Quelle: Statistisches Bundesamt Grafikquelle: dpa+26399 (editiert)

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Hunger und Armut, Vernichtung ganzer Ackerflächen, Artenschwund, Kleinbauern unter der Fuchtel einer unumschränkten Konzernherrschaft: Die Grünen sehen Schlimmes auf die Menschheit zukommen, und das mit dem Segen der EU-Kommission, die im vergangenen März die Fusion des deutschen Chemieriesen Bayer mit dem amerikanischen Saatgut- und Pestizidhersteller Monsanto genehmigt hat. Lässt sich derlei in Zukunft zuverlässig verhindern, lautete die Frage, die in einer öffentlichen Expertenanhörung den Wirtschaftsausschuss beschaffte.

Die Grünen glauben einen Weg gefunden zu haben, nämlich durch einen Eingriff ins europäische Kartellrecht. Wenn die EU-Kommission künftig über die Genehmigung eines Firmenzusammenschlusses zu entscheiden habe, solle sie nach den Vorstellungen der Abgeordneten nicht mehr allein wirtschaftliche Aspekte in den Blick nehmen dürfen und den Kräfteverhältnisse auf dem jeweiligen Markt sowie dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage statt geben.

So steht es in einem Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen (19/1654), in dem die Bundesregierung unter anderem dazu aufgefordert wird, sich dafür einzusetzen, dass Umweltschutzaspekte wie Biodiversität, Ernährungssouveränität, Gesundheitsschutz und Versorgungssicherheit grundsätzlich im Rahmen von Fusionskontrollverfahren berücksichtigt werden. All diese für die Menschheit elementaren Güter seien durch die Marktdominanz eines Agrarkonzerns nicht weniger bedroht als der freie Wettbewerb.

„Marktkonzentration im Agrarmarkt stoppen – Artenvielfalt und Ernährungssouveränität erhalten“ hatten die Grünen ihren Antrag überschrieben, und so war auch das Thema der Anhörung formuliert. Hier zeigte sich allerdings, dass die in der vergangenen Woche als Experten geladenen Juristen und Ökonomen einer Vermischung wettbewerblischer mit anderen Kriterien bei der Entscheidung über Firmenfusionen mehrheitlich nichts abgewinnen konnten. Die Warnung wurde laut, das Kartellrecht zu „überfrachten“ und einer Fachbehörde eine über die eigene Kompetenz hinausreichende Interessensabwägung zuzumuten, die eigentlich auf die politische Ebene gehöre.

Warnung vor Überfrachtung Artikel 2 der europäischen Fusionskontrollverordnung sei glasklar, gab etwa der Düsseldorfer Rechtswissenschaftler Rupprecht Podszun zu bedenken. Hier sei als alleiniger Prüfmaßstab festgeschrieben, zu klären, ob ein Firmenzusammenschluss „erhebliche Behinderungen“ eines „wirksamen Wettbewerbs“ befürchten lasse. Es gehe also um das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage, um nichts anderes. Dies auf europäischer Ebene mit anderen Zielen in Einklang zu bringen, sei „extrem schwer“. Für Podszun stellt sich die Frage, ob sich die „programmatischen Sätze“ der europäischen Verträge, in denen allgemeine Grundprinzipien wie das Bekenntnis zu Nachhaltigkeit oder Umweltschutz formuliert sind, mit den „fein zisierten“ Kriterien der Fusionskontrolle überhaupt ver-



Hochzeit als Trauerspiel: Aktivisten protestieren in Bonn gegen die Fusion von Bayer und Monsanto.

© picture-alliance/SvenSimon

Marktmacht

AGRAR Anhörung zur Fusion von Bayer und Monsanto

einbaren lassen. Zumindest bedürfe es „klarer Maßstäbe“, um außerwirtschaftliche Gesichtspunkte in gerichtsfester Weise ins Kartellrecht zu integrieren: „Die sehen ich im Moment nicht“, meinte Podszun. Vor einer „Überfrachtung“ des Kartellrechts warnte auch der an der Berliner Humboldt-Universität lehrende Jurist Maik Wolf. Ein idealer Ausgleich zwischen wettbewerblischen und außerwettbewerblichen

Aspekten sei in solchen Verfahren „kaum realistisch darstellbar“. Der Präsident des Bundeskartellamts, Andreas Mundt, sprach sich dafür aus, die strikte Trennung juristischer und politischer Kompetenzen und Entscheidungs Ebenen im Kartellrecht beizubehalten. Diesem seien bereits jetzt wettbewerbsfremde Kriterien nicht ganz fremd. In den meisten Ländern kenne das Wettbewerbs-

regime auch „politische Ventile“, in Deutschland etwa das Instrument der Ministererlaubnis, das eine Behördenentscheidung aushebeln könne. Ein solches Instrument sei aber auch nur auf Regierungsebene korrekt angesiedelt. Eine Fachbehörde sei mit einer solchen politischen Abwägung in jedem Fall überfordert, meinte Mundt. Der Düsseldorfer Wirtschaftswissenschaftler Justus Haucap

wies darauf hin, dass die Unternehmenskonzentration in Europa weit weniger fortgeschritten sei als etwa in den USA. Das lasse darauf schließen, dass das europäische Fusionskontrollrecht in seiner herkömmlichen Form funktioniere. „Ich habe großes Vertrauen in die Arbeit der EU-Kommission“, sagte Haucap. Auch er warnte davor, Behördenentscheidungen mit politischen Anliegen zu überlagern. Dies sei „weit entfernt von demokratischer Legitimation“. Abweichend von der Mehrheitsmeinung argumentierte der Frankfurter Wirtschaftsrechtler Kim Manuel Künstner. Er machte geltend, dass in den europäischen Verträgen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU eine Ausnahme zugewiesen sei. Als einziger Politikbereich genieße sie Vorrang vor allen anderen, auch vor dem Ziel eines ordnungsgemäßen Wettbewerbs. Dies habe der Europäische Gerichtshof in seiner Rechtsprechung immer wieder bekräftigt. Mit der Bayer-Monsanto-Entscheidung habe die EU-Kommission den Vorrang der Agrarpolitik außer Acht gelassen.

Paradigmenwechsel im Pflanzenschutz Der Göttinger Agrarökonom Matin Qaim erinnerte an die Hintergründe der transatlantischen Firmenhochzeit. Seit zwei Jahrzehnten vollziehe sich im Pflanzenschutz ein Paradigmenwechsel, in dem die grüne Gentechnik eine immer bedeutendere Rolle spiele. Zunehmend setzten Forscher und Hersteller darauf, Pflanzensorten zu züchten, die von vornherein gegen Schädlinge resistent seien. Dadurch erübrige sich in wachsendem Maße der Einsatz chemischer Herbizide und Insektizide. Eines der größten Probleme sei die Entwicklung natürlicher Konkurrenz, wenn er denn weiterhin auf dem Weltmarkt als Anbieter im Agrarsektor eine Rolle spielen wolle. Die Verbindung mit dem weltweit führenden Saatguthersteller Monsanto ermögliche daher dem Unternehmen eine sinnvolle Bündelung von Geschäftsfeldern und Kompetenzen.

Ohnehin habe die grüne Gentechnik in Deutschland einen schweren Stand und „leide“ unter verbreiteter Ablehnung, klagte Qaim. Die öffentliche Akzeptanz neuer Technologien lasse zu wünschen übrig. Dies habe zur Folge, dass Pflanzenforschung ins Ausland abwandere. Die Stärkung des Bayer-Konzerns am Standort Deutschland sei nicht zuletzt mit Blick auf den Arbeitsmarkt zu begrüßen. Kritikern hielt Matin Qaim entgegen, dass Jahr für Jahr 95 Prozent der zehn Millionen Baumwollproduzenten in Indien sich für Produkte der grünen Gentechnik entschieden. Haucap hob ebenfalls den wirtschaftlichen Nutzen der Bayer-Monsanto-Fusion als „Chance für den Standort Deutschland“ hervor. Dazu zählte er auch, dass die Sparten, von denen Bayer sich im Zuge des EU-Verfahrens trennen müssen, von der Ludwigshafener BASF übernommen worden seien. So seien zwei deutsche Unternehmen der chemischen Industrie aus dem Prozess gestärkt hervorgegangen. Haucap wies zudem auf die Innovationspotenziale hin, die durch die Fusion freigesetzt werden könnten. Innovationsanreize zu setzen, sei in jedem kartellrechtlichen Prüfverfahren ein „ganz zentrales Element“.

Winfried Dolderer

KURZ NOTIERT

Atomkonzerne sollen Ausgleich erhalten

Der Bundestag hat am Donnerstag mehrheitlich eine Novelle des Atomgesetzes auf den Weg gebracht. Mit dem Gesetzentwurf sollen Ausgleichsansprüche der Energiekonzerne Vattenfall und RWE in Folge eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts von 2016 (1 BvR 2821/11) umgesetzt werden. Der Vorlage der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD (19/2508) in geänderter Fassung stimmten nur die einbringenden Fraktionen zu. AfD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen lehnten den Entwurf ab. Die von der Koalition eingebrachten Änderungen sind redaktioneller Natur. Ein wortgleicher Gesetzentwurf der Bundesregierung (19/2631) wurde für erledigt erklärt. Mit der 16. Änderung des Atomgesetzes soll ein Ausgleichsanspruch für Strommengen, die den Atomkraftwerken von RWE und Vattenfall zugewiesen wurden, die aber nicht mehr verwertbar sind, rechtlich verankert werden. Den Genehmigungs-inhabern der im Gesetz genannten Kraftwerke obliegt dabei zunächst, sich „ernsthaft“ um eine Vermarktung der Strommengen zu bemühen und diese somit auf andere Atomkraftwerke zu übertragen. scr

Weddellmeer soll Schutzgebiet werden

Das Weddellmeer in der Antarktis soll nach Willen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen das größte Meeresschutzgebiet der Welt werden. In einem gemeinsamen Antrag (19/2985), der vergangenen Freitag beschlossen wurde, drücken die Fraktionen ihre Unterstützung gegenüber der Bundesregierung aus, dieses Vorhaben bei der kommenden Jahrestagung der „Kommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze in der Antarktis“ im Oktober umzusetzen. Die Fraktionen begründen die Schutzwürdigkeit damit, dass das Weddellmeer ein „einzigartiges Ökosystem mit bisher wenigen menschlichen Einflüssen“ sei. Handlungsbedarf bestünde, da das Meer dem Druck von internationalen Fischfangflotten ausgesetzt sei. scr

Verbesserung des Tierschutzes in Schlachthöfen

Die Grünen wollen den Tierschutz auf Schlachthofanlagen verbessern. Ein entsprechender Antrag der Fraktion (19/2112) wurde vergangenen Donnerstag zur federführenden Beratung an den Landwirtschaftsausschuss überwiesen. Ziel des Antrags ist es, Nutztiere von jedem vermeidbaren Schmerz, Stress und Leiden zu verschonen. Die Grünen fordern im Antrag die Bundesregierung auf, in Zusammenarbeit mit den Ländern die Kontrollstandards und Kontrollintervalle für Schlachthöfe bundesweit zu vereinheitlichen und das Vier-Augen-Prinzip bei Tierschutzkontrollen einzuführen. Außerdem verlangt die Fraktion, Akkordarbeit bei den tierschutzrelevanten Arbeitsschritten Treiben, Betäuben und Töten zu beenden. Die mobile Schlachtung soll zudem über die Ausweitung der GAK-Fördertatbestände ermöglicht werden. eis/sas

Wohnen bezahlbar halten

MIETRECHT Strategien gegen steigende Preise gesucht

Kritik am Koalitionspartner CDU/CSU beim Thema Wohnungspolitik äußerte die SPD am Freitag in der Debatte über einen Grünen-Antrag für eine wirksame Mietrechtsreform. Michael Groß sagte, im Koalitionsvertrag sei eine gute Lösung gefunden worden, er habe jedoch den Eindruck, dass die Koalitionspartner nicht immer über dasselbe sprächen. Aktuell würde die Union bei der sozialen Funktion des Mietrechts schon wieder auf die Bremse treten. Justizministerin Katarina Barley (SPD) habe einen Referentenentwurf vorgelegt, der von der Union aufgehälten werde. Jan-Marco Luczak (CDU) betonte, die Union stehe selbstverständlich an der Seite der Mieter und sei gegen Herausmoderisierungen und explodierende Mieten, es gebe aber keine einfache Lösung für das Problem. Man könne die Mietpreisbremse noch so sehr verschärfen, dies nutze nichts, wenn es nicht genügend Wohnungen gebe. Deshalb müsse in erster Linie für ein größeres Angebot auf dem Wohnungsmarkt gesorgt werden.

und Menschen verlören ihr Zuhause. Dagegen müsse etwas getan werden. Die Redner der Koalitionsparteien wiesen die Kritik zurück und verwiesen auf die im Koalitionsvertrag enthaltene Wohnungsbauförderung sowie zusätzlich vereinbarte Maßnahmen wie mehr Geld für die soziale Wohnraumförderung und Baukindergeld.

Kritik am Baukindergeld Für die AfD kritisierte Jens Maier den Antrag als unzureichenden Schnellschuss, dessen Inhalt zum großen Teil von den Linken übernommen worden sei. Er warf den Grünen vor, über den Klimaschutz mitverantwortlich für den Anstieg der Mietkosten zu sein. Katharina Willkomm (FDP) forderte die Streichung der Mietpreisbremse, denn diese schade dem Bemühen, Kohlendioxid einzusparen. Länger warten auf einen Gesetzentwurf könnten Wohnungssuchende nicht, sagte sie an die Adresse der Koalitionsparteien. Bauen dürfe aber nicht teurer werden. Doch genau dies sei das Ergebnis des Baukindergelds. Caren Lay (Linke) verwies darauf, dass die Opposition bereits zum dritten Mal in der laufenden Legislaturperiode Anträge zum Mietrecht stelle. Das solle der Koalition zu denken geben. Sie hoffe, dass der Gesetzentwurf des Justizministeriums nicht erneut scheitert. Am Ende werde das Baukindergeld wohl das einzige sein, was die Koalition vor der Sommerpause beschließen wird. Lay sagte, mehr Eigenheime nützten Normal- und Geringverdienern in den Städten nichts. wj

»Viele Häuser sind zu Waren geworden, Menschen verlieren ihr Zuhause.«

Canan Bayram (Grüne)

Unstimmigkeiten in der Koalition In dem Antrag der Grünen (19/2976), den Canan Bayram für die Fraktion begründete, wird die Bundesregierung aufgefordert, bezahlbares Wohnen zu sichern. Sie fragte, wie weit die Mieten noch steigen müssten, bis die Koalition von CDU/CSU und SPD etwas zum Mieterschutz unternimmt. Aber anstatt den Kündigungsschutz zu stärken, würden Mieterrechte untergraben. Längst seien viele Häuser zu Waren geworden,

Den Wolf managen

UMWELT Bundesregierung soll Maßnahmen prüfen

Der Bundestag hat am vergangenen Donnerstag einen von CDU/CSU und SPD vorgelegten Antrag (19/2981) für ein bundesweit abgestimmtes Wolfsmanagement angenommen. CDU/CSU und SPD stimmten für ihren Antrag, AfD und FDP dagegen. Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich. Die Grünen hatten dafür plädiert, diesen Antrag zur federführenden Beratung an den Umweltausschuss zu überweisen, waren aber von der Koalition und der FDP überstimmt worden. In dem Koalitionsantrag wird die Bundesregierung unter anderem aufgefordert, die Arbeit der Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes zum Thema Wolf (DBBW) über den Herbst 2018 hinaus zu verstetigen und Perspektiven zu entwickeln, wie Weidetierhaltung, Jäger und Landwirte einbezogen werden können, damit deren Standpunkte berücksichtigt werden können. Die Regierung soll zudem prüfen, wie Wanderschäfer besser unterstützt werden können. Die für Nutztierhalter entstehenden Kosten für Schutzmaßnahmen sowie die durch übergriffige Wölfe verursachten Schäden im Tierbestand sollen von den Landesbehörden schnell und unbürokratisch ausgeglichen werden. Ebenso soll die Regierung prüfen, ob ein generelles Fütterungsverbot von Wölfen hilfreich wäre, um die Entwicklung von Einzeltieren zu für Mensch und Nutztier gefährlichen Wölfen zu vermeiden. Schließlich müssen auch die Auswirkungen der Rückkehr des Wolfes auf die Wildtierbestände untersucht werden. In namentlicher Abstimmung lehnte das Parlament einen gemeinsamen Antrag der Linken und Grünen ab, in dem sich die Fraktionen für eine Weidetierprämie für Schafe und Ziegen eingesetzt hatten (19/

1691). 444 Abgeordnete stimmten gegen den Antrag, 186 befürworteten ihn, es gab zwei Enthaltungen. Linke und Grüne hatten gefordert, die Arbeit der Schäfer für den Grünlanderhalt, die Landschaftspflege, die biologische Vielfalt und den Klimaschutz finanziell anzuerkennen. Dafür müsse vom Grundprinzip der von der Produktion entkoppelten Förderung auf nationaler Ebene abgewichen werden. Voraussetzung dafür sei, dass die Bundesregierung eine „gekoppelte Stützung“ zum 1. Januar 2019 beschließt, die bis zum 1. August 2018 der Europäischen Kommission mitgeteilt werden muss. Der Bundestag lehnte darüber hinaus mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Linken und Grünen einen Antrag der Linken (19/581) ab, der Sofortmaßnahmen zum Schutz von weidetierhaltenden Betrieben gefordert hatte. Mit demselben Stimmenverhältnis scheiterte auch ein Antrag der Grünen (19/589), die sich für einen Schutz des Wolfes stark machten. eis/sas



Wölfe können auch friedlich aussehen.

Schutz vor Schweinepest

TIERGESUNDHEIT Mehr Befugnisse für Behörden geplant

Der Deutsche Bundestag befürchtet enorme Schäden für die heimische Agrarwirtschaft durch die Ausbreitung der afrikanischen Schweinepest (ASP). Deshalb haben die Abgeordneten am vergangenen Freitag in erster Lesung einen von den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung des Tiergesundheitsgesetzes und des Bundesjagdgesetzes (19/2977) beraten. Die Fraktionen sehen dringenden Handlungsbedarf, weil seit mehreren Jahren Infektionen beim Schwarzwild in Weißrussland, der Ukraine, Moldawien und Russland auftraten und seit dem Frühjahr 2014 im Grenzgebiet zu Litauen, Letland, Estland und Polen ebenfalls ASP-Ausbrüche vorkommen. Die schwere Viruserkrankung, die Haus- und Wildschweine befällt, breitet sich seit dem Jahr 2007 von Georgien über Osteuropa in Richtung Westen aus. Für Menschen ist das Virus zwar nicht ansteckend, bei Schweinen hingegen verläuft eine Infektion fast immer tödlich. Sollte das Virus die Bundesrepublik erreichen, hätte dies erhebliche finanzielle Schäden insbesondere für die Schweinemastbetriebe und die Fleischwirtschaft zur Folge.

Die Reste von virushaltigem Fleisch unbedacht in der Umwelt entsorgen. Das sei eine Gefahr, die durch verstärkte Aufklärung der auf den dafür in Frage kommenden Reiserouten gebannt werden soll. Im Anschluss an die Debatte wurde die Vorlage zur weiteren Beratung an den Landwirtschaftsausschuss überwiesen. eis

Unbedachtes Entsorgen von virushaltigem Fleisch birgt zusätzliche Gefahren.

Als Reaktion darauf sollen die Befugnisse für die zuständigen Behörden auf Ebene der Bundesländer im Tiergesundheitsgesetz erweitert werden. So soll es leichter möglich sein, ein vorher zu bestimmtes Gebiet absperrt zu dürfen, den Personen- und Fahrzeugverkehr für be-



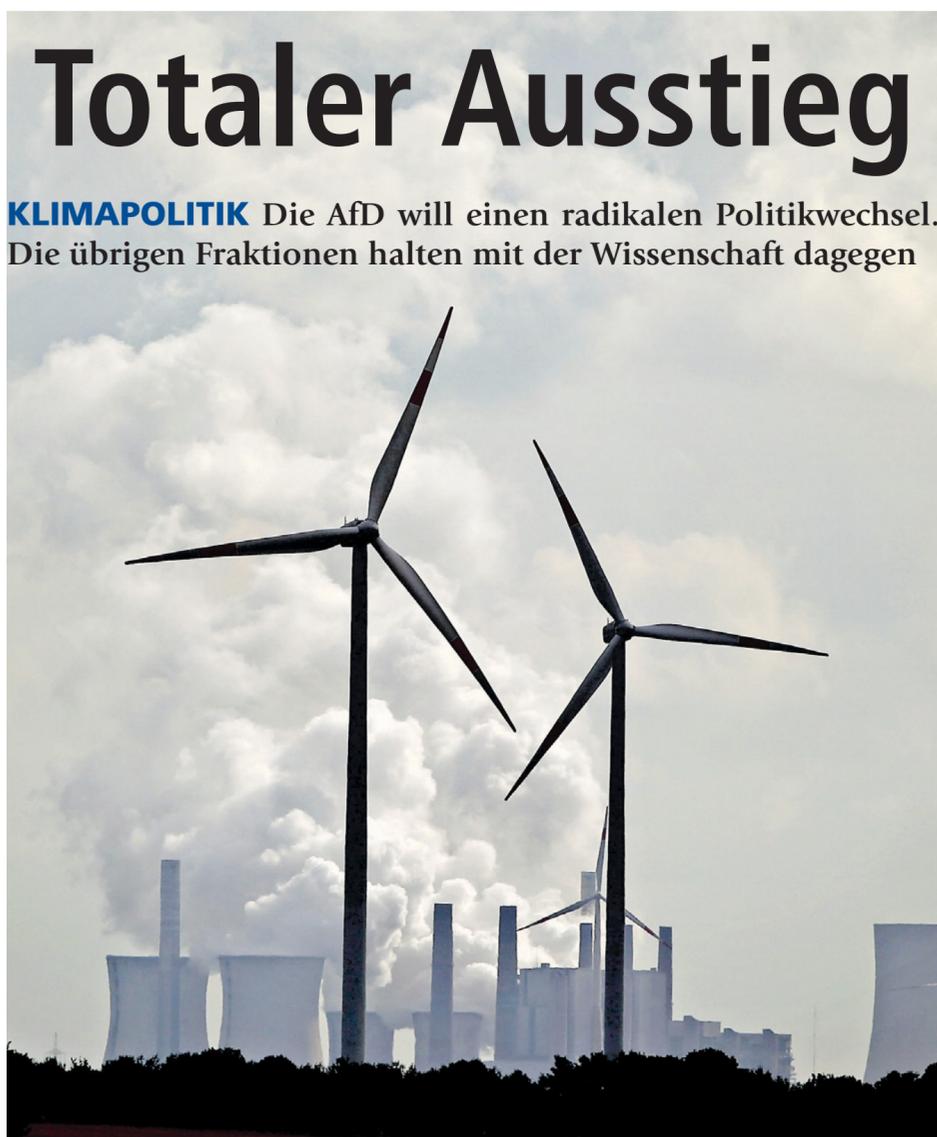
Schluss mit jedweden Gesetzen, Verordnungen und sonstigen Vorschriften in der Klima- und Energiepolitik. Keine nationalen oder internationalen Verpflichtungen in Sachen Klimaschutz mehr. „Sozialvertraglicher“ Abbau aller dahingehenden Planstellen bei Bund und Ländern. Stattdessen ein Fonds für die Folgen der Anpassung an den Klimawandel mit maximal zehn Prozent der bisher für den Klimaschutz aufgewendeten Mittel. Das sind die Eckpunkte eines Antrags der AfD-Fraktion (19/2998), die laut der Vorlage das Ziel verfolgt, „die sogenannte Klimaschutzpolitik so schnell wie möglich vollständig zu revidieren“.

Dafür findet die AfD im Bundestag jedoch keine Mitstreiter, wie während der Debatte vergangenen Donnerstag deutlich wurde. Alle anderen Fraktionen stellten sich klar gegen das Vorhaben und warfen der AfD vor, wissenschaftliche Erkenntnisse zu ignorieren, „Fake News“ zu verbreiten und eine Art Energie-Anarchie zu wollen.

Zu Beginn der Debatte sagte Karsten Hille (AfD), es gebe nicht einen einzigen Beweis dafür, „dass der Mensch mit seinen CO2-Emissionen die Welttemperatur messbar beeinflusst“. Das Klima wandle sich seit Millionen von Jahren „und zwar ohne Zutun des Menschen“, sagte der AfD-Abgeordnete. Hille sprach von einer „unverantwortlichen, ja asozialen Klimaschutzpolitik“ insbesondere jener Regierungen, an denen die „Klimakanzlerin“ beteiligt gewesen sei. Beleg dafür sei die gerade installierte „Kohleausstiegskommission“, die nicht nach dem Prinzip der Machbarkeit oder der wirtschaftlichen Vernunft agiere, sondern „links-grün ideologisch getrieben“ sei. Unter dem Vorwand des Klimaschutzes würden teure Maßnahmen ergriffen, die ohne Einfluss auf das „nur in den Köpfen von Klimaideologen existierende Weltklima“ seien, kritisierte Hille. Niemand folge international Deutschland bei diesen Aktivitäten, sagte der AfD-Politiker, und verwies auf „62 Länder, in denen derzeit 1.600 Kohlekraftwerke gebaut werden“.

Vorbildfunktion Die AfD fordere die Aufgabe aller Klimaziele, dabei würden „so gut wie alle Wissenschaftler weltweit“ sagen, dass Klimagase wie CO2 den Klimawandel befördern und dieser Klimawandel menschengemacht sei, entgegnete Anja Weisgerber (CSU). „Was Sie fordern, ist verantwortungslos gegenüber unseren Kindern und Enkeln“, sagte sie. Deutschland habe eine Vorbildfunktion, die es auszugestalten gelte. Sonst könnten die Entwicklungs- und Schwellenländer, die gerade ihre Wirtschaft aufbauen, mit Verweis auf Deutschland auch ausschließlich auf fossile Energien setzen, was zu einer Erderwärmung von viel mehr als drei Grad führen könne. „Dann könnten wir einpacken“, befand Weisgerber.

Lukas Köhler (FDP) sagte, 97 Prozent aller Wissenschaftler seien der Auffassung, es gebe einen menschengemachten Klimawandel, der nur mit schnellem entschlossenem Handeln zu bekämpfen sei. Es müsse also nicht darüber geredet werden ob Klimapolitik gemacht werden muss, sondern wie sie gemacht werden sollte. Ein Weg ist laut Köhler die Detailsteuerung, bei der versucht werde, „alles bis ins letzte Detail zu regeln, zu lenken, zu verbieten und zu sub-



Mit Windenergie und Co. soll der Ausstieg aus den fossilen, klimaschädlichen Energieträgern gelingen. Die AfD-Fraktion hält davon – und von der Energie- und Klimapolitik der vergangenen Jahre insgesamt – nichts.

ventionieren“. So sehe die derzeitige Klimaschutzpolitik in Deutschland aus, die teuer und ineffizient sei. „Und am Ende werden die Ziele doch nicht eingehalten.“ Die FDP schlage „den Weg der Mengensteuerung“ vor, sagte Köhler. Dabei gebe die Politik lediglich vor, wie viel CO2 insgesamt ausgestoßen werden darf. Die Verteilung werde dann den „Tüftlern, Technikern und Ingenieuren überlassen“.

Mit Blick auf die AfD sagte Klaus Mindrup (SPD), jeder habe das Recht auf eine eigene Meinung. „Aber keiner hat das Recht auf eigene Fakten.“ Der Klimawandel sei spürbar – auch in Berlin und Brandenburg. Während es in Berlin inzwischen jährlich „Jahrhundertregenfälle“ gebe, drohten in Brandenburg Ernteaussfälle, weil es zu wenig Regen gebe. In anderen Ländern der Er-

de seien die Entwicklungen noch viel dramatischer. Zu all dem sage die AfD, dies habe nichts mit menschlichem Handeln zu tun, kritisierte Mindrup. Dabei hätten Klimaforscher schon vor zehn Jahren auf derartige Folgen bei steigendem CO2-Ausstoß hingewiesen. Auf den Antrag der AfD, so seine Bewertung, könne es nur eine klare Antwort geben: „Ein gutes Klimaschutzgesetz als Parlamentsgesetz.“

Energie-Anarchie Lorenz Gösta Beutin (Die Linke) nannte die Forderung, Deutschland solle aus dem Klimaschutz unternehmen müssten, um der Nitratbelastung Herr zu werden. Die Länder könnten mehr als das vorgeschriebene tun, allerdings sei auffällig, dass von dort nur „relativ zurückhaltende Stimmen“ kämen. Für die AfD-Fraktion hob Wilhelm von Gottberg die Belastungen der neuen Düngemittelverordnung hervor. Für den Bund sei die Mehrbelastungen von 111 Millionen Euro pro Jahr, für die Länder von 81 Millionen pro Jahr zu rechnen. Weil der Zustand seit der Klage durch die neue Verordnung ein anderer sei, sei diese nur eine „formaljuristische Fingerübung“ gewesen. Die FDP-Abgeordnete Carina Konrad monierte, die neue Düngemittelverordnung sei „eine Belastung für die, die sie umsetzen müssen“. Düngemittel seien wichtig für die Ernährung der Pflanze und damit die Versorgung mit Lebensmitteln. Die „starre Regulation“ hindere die Landwirte zum Teil an einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung der Flächen. Eine solche „praxisferne Regelungswut“ schaffe Frust.

Für die Linksfraktion verwies Ralph Lenkert darauf, dass 50 Prozent des Stickstoffüberschusses aus der Landwirtschaft käme, ein großer Teil aber aus der Luft. Dies werde durch Industrie und Verkehr, unter anderem durch Dieselfahrzeuge, verursacht – und es sei nicht einzusehen, dass die Verbraucher durch hohe Abwassergebühren bestraft würden, die Automobilkonzerne aber nicht zum Nachrüsten der nötigen Technik verpflichtet würden. suk

Deutschland liege bei 2,3 Prozent des weltweiten CO2-Ausstoßes, habe aber nur einen Anteil an der Weltbevölkerung von einem Prozent. „Deutschland stößt also überproportional CO2 aus und wir sind dringend angehalten, das zu reduzieren“, sagte er.

Der AfD-Antrag sei „Blödsinn“, urteilte Oliver Krischer (Grüne). Die Fraktion fordere eine Art „Energie-Anarchie“. „Die Folge wäre, dass sofort die Lampen ausgehen und Hunderttausende Leute entlassen werden.“ Ein Satz in den Antrag stimme jedoch „leider“. Nämlich jener: Die Klimaschutzziele wurden verfehlt. Der einfache Grund dafür sei: „Wir haben eine Bundesregierung, die zwar von Klimaschutz redet, aber seit Jahren keine Klimaschutzpolitik macht“, beklagte Krischer. Götz Hausding

Kampf dem »toten Winkel«

VERKEHR Nationale Regelung für Abbiege-Hilfen gefordert

Anfang Mai waren es nach Angaben des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) bereits 15 Radfahrer, die in diesem Jahr durch abbiegende Lkw getötet wurden. Einen Beitrag zur verbesserten Sicherheit für Radfahrer und zur Lösung des Problems des „toten Winkels“ könnten sogenannte Lkw-Abbiegeassistenzsysteme leisten. Nach Angaben der Unfallforschung der Versicherer (UDV) könnten in Deutschland durch elektronische Abbiegeassistenten 60 Prozent der Unfälle mit getöteten oder schwer verletzten Radfahrern verhindert werden. Das Problem dabei: Eine entsprechende EU-weite Regelung ist derzeit nicht in Sicht.

Ein in der vergangenen Woche verabschiedeter Antrag von Union, SPD und Grünen (19/2984) fordert die Bundesregierung nun auf, nationale Regelungen für eine schnelle Einführung von Lkw-Abbiegeassistenzsystemen zu prüfen und umzusetzen, „wenn eine europäische Lösung nicht zeitnah vereinbart werden kann“. Gleichzeitig soll sich die Bundesregierung nach den Vorstellungen der Fraktionen gegenüber der EU-Kommission und der Wirtschaftskommission für Europa (INECE) „noch intensiver als bisher“ dafür einsetzen, dass in den Typgenehmigungsvorschriften schnellstmöglich sicherheitswirksame technische Einrichtungen – wie etwa Abbiegeassistenzsysteme – nach dem Stand

der Technik bei Nutzfahrzeugen ab 3,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht verpflichtend vorgeschrieben werden. Diese müssten Radfahrer oder Fußgänger im direkten Umfeld eines Nutzfahrzeugs erkennen, den Fahrzeugführer warnen und bei Bedarf eine Notfallbremsung einleiten. Für alle schon im Verkehr befindlichen Nutzfahrzeuge ab 3,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht müsse zudem auf EU-Ebene eine Nachrüstpflicht für Abbiegeassistenzsysteme vorgeschrieben werden.

Maßnahmen auf nationaler Ebene seien nicht ausreichend, stellen Union, SPD und Grüne in dem Antrag fest. Ausländische Lkw würden in Deutschland immer weiter Marktanteile gewinnen, schreiben die Abgeordneten. Der Anteil „gebietsfremder Fahrzeuge“ ab 7,5 Tonnen liege laut Mautstatistik des Bundesamtes für Güterverkehr (BAG) bei mehr als 40 Prozent. „Daraus ergibt sich das dringende Erfordernis einer sofortigen europaweiten Regelung“, heißt es in dem Antrag, der bei Ablehnung der AfD und Enthaltung von FDP- und Linksfraktion angenommen wurde.

Ein Änderungsantrag der FDP, die Einbaupflicht auf Fahrzeuge ab 7,5 Tonnen zu beschränken, wurde abgelehnt. Die Liberalen hatten argumentiert, Hauptverursacher derartiger Unfälle seien Nutzfahrzeuge mit Anhängern oder Sattelaufhängern mit über 7,5 Tonnen. hau

CO2-Grenzwerte im Fokus

UMWELT Sachverständige kritisieren EU-Vorschlag

Der Vorschlag der EU-Kommission für eine Verordnung zur Verringerung der Kohlendioxidemissionen von Pkw und leichten Nutzfahrzeugen (KOM(2017) 676 endg.) hat im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit eine unterschiedliche Bewertung gefunden. Einigen Sachverständigen ging er nicht weit genug, andere kritisierten grundsätzlich den angepeilten Weg. Das ergab eine öffentliche Anhörung vergangene Woche.

Hubertus Bardt vom Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln meldete „erhebliche Zweifel an der Effektivität“ des EU-Vorschlags an. Unter anderem kritisierte er, dass nur Neufahrzeuge berücksichtigt würden, „so dass keine Wirkung für aktuelle Bestandsfahrzeuge, das Fahrverhalten oder die Verkehrsmittelwahl erzielt werden kann“.

Peter Gutzmer (Schaeffler AG) befand, dass batterieelektrische Fahrzeuge „nicht per se“ die Kohlendioxidemissionen senkten: „Entscheidend ist der Strommix bei der Batterieproduktion und bei der Nutzung.“ Eine einseitige Fokussierung auf reine Elektromobilität erfordere „einen zeitgleichen massiven Ausbau der regenerativen Energieerzeugung und entsprechender Infrastruktur, insbesondere Speicherung, Netzausbau und Ladeinfrastruktur“.

ADAC-Vizepräsident Reinhard Kolke stufte ambitionierte Kohlendioxid-Grenzwerte als „wichtig für den Schutz von Umwelt und

Ressourcen“ ein. Indes bleibe die EU-Kommission mit ihrem Verordnungsvorschlag „hinter den Erwartungen des ADAC zurück“.

Unambitioniert Gregor Kolbe (Verbraucherzentrale Bundesverband) nannte den EU-Entwurf einen „wichtigen Beitrag, den Treibhausgasausstoß des Verkehrssektors zu senken“, der aber hinter den Erwartungen zurückbleibe. So fordere der Verband „ein deutlich ambitionierteres Reduktionsniveau“.

Manuel Frondel (RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung) machte sich dafür stark, die Kohlendioxidemissionen von Autos in den Emissionshandel mit einbeziehen statt Standards vorzugeben.

Peter Mock (The International Council on Clean Transportation – icct) legte dar, dass laut Vorschlag der EU-Kommission die durchschnittlichen Kohlendioxid-Emissionen neuer Pkw bis 2025 auf 81, bis 2030 auf 67 Gramm pro Kilometer sinken müssten – durchschnittlich 3,9 Gramm Reduktion pro Jahr. Dabei verlange schon die aktuelle Regelung (2016 bis 2021) eine Minderung von 5,1 Gramm: „Somit ist der Kommissionsvorschlag weniger ambitioniert als die bisherige Regelung, obwohl mit zunehmender Elektrifizierung der Fahrzeugflotte weitaus größere Reduktionen als bislang allein mit Verbrennungsmotoren möglich werden.“ fla

»Heftige Quittung fürs Nichtstun«

EUGH-URTEIL Kritik am Umgang der Bundesregierung mit der Nitratbelastung

Gerade erst hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) Deutschland wegen der zu hohen Nitratbelastung des Grundwassers verurteilt: Die Regierung sei nicht strikt genug gegen die Verunreinigung vorgegangen, so die Richter. Dieses Urteil war Anlass für eine Aktuelle Stunde auf Verlangen der Grünen am vergangenen Donnerstag.

Das Urteil sei eine „heftige Quittung“ für das „jahrelange Nichtstun“ der Bundesregierung gewesen, sagte Friedrich Ostendorff für die Grünen. Bei 28 Prozent der Messstellen seien Nitratbelastungen über dem Grenzwert festgestellt worden. Einer der Gründe für die hohen Werte sei die massive Konzentration von Tierhaltung in einigen Regionen. Deren „Gülleflut“ belastete die Gewässer. In Deutschland seien jahrelang die Empfehlungen von Experten ignoriert worden, auch die 2017 in Kraft getretene Düngegesetzgebung erfordere „deutliche Nachbesserungen“.

Die Unions-Abgeordnete Astrid Damerow (CDU) sagte, man müsse die Daten der EU in die „richtige Relation“ stellen. In Deutschland seien – anders als in anderen Staaten – alle Messstationen „landwirtschaftlich beeinflusst“ gewesen. Tatsächlich seien aber 82 Prozent der Messwerte „in Ordnung gewesen“. Mit der neuen Düngemittelverordnung seien die richtigen Maßnahmen ergriffen worden, sagte Damerow.

Für die SPD betonte Michael Thews, dass das Problem „real“ sei. Schon jetzt seien teure Maßnahmen erforderlich, um das



Für die Nitratbelastung wird vor allem die Landwirtschaft verantwortlich gemacht.

deutsche Trinkwasser in seiner hohen Qualität zu halten. Würden die Versorger zu teureren technischen Maßnahmen und mehr Aufwand gezwungen, werde sich das in den Preisen niederschlagen. Man werde über die Wirkung der novellierten Verordnung erst in einiger Zeit befinden können, aber es gebe schon jetzt Stimmen, die sie für nicht ausreichend hielten – diese müsse man ernst nehmen, so Thews.

Strukturbrüche befürchtet Der Parlamentarische Staatssekretär für Ernährung und Landwirtschaft, Michael Stübgen (CDU), sagte, das Urteil habe sich auf die alte Düngemittelverordnung bezogen, die inzwischen novelliert worden sei. Zudem habe es in vielen europäischen Staaten Probleme aufgrund der intensiven Tierhaltung bei der Umsetzung der Düngemittelrichtlinie gegeben. Man wolle zwar die Ni-

trateinbringung beschränken, gleichzeitig aber auch „Strukturbrüche“ in der Landwirtschaft verhindern.

Sein Kollege Florian Pronold (SPD), Parlamentarischer Staatssekretär für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, verwies dagegen auf die Situation vieler Wasserschutzverbände, die große Anstrengungen unternehmen müssten, um der Nitratbelastung Herr zu werden. Die Länder könnten mehr als das vorgeschriebene tun, allerdings sei auffällig, dass von dort nur „relativ zurückhaltende Stimmen“ kämen.

Für die AfD-Fraktion hob Wilhelm von Gottberg die Belastungen der neuen Düngemittelverordnung hervor. Für den Bund sei die Mehrbelastungen von 111 Millionen Euro pro Jahr, für die Länder von 81 Millionen pro Jahr zu rechnen. Weil der Zustand seit der Klage durch die neue Verordnung ein anderer sei, sei diese nur eine „formaljuristische Fingerübung“ gewesen. Die FDP-Abgeordnete Carina Konrad monierte, die neue Düngemittelverordnung sei „eine Belastung für die, die sie umsetzen müssen“. Düngemittel seien wichtig für die Ernährung der Pflanze und damit die Versorgung mit Lebensmitteln. Die „starre Regulation“ hindere die Landwirte zum Teil an einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung der Flächen. Eine solche „praxisferne Regelungswut“ schaffe Frust.

Für die Linksfraktion verwies Ralph Lenkert darauf, dass 50 Prozent des Stickstoffüberschusses aus der Landwirtschaft käme, ein großer Teil aber aus der Luft. Dies werde durch Industrie und Verkehr, unter anderem durch Dieselfahrzeuge, verursacht – und es sei nicht einzusehen, dass die Verbraucher durch hohe Abwassergebühren bestraft würden, die Automobilkonzerne aber nicht zum Nachrüsten der nötigen Technik verpflichtet würden. suk

Expertenstreit um Hardware-Updates

FAHRVERBOTE Städtetag-Vertreter kritisiert »Sofortprogramm Saubere Luft«

Aus Sicht von Umweltverbänden führt an verpflichtenden Hardware-Nachrüstungen bei Dieselfahrzeugen kein Weg vorbei. Das wurde während einer öffentlichen Expertenanhörung des Verkehrsausschusses zu Anträgen der FDP-Fraktion (19/1695) sowie der Fraktion Die Linke (19/1360) vergangene Woche deutlich.

Die durch das von der Bundesregierung favorisierte Software-Update zu erreichenden 25 bis 30 Prozent Verminderung der Stickoxid-Emissionen, die aber auch nur bei optimalen Witterungsbedingungen erreichbar seien, reichten nicht aus, sagte Jens Hilgenberg vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Schließlich würden die Grenzwertüberschreitungen in einigen Städten bei mehr als 100 Prozent liegen. Die Kosten für die benötigten Hardware-Updates müssten die Hersteller tragen, sagte der BUND-Vertreter.

SCR-Katalysator Auch Dorothee Saar von der Deutschen Umwelthilfe (DUH) hält nicht allzu viel von Software-Updates. Bei Temperaturen von ein bis zwei Grad lägen die Emissionswerte damit sogar höher als ohne. „Sie tragen nicht dazu bei, dass die Luftqualität entscheidend verbessert wird“, sagte sie. Daher würden technische Nachrüstungen benötigt, die durch die Hersteller finanziert und durchgeführt werden müssten. Nur so könne eine korrekte Ansteuerung des zur Reduzierung von Stickoxid-Emissionen geeigneten SCR-Katalysators durch die von den Herstellern programmierte Motorsteuerung sichergestellt werden. Es gebe verfügbare Hardware-Nachrüstungen, sagte Saar. Die Kosten lägen bei 1.500 Euro pro Fahrzeug.

Widerspruch gab es dazu von Thomas Koch vom Karlsruher Institut für Technolo-

gie, Mitautor einer Studie, wonach Hardware-Nachrüstungen technisch kompliziert und teuer seien. Eine feldfähige Hardware-Lösung existiere derzeit nicht, sagte Koch. Die schnellste Wirkung, um die Stickoxid-Emissionen zu reduzieren, werde mit einem Software-Update erreicht. Nachrüstlösungen hätten hingegen zur Folge, dass mit ihnen ein Sachverhalt verbessert werde, aber mehrere neue Probleme auftauchten.

Georg Wachtmeister von der TU München, der in einer weiteren Studie für die Bundesregierung SCR-Katalysatoren als System für die Nachrüstung empfohlen hatte, warnte davor, zu denken, es gebe schnelle Nachrüstungen „aus der Schublade“. Es werde Fahrzeuge genutzt, bei denen es schwierig bis unmöglich sei, einen motorischen Platz für den Katalysator und den AdBlue-Tank zu finden. Daher könne er

sich spezielle Software-Lösungen für Städte vorstellen, sagte Wachtmeister.

Kritik an den gewählten Standorten für die Emissionsmessungen übte Matthias Klingner vom Fraunhofer-Institut für Verkehrs- und Infrastruktur-Systeme. So sei etwa das Neckartor in Stuttgart nicht repräsentativ für den Luftzustand der Stadt. Je näher die Messstation an der Fahrbahn stünden, desto höher lägen auch die ermittelten Werte, sagte Klingner. Im Interesse „schutzwürdiger Personen“ sei es vielmehr, Messungen in angrenzenden Kindergärten, Altenheimen, Krankenhäusern sowie Park- und Wohnanlagen durchzuführen und die Messdaten nach einem standardisierten Verfahren auszuwerten.

ADAC-Vizepräsident Alexander Möller warnte davor, Mobilität und Gesundheit gegeneinander auszuspielen. Ziel müsse es sein, Grenzwerte einzuhalten und Fahrverbote zu vermeiden. Ein generelles Fahrverbot, wie es mit einer Blauen Plakette verbunden sei, lehne der ADAC ab, betonte Möller.

Das Bundesverwaltungsgericht habe ohnehin lediglich lokale Fahrverbote als letztes Mittel erlaubt. Aus Sicht des ADAC-Vizepräsidenten hätten die Kommunen aber noch nicht sämtliche Möglichkeiten zur Emissionsreduzierung ausgeschöpft.

Hilmar von Lojewski, Vertreter des Deutschen Städtetages, sah das anders. Die Kommunen hätten sehr wohl alle Möglichkeiten ausgeschöpft, „die sie mit eigenen Mitteln darstellen können“. Enttäuscht zeigte er sich von dem seitens der Bundesregierung aufgelegten „Sofortprogramm Saubere Luft“, von dem noch nicht ein Cent abgeflissen sei, weil sich die Abwicklung für die Kommunen ausgesprochen sperrig gestalte. Der benötigte „Blankoscheck“ für die Kommunen sei das Programm nicht, sagte Lojewski. hau



Vergangene Woche wurde in Hamburg die Einhaltung des Fahrverbotes kontrolliert.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

KURZ NOTIERT

Obergrenze bei Anlagen in bestimmten Wertpapieren

Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der EU-Prospektverordnung (19/2435, 18/2700, 19/3036) zugestimmt. Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD waren dafür, AfD und Linke stimmten dagegen, während sich FDP und Grüne enthielten. Mit dem Gesetz werden kleine Wertpapieremissionen erleichtert, weil kein umfangreicher Prospekt mehr notwendig ist, sondern ein Informationsblatt ausreicht. Andererseits gelten Höchstschwellen für den Erwerb solcher Wertpapiere für nicht qualifizierte Anleger. Ein Entschließungsantrag der Linksfraktion (19/3044) für besseren Anlegerschutz wurde abgelehnt. *hle*

Beschleunigung der Digitalisierung

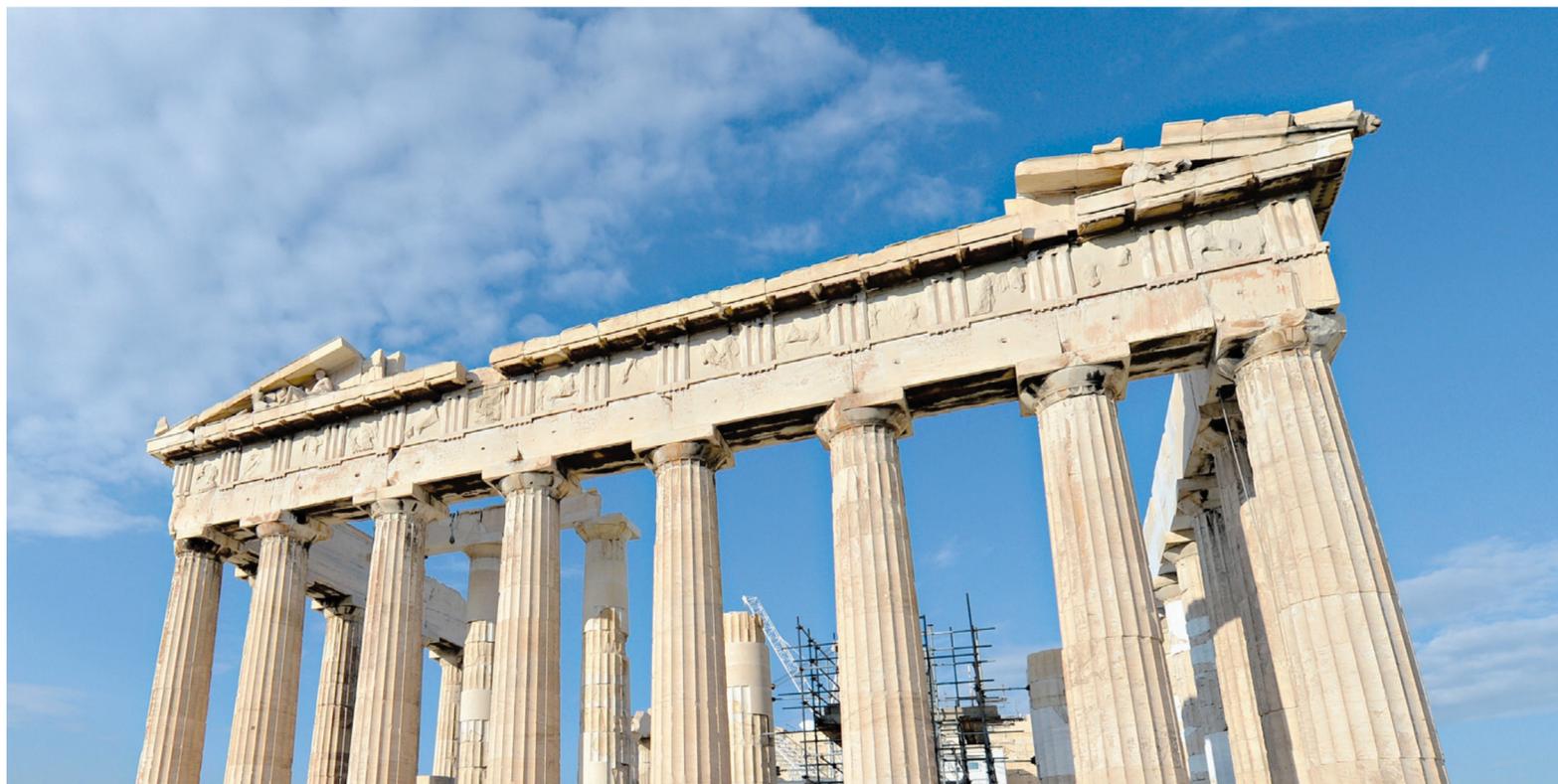
Mit Vorschlägen der Oppositionsfraktionen FDP und Bündnis 90/Die Grünen zum Thema Digitalisierung in Deutschland hat sich das Parlament vergangenen Donnerstag befasst. Erstmals beraten wurde ein Antrag mit dem Titel „Programm zur Beschleunigung der Digitalisierung in Deutschland“ (19/2991), den die Liberalen eingebracht haben. Der Bundestag überwies den Antrag gegen die Stimmen der Opposition zur federführenden Beratung an den Wirtschaftsausschuss. Die FDP hatte Überweisung an den Ausschuss Digitale Agenda beantragt. Abgelehnt wurde ein Antrag von Bündnis 90/Die Grünen (19/588), der eine Strategie für den digitalen Wandel fordert. Die Koalitionsfraktionen und die FDP lehnten den Antrag ab, die AfD unterstützte die Grünen, die Linke enthielt sich. Mit ihrem Antrag plädierten die Grünen für eine Bündelung der Digitalisierungsmaßnahmen auf Bundesebene. Es müsse eine klare Federführung für digitale Themen innerhalb der Bundesregierung geben, so die Fraktion. Ins Spiel brachte die Grünen dabei einen einzuzeichnenden Bundesdigitalrat. *pez/sas*

AfD will Steuerbelastung von Hotelzimmern beenden

Die AfD-Fraktion verlangt eine Abschaffung der „Urlaubssteuer“. Dabei handelt es sich um die Hinzurechnung von bestimmten Finanzierungsanteilen zur Gewerbesteuer. Als Beispiel gibt die AfD in einem Antrag (19/2989) an, dass die Anmietung von Zimmerkontingenten durch Reiseveranstalter in Hotels gewerbesteuerrechtlich wie die Anmietung von Werkhallen bewertet wird, was zu Mehrkosten von 230 Millionen Euro im Jahr führe. Als Folge werde Urlaub besonders „für sozial schwächer gestellte Menschen deutlich erschwert“, heißt es in dem Antrag, der vom Bundestag am Freitag ebenso wie ein FDP-Antrag (19/2990) gegen die gewerbesteuerliche Hinzurechnung an den Finanzausschuss überwiesen wurde. *hle*

Bearbeitungsstau bei Geldwäsche-Meldungen

Der Bundestag hat am Freitag einen Antrag der Linksfraktion (19/2592) zur effektiveren Bekämpfung der Geldwäsche in Deutschland an den Finanzausschuss überwiesen. Mit verschiedenen Maßnahmen soll der Bearbeitungsstau bei der „Financial Intelligence Unit“ (FIU) des Zoll, die Geldwäscheverdachtsfälle prüft, abgebaut werden. Angeblich gibt es rund 30.000 unbearbeitete Verdachtsmeldungen. *hle*



Nach Abschluss der Rettungsaktionen steht Griechenland wieder auf sicheren Fundamenten.

© picture-alliance/dpa

Abschluss mit Cash

HAUSHALT II AfD hält neuerliche Griechenland-Hilfe für ein »Rundum-Sorglos-Paket«

Fast ein Jahrzehnt wurde Griechenland gerettet. Jetzt ist Schluss. Zum Abschluss der Rettung gibt's für die Griechen noch eine Milliarden-Spritze, und dann soll sich das Land eigenständig neue Gläubiger am Kapitalmarkt suchen. Der Bundestag beschloss am Freitag die Freigabe von 15 Milliarden Euro und weitere Maßnahmen zur Entlastung des Landes. In einer namentlichen Abstimmung stimmten 409 Abgeordnete einem entsprechenden Antrag der Bundesregierung (19/2961) zu, 226 waren dagegen, und sieben enthielten sich. Es handelt sich um die letzte Tranche des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) innerhalb des dritten Griechenland-Hilfspakts. Dass Griechenland die Rettungsschirme nach acht Jahren verlassen könne und die Chance bekomme, auf eigenen Beinen zu stehen, „ist eine gute Nachricht“, freute sich Finanzminister Olaf Scholz (SPD). Es seien sehr viele Reformen unternommen worden. „Griechenland ist auf einem guten Weg“, erklärte der Minister. Der Internationale Währungsfonds (IWF) sei weiterhin mit einem Kredit von zehn Milliarden Euro, der bis 2024 zurückzahlen sei, dabei, versicherte Scholz.

Die Bundesregierung begründet ihren Antrag damit, dass alle Institutionen die Umsetzung von 88 Maßnahmen durch Griechenland bestätigt hätten. Auf dieser Basis werde die Freigabe der nächsten Tranche empfohlen. Damit erreicht das vom ESM freigegebene Programmvolumen 61,9 Milliarden Euro. Es wurde nicht ausgeschöpft. Möglich gewesen wären 86 Milliarden Euro. Daher habe es keinen Sinn gemacht, sich vom IWF noch 1,6 Milliarden geben zu lassen, da schon der ESM-Rahmen nicht ausgeschöpft worden sei. „Es ist ein Zeichen der europäischen Solidarität, das wir hier geben“, betonte Scholz.

»Es ist ein Zeichen der europäischen Solidarität, das wir hier geben.«
Olaf Scholz (SPD)

Direkthilfen, Tilgungsaussetzungen und Zinsvergünstigungen für Griechenland ein „Rundum-Sorglos-Paket“. Bei Kreditlaufzeiten von 43 Jahren bei praktischer Zins- und Tilgungsfreiheit denkt kein Schuldner auch nur ansatzweise über Rückzahlungen nach“, sagte Boehringer, der eine „sofortige Vollabschreibung“ für sinnvoll hielt. Er wies darauf hin, dass das angeblich gerettete Griechenland jetzt einen Cash-Puffer von 15 Milliarden Euro erhalten solle.

Kein Finanzprofi glaube bei einer Verschuldung von 175 Prozent des Bruttoinlandsprodukts die Lüge von der Schuldentragfähigkeit. Wenn Scholz davon spreche, Griechenland könne wieder auf eigene Beinen stehen, sei das Realisire. Bei den vorgeschlagenen Maßnahmen handle es sich um „weitere Konkursverschleppung des Euro auf Steuerzahler-Kosten“.

Viel optimistischer zeigte sich Eckhard Rehberg (CDU), der an die erfolgreichen Unterstützungsmaßnahmen für andere Länder erinnerte. „Wir haben jetzt das fünfte Land, das sich zukünftig wieder am Kapitalmarkt refinanzieren kann“, erinnerte er. Hauptprofiteur einer stabilisierten Eurozone sei die Bundesrepublik Deutschland. Rehberg sagte, so wie bei Irland, Spanien, Portugal und Zypern sei er auch bei Griechenland optimistisch, „dass bei den Griechen der Groschen gefallen ist und sie eine gute Zukunft haben werden“. Achim Post (SPD) sprach von „guten Nachrichten für Europa, Griechenland und Deutschland“. Sven-Christian Kindler (Grüne) fand es „gut und richtig“, dass die Bundesregierung ihre Blockadehaltung gegen Schuldenerleichterungen aufgegeben habe. Griechenland habe seine Verpflichtungen eingehalten, und deshalb müsse jetzt auch die Euro-Gruppe

bei Schuldenerleichterungen für Griechenland Wort halten.

Von einem „faktischen Schuldenschnitt für Griechenland“ sprach dagegen Christian Dürr (FDP). Bei den Leistungen handle es sich in Wirklichkeit um ein viertes Hilfspaket. Er warf der Bundesregierung vor, sich an die vom Bundestag aufgestellten Regeln nicht gehalten zu haben. Gefordert worden sei vom Parlament eine finanzielle Beteiligung des IWF. Da Griechenland besser dastehe als erwartet und der Haushaltsüberschuss besser sei als erwartet, frage er sich, warum es jetzt weitere Schuldenerleichterungen geben solle. „Das ist die Irrationalität, die die Menschen in Deutschland nicht verstehen.“

»Das ist Irrationalität, die die Menschen nicht verstehen.«
Christian Dürr (FDP)

Fabio de Masi (Linke) verwies auf die Einschätzung des IWF, wonach Griechenland überschuldet sei. 95 Prozent der Griechenland-Kredite von 274 Milliarden Euro seien in den Schuldendienst geflossen. Dieses Geld sei deutschen und französischen Banken zugutegekommen und nicht griechischen Krankenschwestern oder Rentnern. Trotz der Sparprogramme sei die Schuldenquote von 120 auf 180 Prozent der Wirtschaftskraft gestiegen, „weil Kürzungspakete die Depression vertieften. Es sei Zeit für eine unübliche Wahrheit, sagte de Masi: „Griechenland

wird die Kredite niemals komplett zurückzahlen können.“ Für Deutsche Bank und Co. werde Zeit gekauft, damit die Rettungsschirme das Risiko einer griechischen Pleite übernehmen würden. Der Offenbarungseid werde nur bis hinter die nächste Bundestagswahl verschoben.

In dem beschlossenen Antrag erläutert die Regierung, von der freizugebenden Tranche in Höhe von 15 Milliarden Euro sollten 5,5 Milliarden Euro zur Deckung des griechischen Schuldenbedarfs und 9,5 Milliarden Euro zum Aufbau eines Liquiditätspuffers des griechischen Staates beitragen. Mit dem Liquiditätspuffer soll die Rückkehr Griechenlands an den Kapitalmarkt unterstützt werden. Als weitere Maßnahme für Griechenland ist eine Rücknahme von Zinsaufschlägen für Darlehen der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) vorgesehen. Voraussetzung ist, dass Griechenland seine Zusicherungen für die „Nachprogrammphase“ umsetzt, die von den Institutionen überwacht wird. Die Kosten werden mit jährlich 220 bis 230 Millionen Euro angegeben. Außerdem erhält Griechenland bis 2022 Zentralbankgewinne von 1,8 Milliarden Euro, davon 532 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt.

Die durchschnittliche Laufzeit der EFSF-Kredite wird von derzeit 32,5 Jahren auf 42,5 Jahre verlängert. Der Beginn der Tilgungen wird von 2023 auf 2033 verschoben. Die Zinsstundung wird bis 2032 verlängert. *Hans-Jürgen Leersch*

Der Etat 2018 steht

HAUSHALT II 2,4 Milliarden Euro für »Digitale Infrastruktur«

Der Bund soll in diesem Jahr 343,6 Milliarden Euro ausgeben können. Das beschloss der Haushaltsausschuss vergangene Woche nach über zwölfstündiger Beratung in der sogenannten Bereinigungssitzung. Gegenüber dem 2. Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2018 (19/1700) steigt der Ausgabenansatz damit um 2,6 Milliarden Euro. Die Einnahmen für dieses Jahr steigen in gleicher Höhe. Die Steuereinnahmen werden mit 321,307 Milliarden Euro veranschlagt. Im 2. Regierungsentwurf, der vor der jüngsten Steuerschätzung eingebracht wurde, waren es 318,958 Milliarden Euro. 2017 hatte der Bund laut vorläufigem Haushaltsabschluss 325,38 Milliarden Euro ausgegeben und 330,401 Milliarden Euro eingenommen. Der Überschuss war in die Asyl-Rücklage geflossen. Der Etat 2018 soll abschließend in dieser Woche im Deutschen Bundestag beraten und beschlossen werden.

Mehr Investitionen Die Investitionen in diesem Jahren sollen laut Beschluss des Ausschusses gegenüber dem Entwurf um 2,762 Milliarden Euro auf 37,403 Milliarden Euro steigen. Für ein neues Sondervermögen „Digitale Infrastruktur“ ist eine investive Zuweisung von 2,4 Milliarden Euro vorgesehen. *scr*

Wesentliche Veränderungen gibt es unter anderem im Etat des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (Einzelplan 06), der laut Ausschussbeschluss gegenüber dem Regierungsentwurf um 375,1 Millionen Euro auf 14,13 Milliarden Euro steigt. 263 Millionen Euro davon sind für das sogenannte Baukindergeld vorgesehen. Für die kommenden Haushaltsjahre sind 3,04 Milliarden Euro als Verpflichtungsermächtigung für das Baukindergeld vorgesehen. Den Etat des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (Einzelplan 12) erhöhte die Haushälter um 204,7 Millionen Euro auf 27,9 Milliarden Euro. 175 Millionen Euro wurden in den parlamentarischen Beratungen für die Reduzierung der Trassenpreise im Schienengüterverkehr eingeplant. Der Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (Einzelplan 11) wurde hingegen um 583,7 Millionen Euro auf 139,2 Milliarden Euro abgesenkt. Grund hierfür sind unter anderem gegenüber dem Regierungsentwurf geringere Ausgabenansätze für das Arbeitslosengeld II. Nach der parlamentarischen Sommerpause steht dann der Haushalt 2019 auf der Tagesordnung des Bundestages. Der Kabinettsbeschluss über den Etatentwurf soll in dieser Woche fallen. *scr*

Juristische Fundamentalkritik gegen den »Soli«

STEUERN Ex-Verfassungsgerichtspräsident Papier sieht keine Rechtfertigung für den Zuschlag nach dem Jahr 2019

Steuern haben in Deutschland ein langes Leben. Die kaiserliche Kriegsmarine ist längst versunken, aber die zu ihrer Finanzierung eingeführte Sektsteuer gibt es bis heute. Auch die deutsche Einheit ist inzwischen seit über einem Vierteljahrhundert hergestellt, aber das zu ihrer Finanzierung 1995 verabschiedete Solidaritätszuschlagsgesetz existiert immer noch, und der „Soli“ spült kräftig Geld in die Bundeskasse: Knapp 18 Milliarden Euro waren es im vergangenen Jahr.

Die Zeit ist reif Für zwei Oppositionsfraktionen ist daher an die Zeit reif, sich vom „Soli“ zu verabschieden. Während sich die Koalition an der sprudelnden Steuerquelle noch etwas länger erfreuen und ihn ab 2020 schrittweise abbauen will – zunächst nur für die Bezieher von Durchschnittseinkommen. In einem öffentlichen Fachgespräch des Finanzausschusses in der vergangenen Woche erfuhren die AfD und die FDP für ihre Forderung nach Abschaffung des Zuschlags massiven Zuspruch mit höchster juristischer Kompetenz: Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, erklärte, der Solidaritätszuschlag sei mit dem Ende des Solidarpakts II verfassungsrechtlich nicht mehr zu rechtfertigen.

Grundlage des Fachgesprächs war ein Antrag der AfD (19/1179) für die „sofortige und uneingeschränkte“ Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Begründet wird dies mit der Verfassungswidrigkeit des Zuschlags. Der vor 23 Jahren angegebene Zweck der Sicherung des einigungsbedingten Mittelbedarfs des Bundes sei inzwischen weggefallen. Daher sei die Verfassungsmäßigkeit nicht mehr gegeben, weil der Ausnahmecharakter der Ergänzungsabgabe eine dauerhafte und immerwährende Erhebung dieser Steuer verbiete. Auch die FDP-Fraktion will den Solidaritätszuschlag mit einem Gesetzentwurf (19/1038) aufheben lassen.

Zur Begründung schreibt die Fraktion, den Bürgern sei bei Einführung des Solidaritätszuschlags versprochen worden, dieser werde nur befristet erhoben. Das unbefristete Solidaritätszuschlagsgesetz sei 1995 mit der Begründung erlassen worden, dieses „finanzielle Opfer“ sei zur Finanzierung der Vervollendung der Einheit unausweichlich. Mittelfristig sei eine Überprüfung zugesagt worden. „Der zur Vollen-

dung der deutschen Einheit aufgelegte Solidarpakt II läuft 2019 aus, so dass auch die Legitimation des Solidaritätszuschlagsgesetzes 1995 spätestens zu diesem Zeitpunkt wegfällt“, begründet die FDP-Fraktion ihren Vorstoß. Einen Fortbestand des Solidaritätszuschlags hält die Fraktion für einen Verstoß gegen das Grundgesetz.

»Die Leute bekämen den Eindruck, die Politik macht, was sie will.«
Hans-Jürgen Papier

Papier stütze diese Auffassung: Aus Gründen der rechtsstaatlich gebotenen Rechtsklarheit und Rechtssicherheit sollte der Gesetzgeber selbst den Eintritt eines verfassungswidrigen Zustands vermeiden und das Gesetz mit Wirkung zum 1. Januar 2020 aufheben. Die finanzpolitische und finanzverfassungsrechtliche Sonderlage einer besonderen Aufbauhilfe zugunsten der neuen Länder könne als eindeutig beendet betrachtet werden. Papier erteilte auch den Plänen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD eine Absage, den Zuschlag allmählich abzuschmelzen: „Auf jeden Fall stellt es keine verfassungsrechtlich zulässige Übergangsregelung dar, sollte der Solidaritätszuschlag zum 1.1.2020 nur für die Bezie-

her kleiner und mittlerer Einkommen entfallen, im Übrigen aber noch weitere Jahre in vollem Umfang erhoben werden.“ Auf Nachfragen erklärte der frühere Verfassungsgerichtspräsident, beim Festhalten am Solidaritätszuschlag sehe er die „Gefahr eines Verlustes von Vertrauen in den Rechts- und Verfassungsstaat“. Die Leute würden den Eindruck bekommen, die Politik mache, was sie wolle und würde die Bürger unfair behandeln.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Bund der Steuerzahler argumentierten ähnlich wie Papier. Der Steuerberater Cornelius Volker erklärte, die Historie, die verfassungsrechtliche Problematik und die ökonomischen Voraussetzungen „sprechen ausnahmslos für die sofortige Abschaffung des Solidaritätszuschlags“. Katja Rietzler (Hans-Böckler-Stiftung) lehnte die Abschaffung des Zuschlags aus verteilungspolitischer Sicht ab. Außerdem sei die Abschaffung aus fiskalischer Sicht nicht zu verantworten. *hle*



AUFGEKEHRT

Die Sterne auch so fern

Deutschland am Boden! Ein Volk in Trauer und Scham. So hatten wir nicht gewettet. Der fünfte Stern sollte her, denn Fußballkenner wissen, der Ball ist rund, das Spiel dauert 90 Minuten und am Ende: Gruppenletzter! Die Kanzlerin hatte sich vorbereitet auf den Besuch in miefiger Moskauer Umkleidekabine nach erfolgreicher Mission Titelverteidigung verschwitzte Männerkörper im Dunst historischer Erfolge – und das im autoritären Putin-Land. Alles gestern! Nach den Sternen greifen die jetzt anderen und zu Hause greifen sie nach ihr? So nicht! Mannschaftsgeist ist nun gefragt, elf Freunde müsst ihr sein, erinnert sich die Kanzlerin und zählt mit den Fingern kurz durch: Volker, Annegret, Ursel, Helge, der eiserne Herrmann, Jean-Claude, Jogi... Sie stutzt. Früher waren es doch mehr!?

Sie ist Physikerin und weiß, alles hängt mit allem zusammen. Newton, auf den konnte man sich noch verlassen, da landete der Apfel genau da, wo er hin sollte. Newton war doch Europäer, oder nicht? Heute sind die Briten nur noch Brexit. Neuerdings telefoniert sie oft, Ferngespräche. Gut, dass sie die Europaflagge mit den Sternen erfunden haben. Europa-Sterne, Fußball-Sterne, da erklärt sich Politik ja von selbst, als finaler Erfolg eben. Leider ist mit den formschwachen Bayern gerade kein Match zu gewinnen, Seehofer grätscht wie Özil. Mist, an die Türken wollte sie jetzt nicht denken.

Unlängst haben Astronomen einen neuen Stern entdeckt. Neun Milliarden Lichtjahre von uns entfernt! Merkel nickt, es gibt Hoffnung, auch wenn das Gute nicht immer nah liegt. Aber warum haben sie ihn bloß Ikarus genannt? *Claus Peter Kosfeld*

VOR 15 JAHREN...

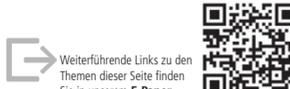
Geheime Akten gegen Schröder

1.7.2003: Union fordert Freigabe vertraulicher Materials Die Union sprach von einer rechtswidrigen „Geheimniskrämerie“. Die rot-grüne Koalition von einer „geradezu absurden“ Forderung. Worum es ging? Zwei Tage vor der Vernehmung von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) im sogenannten Lügenausschuss verlangte die Union am 1. Juli 2003 die Freigabe von bislang als ver-



Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) im Untersuchungsausschuss

traulich eingestuft Akten aus dem Kanzleramt. Im Untersuchungsausschuss „Wahlbetrug“ wollten sie untersuchen lassen, ob die rot-grüne Regierung im Wahlkampf 2002 gelogen hatte. Konkret ging es um die Frage, ob der „Bundestag und die Öffentlichkeit hinsichtlich der Situation des Bundeshaushaltes, der Finanzlage der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung sowie der Einhaltung der Stabilitätskriterien des EG-Vertrages und des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts“ falsch informiert wurden. Zwar hatte das Kanzleramt das gewünschte Material zur Verfügung gestellt, das meiste davon aber als Verschlusssache eingestuft. Fragen an Zeugen durften sich nicht auf diese Akten beziehen. Spätestens 24 Stunden vor Schröders Vernehmung sollten die Papiere freigegeben werden, forderte Peter Altmaier (CDU), Obmann der Unionsfraktion im Ausschuss. Schließlich gab das Kanzleramt nach. Doch große Enthüllungen fanden sich nicht. Im Abschlussbericht kam der „Lügenausschuss“ jedenfalls zu einem klaren Ergebnis: „Für den von der Opposition vermittelten Eindruck eines Wahlbetrugs konnten keinerlei Anhaltspunkte gefunden werden.“ *Benjamin Stahl*



ORTSTERMIN: PLANSPIEL JUGEND UND PARLAMENT



Die Jugendlichen vom Planspiel „Jugend und Parlament“ mit den Fraktionspitzen im Dialog über das Bundestagsgeschehen

Abgeordnete für vier Tage

Lin Großmann, 16 Jahre und aus Mönchengladbach, ist zwar kein Parteimitglied, aber in ihrer Freizeit beschäftigt sie sich gern mit Politik. Vier Tage lang sollte Politik zu ihrer Hauptbeschäftigung werden, denn aus Lin wurde Berufspolitikerin Ina Hesse aus Gummersbach, die seit 15 Jahren für die Gerechtigkeitspartei im Deutschen Bundestag sitzt. Lin ist eine von 333. So viele Schülerinnen und Schüler aus Deutschland tauschten vergangene Woche die heimische Schulbank gegen die festeren Stühle des Plenarsaals des Deutschen Bundestages, um an dem Planspiel „Jugend und Parlament“ teilzunehmen. Anhand von Gesetzesentwürfen zu anonymen Bewerbungen oder zur Einführung von einem Pfand auf Kaffeebecher wurde nachempfunden, wie die Gesetzgebung im Deutschen Bundestag funktioniert. Auch ging es um Möglichkeiten für die verstärkte Beteiligung deutscher Streitkräfte an einer EU-geführten Militäroperation im fiktiven Staat „Sahelien“.

Zum Planspiel gehört auch, sich in seine fiktive Identität und Fraktionszugehörigkeit hinein zu fühlen – ob die politische Richtung nun gefiel oder nicht. Vier Tage lang lernten die 16- bis 21-Jährigen in Fraktions- und Aus-

schusssitzungen sowie Arbeitsgruppen- und Landesgruppen-treffen, ihre Argumente und Positionen vorzubringen und dem politischen Gegner Gehör zu schenken. „Dieser Sitzungs-marathon und das Werben um politische Mehrheiten sind aber auch ganz schön anstrengend“, stellte Zwölfklässler Julius aus Berlin fest. Dazu gehörte auch das Sprechen im Plenum: Der Gang zum Rednerpult, den man sonst nur aus den Nachrichten kennt, die zunehmende Sicherheit mit steigender Redezeit, die erste nervöse Wortmeldung mit dem Mikrofon am Sitzplatz, das gar nicht so einfach zu bedienen ist. Nach der zweiten und dritten Lesung mitsamt der Abschlussabstimmungen hatten sich einige der Schüler aber sichtlich mit ihrer Rolle und der neuen Identität angefreundet und traten wie professionelle Nachwuchspolitiker auf.

Von tosendem Beifall und Standing Ovations begrüßt, sagte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU): „Ich freue mich sehr darüber, dass der Plenarsaal so voll besetzt ist. Das finden wir nicht immer so vor.“ Er erinnerte das junge Publikum: „Auch wenn unsere Demokratie momentan in Frage gestellt wird, hätten viele Men-

schen auf der Welt gern die Prinzipien und Werte, die wir vertreten.“ Auch deshalb seien viele Diktaturen auf der Welt so nervös, weil sie wüssten, dass Freiheit eine „anstekende Krankheit“ ist. Grund genug für Selbstbewusstsein und ein engagiertes Eintreten für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Sinne der freiheitlich demokratischen Grundordnung, unterstrich Schäuble.

An Selbstbewusstsein mangelte es den Jung-Politikern in der folgenden Diskussion mit den Vertretern der Fraktionspitzen nicht. Mit Fragen zur veränderten Debattenkultur im Parlament, den Vor- und Nachteilen des Abgeordnetenlebens und wie man mit Hass im Netz umgeht, löcherten die Jugendlichen die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Nadine Schön (CDU), Leif Erik Holm (AfD) und Ulrich Lange (CSU) sowie die Fraktionsvorsitzenden der SPD, Andrea Nahles, Christian Lindner von der FDP, Anton Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen) und Dietmar Bartsch (Die Linke).

Deren abschließende Botschaft an die Jugendlichen lautete: Konsensorientierte Politik funktioniert nur über Kompromisse und wenn möglichst viele mitmachen. Egal ob in der Realpolitik oder im Planspiel. *Lisa Brübler*

PERSONALIA

>Joachim Clemens † Bundestagsabgeordneter 1980-1994, CDU

Am 22. Juni starb Joachim Clemens im Alter von 86 Jahren. Der Rechtsanwalt und Notar aus Braunschweig trat 1967 der CDU bei und amtierte von 1977 bis 1990 als stellvertretender Vorsitzender des Landesverbands Braunschweig. Von 1968 bis 1980 war er Ratsherr in Braunschweig und seit 1969 auch Fraktionsvorsitzender. Im Bundestag wirkte Clemens im Innen- sowie im Sportausschuss mit.

>Heide Simonis Bundestagsabgeordnete 1976-1988, SPD

Am 4. Juli wird Heide Simonis 75 Jahre alt. Die Diplom-Volkswirtin aus Kiel trat 1969 der SPD bei. Dem SPD-Bundesvorstand gehörte Simonis von 1988 bis 1991 sowie von 1993 bis 2005 an. Im Bundestag engagierte sich die finanzpolitische Sprecherin ihrer Fraktion im Haushaltsausschuss. 1992 wurde sie in den schleswig-holsteinischen Landtag gewählt und verblieb dort bis 2005. Von 1988 bis 1993 amtierte Simonis als Finanzministerin in Kiel und löste danach Björn Engholm als Ministerpräsidentin ab, als erste Frau an der Spitze einer Landesregierung. Das Amt behielt sie bis 2005. Von 2005 bis 2008 war Simonis ehrenamtliche Vorsitzende von UNICEF-Deutschland.

>Christoph Zöpel Bundestagsabgeordneter 1990-2005, SPD

Christoph Zöpel begeht am 4. Juli seinen 75. Geburtstag. Der Diplom-Ökonom und promovierte Wirtschaftswissenschaftler aus Bochum, SPD-Mitglied seit 1964, war von 1975 bis 1995 Mitglied des NRW-Landesvorstands und von 1977 bis 1995 stellvertretender Landesvorsitzender. Von 1986 bis 1995 und wieder seit 2001 gehörte er dem Parteivorstand sowie von 1992 bis 1995 dem SPD-Parteipräsidium an. Von 1972 bis 1990 war Zöpel Abgeordneter im nordrhein-westfälischen Landtag und amtierte von 1978 bis 1980 als Minister für Bundesangelegenheiten sowie von 1980 bis 1990 als Minister für Landes- und Stadtentwicklung bzw. für Wohnen und Verkehr. Zöpel, 1998/99 und von 2002 bis 2004 Mitglied des Vorstands der SPD-Bundestagsfraktion, wirkte vorwiegend im Auswärtigen Ausschuss mit. Von 1999 bis 2002 war er Staatsminister beim Außenministerium.

>Andreas von Schoeler Bundestagsabgeordneter 1972-1982, FDP

Am 4. Juli wird Andreas von Schoeler 70 Jahre alt. Der Rechtsanwalt aus Frankfurt/Main trat 1966 der FDP bei, war Vorsitzender des Kreisverbands Frankfurt und stellvertretender hessischer Landesvorsitzender. Von 1976 bis 1982 amtierte er als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern. Nach dem Ende der sozial-liberalen Koalition trat er im November 1982 der SPD bei und legte wenig später sein Bundestagsmandat nieder. Von 1984 bis 1987 war von Schoeler Staatssekretär im hessischen Innenministerium und von 1991 bis 1995 Frankfurter Oberbürgermeister.

>Hans-Gerd Strube Bundestagsabgeordneter 1983-1994, CDU

Am 6. Juli vollendet Hans-Gerd Strube sein 85. Lebensjahr. Der Hauptschullektor aus Lingen, CDU-Mitglied seit 1965, war von 1970 bis 1983 Vorsitzender des dortigen Kreisverbands und gehörte dem Bezirksvorstand Osnabrück/Emsland sowie dem CDU-Landesausschuss Niedersachsen an. Von 1972 bis 1986 saß er im Kreistag des Landkreises Emsland und amtierte von 1974 bis 1983 als stellvertretender Landrat. Strube, Direktkandidat des Wahlkreises Mittel-ems, engagierte sich im Bundestag vorwiegend im Haushaltsausschuss.

>Siegfried Hornung Bundestagsabgeordneter 1983-1987, 1990-2002, CDU

Am 8. Juli begeht Siegfried Hornung seinen 80. Geburtstag. Der Landwirtschaftsmeister aus Ravenstein, jahrzehntelang in der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung engagiert, trat 1964 der CDU bei und gehörte von 1965 bis 2003 dem Vorstand des Neckar-Odenwald-Kreises an. Von 1971 bis 1994 war er Kreistagsabgeordneter. Im Bundestag engagierte er sich zumeist im Landwirtschaftsausschuss, an dessen Spitze er von 1990 bis 1994 stand. Von 1994 bis 2003 war er zugleich Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der WEU sowie von 1996 bis 2003 Vizepräsident des Europarats. *bmh*

LESERPOST

Zur Ausgabe 24 vom 11. Juni 2018, „Familiensache“ auf Seite 4: Subsidiär Schutzberechtigte sind Menschen, denen vom Bundesamt für Migration nur ein eingeschränktes, ein temporäres Bleiberecht zugestanden wurde. Jeder Betroffene mit diesem Aufenthaltstitel muss Deutschland auf absehbare Zeit wieder verlassen. Der erstmalige Wunsch, subsidiär Schutzberechtigten den Familiennachzug zu ermöglichen, geht ja bekanntlich auf den grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann zurück, dessen Bundesland Baden-Württemberg dafür als Gegenleistung der Migrationspolitik der Bundesregierung in der Länderkammer zustimme – nur sind die Grünen heute in der deutschen Bundesregierung gar nicht vertreten.

Am 1. August 2015 trat der erleichterte Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte durch Änderungen im Aufenthaltsgesetz erstmals in Kraft. Nach der Aussetzung können sie nun ab dem 1. August 2018 wieder einen Antrag auf Familiennachzug der Kernfamilie stellen, auch wenn diese nicht ausreichend Wohnraum und einen gesicherten Lebensunterhalt vorweisen können. Man fragt sich, welche gesellschaftliche Intention hinter dieser unverändert linksliberalen Bevölkerungspolitik der deutschen Bundesregierung steht. *Frank Wolfram Wagner, Lemgo*

Zur Ausgabe 25-26 vom 18. Juni 2018, „Kein Sekt mit Putin“ auf Seite 1: In der aktuellen Ausgabe stellen Sie das Thema Menschenrechte in Russland in den Mittelpunkt. Dafür nutzen Sie die ersten drei Seiten inklusive eines eigenen Kommentars auf der Titelseite, dokumentieren (gekürzt) die Debatte vom 14. Juni auf vier halben Seiten und nutzen auch die vier halben Seiten in Leichter Sprache für dieses Thema. Ihr parlamentarischer „Aufhänger“ dafür sind die am 14. Juni von den Fraktionen der Grünen und der FDP aufgesetzten Anträge. Dieses auch in der Öffentlichkeit durchaus kontrovers diskutierte Thema zu diesem Zeitpunkt in den Mittelpunkt der Zeitung des Deutschen Bundestages zu stellen, ist Ihr gutes Recht. Für mich inakzeptabel ist aber, in Ihrer ausführlichen Berichterstattung nicht über das Ergebnis der (Sofort)Abstimmung über die vorgelegten Anträge zu informieren. Beide Anträge erhielten lediglich die Zustimmung der Antragsteller selbst und demzufolge keine Mehrheit. Dennoch lautet Ihre Überschrift auf der Titelseite „Bundesregierung soll Politik Russlands deutlich kritisieren, fordert der Bundestag“.

Zur Ausgabe 25-26 vom 18. Juni 2018, „Neuer Vorstoß für Plebiszite“ auf Seite 5: Obwohl ich sonst durchaus mit der Partei „Die Linke“ sympathisiere, verstehe ich nicht, wieso sie Plebiszite auf Bundesebene etablieren wollen. Wenn man dafür ist, sollte vorher getestet werden, ob der abstimmende Bürger wenigstens 80 Prozent des Gesamtbildungsniveaus erreicht. Denn man kann den „Himbeer-Sepp von der Moser-Alm“ beispielsweise nicht zur Atomtechnik befragen. Will die Linke erleben, wie man einen solchen Vordenker wie Herrn Trump ausfindig macht oder wie kürzlich Herr Renzi in Italien, der eigentlich hätte wissen müssen, wie die angesetzte Volksbefragung zu Europa ausgeht? Plebiszite sind vielleicht im lokalen Bereich akzeptabel, aber nicht auf nationaler Ebene. *André Hahn, MdB Die Linke*

Obwohl ich sonst durchaus mit der Partei „Die Linke“ sympathisiere, verstehe ich nicht, wieso sie Plebiszite auf Bundesebene etablieren wollen. Wenn man dafür ist, sollte vorher getestet werden, ob der abstimmende Bürger wenigstens 80 Prozent des Gesamtbildungsniveaus erreicht. Denn man kann den „Himbeer-Sepp von der Moser-Alm“ beispielsweise nicht zur Atomtechnik befragen. Will die Linke erleben, wie man einen solchen Vordenker wie Herrn Trump ausfindig macht oder wie kürzlich Herr Renzi in Italien, der eigentlich hätte wissen müssen, wie die angesetzte Volksbefragung zu Europa ausgeht? Plebiszite sind vielleicht im lokalen Bereich akzeptabel, aber nicht auf nationaler Ebene. *Manfred Pfirrmann, Lampertheim*

SEITENBLICKE



GESTORBEN

Berndt A. Skott, langjähriger Karikaturist von „Das Parlament“, ist tot. Mit seinen scharfsinnigen, mitunter frechen Zeichnungen auf der „Kehreseite“ hat er das Gesicht der Zeitung viele Jahre lang mitgeprägt. Der 1943 in Königsberg/Ostpreußen geborene Skott galt als engagierter Verfechter der Pressefreiheit. Er starb am 18. Juni in Düsseldorf nach schwerer Krankheit. Die Redaktion von „Das Parlament“ trauert um einen zuverlässigen und geschätzten Kollegen. *DP*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 9. Juli.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 02. – 05.07.2018

Generaldebatte (Mi), Haushaltsabschluss (Do)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

Dr. Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin:

Migration könnte zur Schicksalsfrage für die EU werden



Angela Merkel (*1954)
Bundeskanzlerin

Am 11. und 12. Juli dieses Jahres wird der NATO-Rat im Format eines Gipfeltreffens in Brüssel tagen. Es geht dabei um die erfolgreiche Anpassung des Bündnisses an die insgesamt in den letzten Jahren veränderte Sicherheitslage. Ausgangspunkt dieser Veränderungen war die völkerrechtswidrige Annexion der Krim im Jahre 2014 durch Russland und die bis heute leider anhaltende Destabilisierung im Osten der Ukraine. Aber auch die Bedrohung durch den Terrorismus, die Auswirkungen von Bürgerkrieg und zerfallenden Staaten machten die richtungsweisende Entscheidung des NATO-Gipfels im Jahre 2014 in Wales notwendig.

Erstens. Die Reaktions- und Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses sollte deutlich erhöht werden. Zweitens. Unsere ost- und mitteleuropäischen Verbündeten sollten rückversichert werden, und zugleich wollen wir zum Dialog mit Russland bereit bleiben. Drittens. Alle Alliierten wollten ihre Verteidigungsanstrengungen erhöhen. Gerade die Frage der Verteidigungsausgaben hat zu intensiver Diskussion – nicht nur hier in Deutschland, aber auch in Deutschland – geführt.

Lassen Sie mich daran erinnern: Der Beschluss, sich dem 2-Prozent-Ziel bis 2024 anzunähern, erfolgte angesichts einer neuen Qua-

lität der Bedrohung Europas und wurde auch von Deutschland mitgefasst. In Wales herrschte Einigkeit. Dies erfordert einen fairen und notwendigen Beitrag der Europäer im Bündnis. Bei dieser Grundsatzfrage geht es im Übrigen nach meiner festen Überzeugung um nicht mehr und nicht weniger als den zukünftigen Erhalt des transatlantischen Bündnisses.

Meine Damen und Herren, inzwischen können wir auf vier Jahre erfolgreicher Anpassungen zurückblicken. Alle Alliierten haben ihren Verteidigungshaushalt erhöht, zum Teil deutlich. Auch wir haben dies getan. Wir schulden dies auch der Sicherheit unseres Landes und der Einsatzfähigkeit unserer Streitkräfte. Das spiegelt sich auch im Haushalt 2018, den wir in der nächsten Woche in der zweiten und dritten Lesung beraten werden, und im Haushalt 2019 wider.

Die Maßnahmen des Bündnisses zur Rückversicherung und zur Stärkung der Verteidigung und Abschreckungsfähigkeit des Bündnisses sind umgesetzt. Die Bundeswehr hat dazu erheblich beigetragen. Wir sehen daran: Die Allianz kann sich gemeinsam und solidarisch an ein verändertes Sicherheitsumfeld anpassen.

Auf dem anstehenden Gipfel sollen weitere Entscheidungen getroffen werden. Erstens. Die Kommandostruktur der NATO wird mehr Reaktionsfähigkeit erhalten. Es werden zwei neue Hauptquartiere eingerichtet, eines in den USA und eines in Deutschland, in Ulm. Auch darin liegt ein wichtiger deutscher Beitrag. Zweitens. Zugleich soll der Bereitschaftsgrad der bereits aufgestellten Truppen aller Verbündeten erhöht werden. Drittens. Der Gipfel wird eine Trainingsmission zum Aufbau funktionierender Streit- und Sicherheitskräfte für den Irak beschließen und damit einer Bitte

der irakischen Regierung entsprechen.

Auch wir haben ein erhebliches Interesse an einer langfristigen Stabilisierung des Irak, auch um Flüchtlingen eine Perspektive für die Rückkehr in den Irak zu bieten. Ich hoffe zudem – da weiß ich mich auch mit dem NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg einig – auf eine Fortführung unseres zweigleisigen Ansatzes gegenüber Russland. Wir müssen unsere Fähigkeiten stärken, aber unser Dialogangebot an Russland bleibt bestehen.

Wir erwarten auch, dass die Zusammenarbeit zwischen NATO und der EU bekräftigt und intensiviert wird, etwa durch Leuchtturmprojekte wie die Verbesserung der grenzüberschreitenden militärischen Mobilität und durch die Tatsache einer strukturierten militärischen Zusammenarbeit. Zuletzt ergänzt doch durch eine europäische Interventionsinitiative hat Europa sich sehr viel konsolidierter aufgestellt und wird damit langfristig und mittelfristig auch ein besserer und effizienterer Partner im transatlantischen Bündnis sein. Die Anstrengungen, die wir in der europäischen Verteidigung unternommen haben, stärken den europäischen Pfeiler der NATO, und wenn wir Europäer in Sachen Verteidigung besser und stärker werden, dann nützt das eben allen.

Meine Damen und Herren, es ist kein Geheimnis, dass das transatlantische Bündnis derzeit auch Spannungen auszuhalten hat. Wir sind aber überzeugt, dass dieses Bündnis für unsere gemeinsame Sicherheit zentral bleibt;

denn der Glaubwürdigkeit des Artikels 5 verdanken wir unsere Sicherheit. Diese hängt aber eben immer auch von der Verlässlichkeit der Verbündeten ab und damit auch von unseren eigenen Anstrengungen. Wir sind dies im Übrigen unseren Soldatinnen und Soldaten schuldig. Sie verdienen es, dass sie über die erforderliche Ausrüstung verfügen. Das ist eine Frage des Vertrauens in die politische Führung.

Es ist auch eine Frage des Ver-

trauens der Verbündeten in unsere Fähigkeit und Bereitschaft zur Verteidigung. Dieses Vertrauen zu erhalten, liegt in unserem nationalen Interesse. In diesem Sinne will die Bundesregierung bis 2024 die Verteidigungsausgaben auf 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen.

Meine Damen und Herren, NATO und EU sind gleichermaßen Grundpfeiler der internationalen Zusammenarbeit. Sie geben uns Halt in einer Welt im Wandel, und sie verpflichten uns zum gemeinsamen partnerschaftlichen Handeln. Sie geben uns Hoffnung, Zuversicht und auch das Versprechen auf eine gute Zukunft. Mit Blick auf den Europäischen Rat heute und morgen will ich noch einmal wiederholen, was ich in diesem Hause schon oft gesagt habe: Deutschland geht es auf Dauer nur gut, wenn es auch Europa gut geht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben es schon in der Präambel des Grundgesetzes formuliert:

... von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das deutsche Volk ... dieses Grundgesetz gegeben.

Das war der Anfang der Bundesrepublik Deutschland, und in dieser Tradition stehen wir.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der anstehende Europäische Rat umfasst eine breite Tagesordnung: die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion, Innovation und Digitales, das Thema der Wettbewerbsfähigkeit, der mehrjährige Finanzrahmen von 2021 an, das Thema von Sicherheit und Verteidigung unserer Außenbeziehungen und, last, but not least, der Migration. Diese Themen betreffen im Grunde alle großen globalen Herausforderungen unserer Zeit, und auf alle diese großen globalen Herausforderungen sollte Europa eine möglichst geschlossene Antwort geben.

Die Abstimmung mit Frankreich ist dafür traditionell wichtig. Ich möchte deshalb allen ganz herzlich danken, die bei der Vorbereitung des deutsch-französischen Ministerrats in der vergangenen Woche mitgeholfen haben,

eine gute deutsch-französische Agenda für den heutigen und den morgigen Rat vorzubereiten.

Ein ganz besonderer Dank gilt dem Bundesfinanzminister, der in vielen Stunden von Verhandlungen mit dazu beigetragen hat.

Es geht nicht zuerst und nicht zuletzt um eine starke und stabile Währungsunion. Sie werden morgen hier im Bundestag über den letzten Teil des Griechenland-Programms abstimmen.

Dieses Programm hat uns unglaublich gefordert, wie auch andere Rettungsprogramme für Euro-Staaten. Aber insgesamt können wir sagen: Der Euro ist heute stabil, die Programme sind beendet, und die Länder sind wettbewerbsfähiger geworden.

Das ist ein gutes Stück Arbeit gewesen und ein gutes Stück europäischer Solidarität in unserem eigenen Interesse.

Aber es bleibt Reformbedarf für die Wirtschafts- und Währungsunion. Deshalb haben wir mit Frankreich gemeinsam verabredet, in drei Punkten weiterzuarbeiten.

Erstens. Wir müssen den weiteren Abbau der Risiken im Bankensektor und die Vollendung der Bankenunion voranbringen. Danach wollen wir ein gemeinsames Sicherheitsnetz – ich betone: danach – zur Abwicklung von Banken entwickeln.

Zweitens wollen wir – so haben wir es auch im Koalitionsvertrag verabredet – den Europäischen Stabilitätsmechanismus zu einer Art Europäischen Währungsfonds weiterentwickeln.

Es geht um selbstständige Überwachung von Programmen, darum, die wirtschaftliche Lage in den Mitgliedstaaten beurteilen zu können, um damit Krisen frühzei-

Fortsetzung auf nächster Seite

Es geht nicht zuerst und nicht zuletzt um eine starke und stabile Währungsunion.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlament fernsehen als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.
www.bundestag.de/live/tv/index.html

tiger erkennen zu können. In der Folge werden wir eine größere Unabhängigkeit vom Internationalen Währungsfonds haben. Die Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages – so haben wir es im Koalitionsvertrag vereinbart, und so wird es auch bleiben – bleiben davon unberührt.

Drittens – und das ist vielleicht das Schwierigste –: die Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Länder. Denn wenn die Konvergenz nicht gegeben ist, wenn die unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit zu groß ist, dann ist es schwierig, die Stabilität einer Währung auf Dauer zu erhalten. Deshalb haben wir uns verabredet, im Rahmen der Europäischen Union einen zusätzlichen Euro-Raum-Haushalt – wir haben das im Koalitionsvertrag einen „Investivhaushalt“ genannt – zu entwickeln: ab 2021 parallel zu der mittelfristigen finanziellen Vorausschau, zu der nächsten Etappe, um zusätzlich für die Länder, die eine Währung teilen, die Konvergenz und die Stabilität zu erhöhen. Dabei muss die Leistungsfähigkeit der Besten der Maßstab sein und nicht der Durchschnitt aller.

Meine Damen und Herren, mit diesen Vereinbarungen setzen wir nicht mehr und nicht weniger um als wichtige Eckpunkte des Koalitionsvertrages. Dabei gilt natürlich: Jeder muss sich an die vereinbarten Regeln halten; jeder Mitgliedstaat ist für seinen Haushalt selbst verantwortlich; Haftung und Kontrolle gehören zusammen; es wird keine Schuldenunion geben;

Stabilität und Wachstum bedingen einander. Deshalb, meine Damen und Herren, werden wir am Freitag, also morgen, auf dem Europäischen Rat in einem Format der 19 Mitgliedstaaten des Euro-Raums plus derer, die sonst noch an dieser Sitzung teilnehmen wollen, über die deutsch-französischen Vorschläge debattieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch jenseits der Wirtschafts- und Währungsunion brauchen wir strategische Konzepte für die Zukunft Europas. Da geht es um die Frage unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Deutschland und Frankreich haben vorgeschlagen, gerade im Bereich der Innovationen sehr viel mehr zu tun. Ich kann das heute hier nicht ausführen, wir alle wissen aber: Die Digitalisierung, die künstliche Intelligenz sind Herausforderungen, bei denen Europa nicht da steht, wo Europa stehen sollte. Wir werden hier als einzelne Mitgliedstaaten nicht aufholen, sondern wir müssen gemeinsam handeln, um

strategisch wieder innovationsfähig zu werden.

Wir müssen in der Außenpolitik kohärenter, schlagkräftiger werden. Deutschland wird jetzt auch seine Möglichkeit, als nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat zu arbeiten, nutzen, um die europäische Koordinierung in internationalen Fragen voranzutreiben, zuallererst natürlich mit Frankreich. Aus aktuellem Anlass werden wir auch über Handelsfragen sprechen müssen. Die Europäische Union hat als Antwort auf die von uns nicht akzeptierten Zölle auf Stahl und Aluminium ihrerseits Zölle verhängt. Wir halten diese Zölle, die von den Vereinigten Staaten verhängt wurden, für rechtswidrig; aber wir wollen mit den Vereinigten Staaten von Amerika ins Gespräch gehen – in welcher Weise wir ins Gespräch gehen, müssen wir miteinander besprechen –, um weitere Zölle und damit weitere Schritte in Richtung eines Handelskrieges zu vermeiden. Ich glaube, das ist im multilateralen, im gemeinsamen Interesse der Vereinigten Staaten von Amerika, Europas und vieler anderer Länder auf der Welt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden natürlich auch – deshalb ist vielleicht die heutige Regierungserklärung besonders wichtig – über das Thema der Migration beraten, und zwar heute Abend. Wir sind – das will ich ganz offen sagen – noch nicht da, wo wir sein wollen.

Das Gemeinsame Europäische Asylsystem, wie wir es eigentlich jetzt im Juni verabschieden wollten, werden wir auf dem Rat zu achtundzwanzigst nicht verabschieden können. Von sieben Rechtsakten, die dazu notwendig

wären, sind fünf mehr oder weniger geeint; aber bei zwei wichtigen gibt es noch politischen Beratungsbedarf. Das eine ist die Asylverfahrensrichtlinie. Das hört sich so einfach an; aber da geht es um nicht mehr und nicht weniger als um gleiche Standards bei der Gewährung von Asyl in allen europäischen Mitgliedstaaten. Das Zweite ist die sogenannte Dublin-IV-Verordnung, also die Weiterentwicklung der heute geltenden Dublin-III-Verordnung, die auch die solidarische Verteilung von Migranten und Flüchtlingen zwischen den europäischen Mitgliedstaaten beinhaltet.

Jetzt sagen viele: Die europäische Lösung kommt nicht; da warten wir schon drei Jahre drauf. – Das möchte ich noch einmal zum Anlass nehmen, zu sagen, dass das natürlich so nicht stimmt. Alle in Europa sind sich einig:

Es geht darum, illegale Migration zu reduzieren, Schleppern und Schleusern das Handwerk zu legen und, wenn wir über einen Austausch zwischen den Herkunftsländern und den europäischen Ländern sprechen, zwischen Staaten legale Vereinbarungen zu treffen.

Wir haben im Übrigen auf dem europäischen Kontinent damit gute Erfahrungen gemacht, als wir die Länder des westlichen Balkans zu sicheren Herkunftsländern erklärt haben, als wir damit die Rückführung von Menschen ermöglicht haben, die kein Anrecht auf Asyl hatten,

und im Gegenzug Arbeitserlaubnisse für in Deutschland vorhandene Arbeitsplätze möglich gemacht haben. Dieses System funktioniert im großen Ganzen sehr gut. Das ist schon eine der Vereinbarungen, die wir hinbekommen haben.

Wir hatten im Jahre 2014 etwa 200 000 ankommende Flüchtlinge in Deutschland, 2015 bis Au-

gust 400 000. Wir haben dann bis zum Jahresende eine Prognose von 800 000 gestellt. Es waren zum Schluss 890 000.

Ich will noch einmal darauf weisen, dass der 4. September 2015, um den sich ja heute viele Diskussionen ranken, mitnichten eine unilaterale Aktion war. Es waren schon 400 000 Flüchtlinge gekommen. Es waren sehr viele in Ungarn. Der ungarische Ministerpräsident hat den österreichischen Bundeskanzler gebeten, zu helfen. Der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann hat mich angerufen. Die Außenministerien haben sich koordiniert, weil gerade ein Außenministerrat stattfand. Wir haben gesagt: In einer Ausnahmesituation werden wir helfen. – Das haben wir getan. Das halte ich im Rückblick auch nach wie vor für richtig, meine Damen und Herren.

In dieser Ausnahmesituation hat Deutschland für eine Zeit auf die Rücküberstellung im Rahmen des Dublin-Verfahrens verzichtet. Das ist das sogenannte Selbsteintrittsrecht. Es ist vor dem Europäischen Gerichtshof beklagt worden.

Es gab im Sommer 2017 ein Urteil, dass das politisch möglich und damit rechtlich nicht fragwürdig war. Das wurde ganz eindeutig vom Europäischen Gerichtshof so festgestellt. Es gab dann im Zusammenhang mit der sehr hohen Zahl von ankommenden Flüchtlingen die Frage der Rückweisung an der deutschen Grenze. Der Bundesinnenminister hat damals gesagt: Nein. In einer solchen Ausnahmesituation von ungefähr 8 000 bis 9 000 ankommenden Flüchtlingen jeden Tag sehen selbst die EU-Verträge vor, dass man zur Herstellung von Recht und Ordnung die Möglichkeit alleiniger nationaler Maßnahmen hat. – Davon haben wir nicht Gebrauch gemacht, meine Damen

und Herren.

Aber diese Ausnahmesituation existiert heute nicht mehr. Heute haben wir eine völlig andere Situation. Die Zahl der ankommenden Flüchtlinge ist deutlich geringer. Deshalb gilt wieder genau die Rechtssituation wie vor dem September 2015, nämlich das europäische Recht mit Vorrang vor dem deutschen Recht – mit der Ausnahme, dass wir etwas haben, was wir vor 2015 nicht hatten, nämlich relativ lang andauernde Kontrollen an einigen Punkten an der deutsch-österreichischen Grenze.

Meine Damen und Herren, woran zeigt sich, dass sich die Verhältnisse geändert haben? Der Rückgang der Seeanlandungen in der Ägäis beträgt seit 2015 97 Prozent, der Rückgang der Seeanlandungen im zentralen Mittelmeer aktuell im Vergleich zum Zeitraum des Vorjahres 77 Prozent. Dies unterstreicht zweierlei – das sind europäische Anstrengungen –: zum Ersten die Wirksamkeit des EU-Türkei-Abkommens, das heute vielfach als ein Modellabkommen angesehen wird, im Übrigen auch eine NATO-Aktivität in der Ägäis, und zum Zweiten, dass wir mit Blick auf Libyen die europäische Mission Sophia mit verschiedenen Schritten gestaltet haben.

Der erste Schritt war, Menschen in Not zu helfen. Der zweite Schritt war, zu sagen: Wir bilden die libysche Küstenwache aus. – Diese libysche Küstenwache ist heute in einem Zustand, dass sie selber Menschen in libyschen Hoheitsgewässern retten kann. Deshalb will ich an dieser Stelle auch sagen: Es gibt eine Verpflichtung, dass man die libysche Küstenwache ihre Arbeit machen lässt, und es gibt kein Recht, anstelle der libyschen Küstenwache einfach Dinge zu tun. Libyen hat auch ein Recht auf den Schutz seiner Küsten.

Ich möchte übrigens Italien und Malta ganz besonders für die Ausbildung der libyschen Küstenwache danken.

Wir haben die Grenzschutzagentur Frontex gegründet. Sie ist noch nicht ausreichend ausgestattet, aber sie arbeitet. Sie muss zu einer wirklichen europäischen Grenzpolizei, die dann noch mehr Vollmachten und Möglichkeiten hat, weiterentwickelt werden.

Die Asylzahlen in Deutschland sind zurückgegangen – wir können damit noch nicht zufrieden sein; das will ich ausdrücklich sagen –, aber sie sind auch in diesem Jahr bis Ende Mai geringer als im vergangenen Jahr. Um deutlich zu machen: „Wir wollen, dass sich 2015 nicht wiederholt“, haben wir im Koalitionsvertrag eine Vielzahl von Maßnahmen und auch eine Richtgröße vereinbart, die angestrebt wird, um auch das Thema



Italien und Malta bilden die libysche Küstenwache aus.

©picture alliance / Kay Nietfeld/dpa

der Integrationsfähigkeit im Auge zu haben.

Wir haben inzwischen den Familiennachzug für subsidiär Geschützte geregelt; es gibt keinen Rechtsanspruch mehr, sondern eine bestimmte Zahl pro Monat. Wir haben vereinbart, dass wir zur Erhöhung der Effizienz – denn wir brauchen natürlich nationale Maßnahmen – AnKER-Zentren bilden. Ich möchte wirklich an alle Ministerpräsidenten und alle Länder appellieren, diesen Teil des Koalitionsvertrages jetzt auch schnellstmöglich umzusetzen; denn das ist von der Koalition mit den Bundesländern gemeinsam verhandelt worden, meine Damen und Herren.

Ich betone ausdrücklich: Der Bundesinnenminister hat, nachdem er sich in seinem neuen Amt die Situation angeschaut hat, richtigerweise die Punkte zusammengestellt, bei denen weiterer Handlungsbedarf besteht. Wenn ein so schreckliches, erschütterndes Ereignis wie der Mord an Susanna passiert und sich hinterher ergibt, dass Verwaltungsgerichtsverfahren über lange Zeit nicht stattgefunden haben, dann können wir uns mit einem solchen Zustand nicht abfinden – genauso wenig wie mit dem Zustand, dass sich Leibwächter von bin Laden über Jahre hier in Deutschland aufhalten, meine Damen und Herren.

Deshalb besteht Handlungsbedarf. Dabei geht es immer um Ordnung, Steuerung, wirksam, nachhaltig.

Es geht um unsere innere Sicherheit, und es geht um die innere Sicherheit der gesamten Europäischen Union. Dazu sind nationale Maßnahmen und auch europäische Maßnahmen notwendig.

Meine Damen und Herren, es ist so wichtig, die AnKER-Zentren zu gründen, weil wir gerade bei nicht berechtigten Schutzsuchenden in dem Moment der Verteilung in die Kommune natürlich eine Situation erleben, in der es immer schwerer wird, die Rückführung zu gestalten.

Deshalb müssen wir besser werden, und zwar in drei Dimensionen. Das hat auch am letzten Sonntag beim Treffen der Staats- und Regierungschefs aus 16 Ländern eine Rolle gespielt. Alle haben gesagt: Als Erstes und Wichtigstes geht es um die externe Dimension. Es geht um die Frage, wie wir Schleusern und Schleppern das Handwerk legen können. Dabei muss folgendes Prinzip gelten: Wenn wir möchten, dass Menschen aus Afrika, die in den meisten Fällen keine Asylberechtigung haben, nicht mehr unter Opferung bzw. Gefährdung des eigenen Lebens, unter Zahlung von viel Geld, unter Unterstützung von kriminellen Strukturen nach

Europa kommen, dann müssen wir auch mit den afrikanischen Staaten darüber sprechen, wie wir Rückführungen gestalten

und vielleicht auch Menschen davon abhalten können, erst durch die Wüste zu gehen und dann ihr Leben aufs Spiel zu setzen. Wir müssen mit den Menschen sprechen. Wir dürfen nicht einfach nur über die afrikanischen Staaten reden, sondern wir müssen versuchen – so wie mit der Türkei –, mit den afrikanischen Staaten Abmachungen zu treffen, die auch zu ihrem Wohle sind, zum Beispiel mit Blick auf legale Studienplätze und Arbeitsmöglichkeiten. Das geht nicht über die Köpfe Afrikas hinweg, sonst wird das keinen Erfolg haben, meine Damen und Herren.

Was immer wir tun, wir werden es in Zusammenarbeit mit dem UNHCR und mit der Internationalen Organisation für Migration tun. Meine Damen und Herren, wir werden den Grenzschutz stärken; darüber habe ich schon gesprochen. Das ist die zweite Dimension.

Die dritte Dimension ist: Wir werden natürlich auch die sogenannte Sekundärmigration stärken, besser ordnen und steuern müssen.

Denn es müssen zwei Dinge gelten. Das Erste ist: Diejenigen, die in Europa Schutz suchen, können

sich nicht das Land innerhalb der Europäischen Union aussuchen, in dem sie einen Asylantrag stellen, meine Damen und Herren. So weit sind wir uns ja einig.

Zweitens können wir auch nicht die Länder, in denen alle Ankünfte stattfinden, völlig alleinlassen. Das ist doch die Krux der Dublin-III-Verordnung.

Deshalb brauchen wir eine Fortentwicklung. Deshalb müssen wir, solange das mit 28 Mitgliedstaaten nicht geht, natürlich überlegen, wie wir in einer Koalition von willigen Ländern bessere Regelungen treffen können. Meine Maxime dabei heißt aber: nicht unilateral, nicht unabgestimmt und nicht zulasten Dritter, sondern im Gespräch mit Partnern. Genau das ist das, was wir in den letzten Tagen gemacht haben und worüber ich dann nach dem Rat auch berichten kann.

Das ist sicherlich keine perfekte Lösung, aber ein Anfang für eine Steuerung und Ordnung auch der Sekundärmigration, an der man auch danach weiterarbeiten müssen. So haben wir doch immer gearbeitet.

Das EU-Türkei-Abkommen ist doch auch keine unilaterale Maßnahme, sondern es ist eine abgestimmte Maßnahme. Ich hoffe, dass wir jetzt auf dem Europäischen Rat die zweite Tranche für die weiteren 3 Milliarden Euro zu-

sammenbekommen, damit wir dann wirklich sagen können: Wir helfen der Türkei bei der Bewältigung der Herausforderung von über 3 Millionen syrischen Flüchtlingen. Bei aller Kritik an der Türkei ist das eine großartige Leistung, die die Türkei vollbringt, meine Damen und Herren und liebe Kolleginnen und Kollegen.

Genauso hat Italien ein Recht darauf, dass der EU Trust Fund für Afrika besser bestückt wird. Auch hier fehlt Geld, und auch das muss verbessert werden.

Es ist also notwendig, hier weiterzuarbeiten. Ich werde das in den nächsten Stunden auch tun und dann an entscheidender Stelle natürlich auch darüber berichten, zuvorderst in der Koalition.

Europa hat viele Herausforderungen, aber die der Migration könnte zu einer Schicksalsfrage für die Europäische Union werden.

Entweder wir bewältigen das, und zwar so, dass man auch in Afrika und anderswo daran glaubt, dass uns Werte leiten und dass wir auf Multilateralismus und nicht auf Unilateralismus setzen, oder aber niemand wird mehr an unser Wertesystem glauben, das uns so stark gemacht hat. Und deshalb geht es um vieles.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der SPD)

Dr. Alexander Gauland, AfD:

Schließen wir die Grenzen



Alexander Gauland (*1941)
Landesliste Brandenburg

Die Frau Bundeskanzlerin hat soeben wieder einmal eine Welt- und Werteordnung beschworen, die man ja vielleicht noch herbeisehen, die Deutschland aber nicht mehr herbeiführen kann.

Ja, Frau Bundeskanzlerin, die Welt war schon übersichtlicher: im Osten die Bösen, im Westen die Guten. Doch dieses Zeitalter der Einfachheit ist endgültig vorbei.

Der amerikanische Präsident folgt seinen Interessen – seinen handelspolitischen in Kanada, seinen strategischen in Singapur. Wir werden uns also daran gewöhnen müssen, dass nicht ein gemeinsames Wertefundament, sondern Interessenübereinstimmung den Ausschlag für Zusammenarbeit oder eben Gegnerschaft gibt. Das bedeutet, dass die gute alte Staatsräson der Maßstab für Erfolg oder Misserfolg sein muss – und nicht, ob die innere Verfasstheit eines Landes unseren Werten entspricht. Wenn es Trump gelingt, die koreanische Halbinsel zu denuklearisieren, war es richtig, was er begonnen hat – gleichgültig, ob sich das nordkoreanische Regime nun liberalisiert oder nicht.

Wir sind, meine Damen und Herren, zurück in einer multipolaren Weltordnung, in der es keinen außenpolitischen Mehrwert verspricht, wie zu Zeiten der Heiligen Allianz die Legitimität, also diesmal die demokratische oder menschenrechtliche, zum Maßstab un-

seres Handelns zu machen.

Solche Ansätze waren immer zum Scheitern verurteilt: die Präsident Wilsons nach 1918 ebenso wie die der frühen Bundesrepublik in den 50er- und 60er-Jahren des vorigen Jahrhunderts.

Ja, Frau Bundeskanzlerin, die NATO und die transatlantische Partnerschaft bleiben Eckpunkte deutscher Außenpolitik, aber sie müssen ergänzt werden: durch eine kluge und realistische Einbindung derjenigen Mitspieler, die von einem anderen Wertefundament aus, ihrer Staatsräson folgend, Außenpolitik formulieren. „Realpolitik“ nannte man das früher. Auch wenn es uns, den gern die Welt verbessernden Deutschen, schwerfällt: Wir werden ihr wieder folgen müssen.

Und, meine Damen und Herren, das gilt cum grano salis auch für Europa. Natürlich verbindet uns mit unseren europäischen Nachbarn ein gemeinsames Wertefundament. Doch das ersetzt nicht die nationalen Interessen.

Viele Länder sind der Ansicht, dass man seine Haustür eben doch abschließen und nicht jedermann hereinlassen sollte.

Wenn die Frau Bundeskanzlerin von einer europäischen Lösung des Flüchtlingsproblems träumt, dann weiß sie natürlich, dass ihr Traum keinen Niederschlag im Handeln, sagen wir, Italiens, Frankreichs oder Dänemarks und erst recht nicht Polens oder Ungarns findet.

Lassen Sie uns doch einmal eine europäische Lösung andenken, Frau Bundeskanzlerin. Es gibt drei Grundtatsachen der Migrationskrise: Diejenigen, die es zu uns schaffen, sind die Stärksten, nicht die Schwächsten. Die Migration schadet uns deutlich mehr, als sie uns nutzt.

Mit einem in Afrika ausgegebenen Euro lässt sich 20 Mal mehr bewirken als mit einem hier ausgegebenen Euro.

Schließen wir also die Grenzen, steigen wir aus allen Resettlement-Programmen aus, und helfen wir denen, die tatsächlich Hilfe brauchen, an Ort und Stelle!

Dafür könnten Sie einen europäischen Hilfsfonds auflegen. Wir haben nicht das Geringste dagegen, Menschen in Not zu helfen. Aber hören Sie auf, Probleme ohne Ende in unser Land zu importieren. Dagegen sind wir.

Als Sie, Frau Merkel, 2015 dem damaligen Innenminister und der Bundespolizei die durchaus mögliche Grenzschließung verweigerten, handelten Sie auch nicht europäisch. Ganz im Gegenteil: Sie bevorzugten den nationalen Alleingang, den Ihnen die übrigen Europäer übelnahmen, weshalb diese auch keine Bereitschaft zeigten, die Merkel-Flüchtlinge nach Quoten bei sich aufzunehmen.

Frau Bundeskanzlerin, Sie rufen Europa zu Hilfe, wie es Ihnen passt. Doch die Europäer lassen sich nicht kujonieren. Und sie sind auch nicht bereit, Ihre Bunttheit, die Morde, Messerattacken und sexuelle Belästigung einschließt, in ihre Länder zu integrieren.

Im Vergleich zu Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, nimmt der Innenminister wenigstens im Ansatz deutsche Interessen wahr, spät zwar, aber hoffentlich nicht zu spät. Es wäre natürlich die bizarre Schlusspointe Ihrer unseligen Amtszeit, wenn Sie den Innenminister entließen, weil er an den Landesgrenzen das geltende Recht wieder durchsetzt. Ich hoffe, wir werden das nicht erleben.

(Beifall bei der AfD)

Andrea Nahles, SPD:

Deutschland braucht solidarische und handlungsfähige EU



Andrea Nahles (*1970)
Landesliste Rheinland-Pfalz

Die beste Form der Realpolitik für Deutschland ist die europäische Zusammenarbeit.

Die europäische Zusammenarbeit ist die Grundvoraussetzung für Frieden und Wohlstand in diesem Land. Der gemeinsame europäische Markt, die gemeinsame Währung, Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, gemeinsame Produktstandards, gemeinsame Regeln für den Binnenmarkt, eine gemeinsame Außenhandelspolitik, eine europäische Bildungs- und Forschungsgemeinschaft: Auf all das sind wir absolut angewiesen.

Jede Investition in die europäische Zusammenarbeit ist in unserem absolut ureigenen Interesse. Deutschland profitiert wie kein anderes Land von der Existenz der Europäischen Union. Deswegen sage ich: Europäische Zusammenarbeit ist nichts Großherziges, sondern etwas Großartiges für unser Land.

Lange Zeit war das eine gemeinsame Sichtweise: hier in diesem Hohen Haus und auch im Kreis der Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Das ist heute anders. Rechtspopulisten in Parlamenten und Regierungen verfolgen eine brandgefährliche Politik. Nach „America first“, „Hungary first“ und „Austria first“ hört man jetzt schon: „Deutschland zuerst“. Einfaches Muster: die eigenen Interessen möglichst rücksichtslos und kompromisslos vertreten, um Punkte zu machen. Dieser Ansatz ist schon historisch falsch gewesen, und er ist jetzt umso mehr falsch, weil wir eigentlich hätten lernen müssen aus dem, was hier in Deutschland passiert ist und von Deutschland ausgegangen ist.

Wer rücksichtslos und kompromisslos handelt, schürt Konflikte und verschärft die Probleme. Man kann doch das Muster erkennen.

Es zeigt sich jetzt in den USA bei dem dort losgetretenen Handelsstreit: Mit seiner Zollpolitik ruft Trump Reaktionen hervor, die seinen eigenen Bürgerinnen und Bürgern schaden. Dann stellt er das fest, und dann wird die Reaktion noch weiter verschärft, und er heizt den Konflikt weiter an. Verbesserungen für die Menschen: Fehlanzeige.

Die Folgen einer solchen Politik sind nur Konfrontation und Zerstörung. Deswegen fordere ich uns alle hier in diesem Hause auf, uns dieser Entwicklung überall auf der Welt entgegenzustellen. Das muss die Politik dieser Bundesregierung und dieses Hohen Hauses sein: nicht klein beigeben vor den Europakritikern, sondern groß ausholen. Wir werden die europafeindlichen Kräfte nicht zurückdrängen, indem wir uns zurückziehen, sondern indem wir die Vorteile Europas offensiv ausspielen.

Darum geht es im Übrigen auch beim Europäischen Rat, und darum ist es auch in den letzten Wochen gegangen, als in mühevollen Verhandlungen, auch zwischen Bruno Le Maire und Olaf Scholz, mit der Meseberger Erklärung eine Grundlage geschaffen wurde.

Die Vorteile Europas offensiv ausspielen: Darum geht es jetzt, wenn wir sagen, dass gemeinsame Regeln verhindern, dass Staaten sich bis zur Handlungsunfähigkeit verschulden müssen, um sogenannte systemrelevante Banken zu retten. Das ist doch etwas. Kontrolle und Steuerung im Finanzsektor gehen doch nur europäisch.

Anders geht es doch gar nicht.

Darum geht es auch, wenn wir die Finanzkraft der Euro-Staaten nutzen, um uns gegenseitig in Krisenzeiten Sicherheit zu geben, wie wir es zum Beispiel im Zusammenhang mit der europäischen Rückversicherung für die nationale Arbeitslosenversicherung überlegen. Kontrolle und Steuerung gehen auch hier nur europäisch.

Die Vorteile Europas offensiv ausspielen: Darum geht es auch bei dem Investitionshaushalt für die europäische Infrastruktur. Ein Beispiel: Deutschland hat 57 Grenzübergänge im Schienenverkehr. Davon sind überhaupt nur 25 elektrifiziert – drei in Richtung Osteuropa – und damit für den Güterverkehr geeignet. An allen anderen Übergängen müsste man eine Diesellok vorspannen, um überhaupt die Grenze überqueren zu können. Das ist doch ein Skandal im Europa 2018.

Das ist meiner Meinung nach die Zukunftsaufgabe, die wir an den deutschen Grenzen wirklich regeln müssen.

Sich im Wettbewerb mit China und den USA richtig aufstellen bzw. im Wettbewerb mit dieser ganzen Weltregion: Auch das geht eben nur europäisch. So sieht es im Übrigen auch in der Flüchtlingspolitik aus. Es gibt nicht die nationale oder die europäische Lösung in der Flüchtlingspolitik. Es gibt Aufgaben, die wir national regeln müssen, zum Beispiel das BAMF zu reformieren,

AnKER-Zentren oder auch mal das Einwanderungsgesetz auf den Weg zu bringen. Das sind Sachen,

die wir national regeln müssen.

Es gibt Fragen, die wir national entscheiden können, die wir aber auch mit unseren europäischen Partnern absprechen und koordinieren müssen, wie zum Beispiel die Rückführung woanders registrierter Flüchtlinge. Und es gibt Fragen, die wir nur gemeinsam zufriedenstellend regeln können, als gesamteuropäische Lösung, wie zum Beispiel die Sicherung der Außengrenzen, die Reform von Dublin und die solidarische Aufgabenteilung in Europa.

Die Regierungen und das Europäische Parlament – Frau Merkel hat darauf hingewiesen – sind im Übrigen schon längst dabei, diese Fragen zu besprechen, nicht erst seit dem Streit zwischen den Unionsparteien. Fünf von sieben europäischen Vorhaben für eine gemeinsame Flüchtlingspolitik haben das Europäische Parlament nämlich bereits erreicht. Nichts hat sich an der Sachlage in der Flüchtlingspolitik seit Unterzeichnung des Koalitionsvertrages am 12. März dieses Jahres verändert. Wir haben detaillierte Vereinbarungen im Koalitionsvertrag getroffen, um Steuerung und Kontrolle in der Flüchtlingspolitik zu sichern.

Wir können sowohl national als auch europäisch handeln. Das muss jetzt auch geschehen. „Streit einstellen, handeln!“ ist mein Appell.

Schließlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die SPD begrüßt, dass auf dem NATO-Gipfel im Juli eine gemeinsame Erklärung zur NATO-EU-Zusammenarbeit verabschiedet werden soll. Sich gegenseitig Sicherheit verschaffen durch ein solidarisches Unterstützungsabkommen: Dieses

Prinzip finde ich mustergültig. Die Bundesregierung hat sich vorgenommen – das bewegt sich auch auf der Grundlage des Koalitionsvertrages –, die Verteidigungsausgaben hierfür bis zum Jahr 2024 auf 1,5 Prozent unserer Wirtschaftskraft anzuheben. Das ist ein wichtiges Zeichen auch in Richtung NATO. Jetzt müssen aber auch die eigenen Hausaufgaben gemacht werden. Die gravierenden Managementprobleme der Bundeswehr müssen dringend behoben werden, auch um unseren Beitrag für die europäische Sicherheit überhaupt leisten zu können; das ist nämlich der entscheidende Punkt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Bundeskanzlerin – ich hätte auch gerne den Bundesinnenminister begrüßt –, die Bundesrepublik Deutschland hat international eine herausragende Verantwortung als viertgrößte Wirtschaftsmacht der

Welt, als größtes Mitgliedsland in Europa, als Mitglied der NATO und in den kommenden zwei Jahren auch als Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Um uns herum agieren zunehmend autoritäre Herrscher, die ihre Macht auf Jahre und Jahrzehnte festlegen und versuchen, die europäische und die internationale Politik zu ihren Gunsten zu verändern. Dass wir in dieser Situation nur 100 Tage nach Amtsantritt der neuen Bundesregierung in einer handfesten Regierungskrise stecken, darf nicht sein.

Die SPD unterstützt daher Sie, Frau Merkel, dabei, auf der europäischen Ebene an Lösungen für die dort zu lösenden Fragen zu arbeiten. Wir unterstützen übrigens auch den Innenminister, national die Vorhaben umzusetzen, die wir gemeinsam verabredet haben.

Wir sind auch immer bereit, neue Fragen zu klären, wenn wir sie denn kennen.

Die SPD handelt aus der tiefen Überzeugung, dass Europa eine stabile und proeuropäische Bundesregierung braucht. Und wir handeln aus der tiefen Überzeugung, dass Deutschland umgekehrt eine handlungsfähige und solidarische Europäische Union braucht.

Meine Damen und Herren, werden Sie Ihrer nationalen und internationalen Verantwortung gerecht, bevor es zu spät ist. Das ist an alle gerichtet, aber besonders an die Unionsparteien.

„Streit einstellen und handeln!“ ist mein Appell.



Die Vorteile Europas können nur erschwert genutzt werden, wenn etwa Grenzübergänge im Schienenverkehr nicht elektrifiziert sind und nur per Diesellok überquert werden können.

© picture-alliance/dpa

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Christian Lindner, FDP:

Deutschland schwächt seine Verhandlungsposition in Europa



Christian Lindner (*1979)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Der Blick in die Welt ist in diesen Tagen verstörend: die Entwicklung in der Türkei, die Handelseinsetzung mit den Vereinigten Staaten, der Handelskrieg zwischen den USA und China und Weiteres mehr. In dieser Lage wäre eine stabile deutsche Regierung ein Wert an sich.

Selten aber habe ich gehört, dass die Partei- und Fraktionsvorsitzende einer Koalitionspartei, wie es die SPD ist, hier vor der deutschen Öffentlichkeit darlegt, dass in wesentlichen Fragen der Regierungspolitik der Koalitionspartner nicht eingebunden ist. Sie haben hier gesagt, dass Sie beispielsweise den Masterplan nicht kennen, Frau Nahles. Ich kann Ihnen aus der Geschichte der FDP sagen: Auch wir hatten Phasen, wo wir in zentrale Vorhaben des Regierungshandelns nicht voll eingebunden waren. Wie das endet, kann ich bezeugen.

Meine Damen und Herren, Migration ist ein exklusives Thema, ein Thema, das Gesellschaften sprengen kann, ein Thema, das Regierungen sprengen kann, und ein Thema – das lernen wir dieser Tage –, das auch Parteien sprengen kann. Frau Bundeskanzlerin, mit den technischen Formulierungen, die Sie hier heute in dieser Frage gewählt haben, ist es Ihnen in den letzten Jahren nicht gelungen, unsere Gesellschaft zu beruhigen, und ganz offensichtlich ist es Ihnen in den letzten Wochen auch nicht gelungen, Ihre eigene Parteienfamilie zu beruhigen.

Sie haben gesprochen über den Bin-Laden-Leibwächter. Der Fall ist doch seit Jahren bekannt. Warum haben Sie nicht persönlich die diplomatischen Zusicherungen eingeholt, dass dieser Mann abgeschoben werden kann?

Sie haben nicht gesprochen über diejenigen, die bereits hier sind, und ihre Integration.

Was Sie getan haben: Sie haben noch einmal den nicht bekannten Masterplan erwähnt. Deutschland wartet auf diesen Masterplan – auf 62 Maßnahmen warten wir –, weil eine einzige bekannte Maßnahme umstritten ist. Und dann stellen Sie sich hier vor das Parlament und fordern die Länder auf, bei den AnKER-Zentren endlich zu kooperieren. Ich darf Ihnen aus unseren Regierungsbeteiligungen in den Ländern versichern: Die wären bereit zur Kooperation, wenn sie denn wüssten, was der Innenminister will.

Deshalb: Sorgen Sie doch dafür, dass die Regierung in dieser Frage eine Position vertritt und Länder wie beispielsweise Niedersachsen mit Herrn Pistorius oder Nordrhein-Westfalen mit unserem Parteifreund Stamp einbindet. Berufen Sie einen nationalen Migrationstisch ein, um über diese Managementfragen zu sprechen.

Wir wollen, dass das Thema Migration, das uns noch lange beschäftigen wird, nicht alleine die politische Tagesordnung bestimmt. Digitalisierung, Bildung, die Sicherung unseres Wohlstands und anderes mehr, das sind wichtige Fragen, die nicht auf Dauer von dringlichen Fragen verdrängt werden dürfen. Deshalb wünschen wir uns Handlungsfähigkeit der Regierung in diesem Feld.

Die Migration ist – Frau Bundeskanzlerin, Sie haben das gesagt; Frau Kollegin Nahles auch – eine europäische Herausforderung. Die Antwort auf das zu lösende Migrationsproblem beginnt

mit dem Wort „Europa“; da stimmen wir vollkommen überein. Wir wollen einen Kontinent ohne Binnengrenzen. Wir wollen einen Kontinent ohne Schlagbäume.

Damit aber Europa ein Raum der Freiheit ohne Grenzen bleibt, brauchen wir endlich Kontrolle an der Außengrenze und eine Ordnung im Inneren.

Dafür machen wir uns stark.

Das alles ist nicht einfach. In den vergangenen Jahren – nicht nur in den vergangenen zweieinhalb Jahren seit dem Flüchtlingsommer 2015; das Problem besteht ja länger – hat es keine Durchbrüche gegeben. Das ist auch nicht leicht. Die Mittelmeeranrainerstaaten wollen nicht alleingelassen werden, und es gibt auch Mitglieder der Europäischen Union, die die Vorteile der Freizügigkeit nutzen wollen, aber selbst keine Beiträge leisten wollen, wenn es darum geht, die Flüchtlingsfrage zu lösen.

Deutschland hat die mangelnde Funktionsfähigkeit von Dublin III kompensiert. Dublin III funktioniert nicht, und Deutschland hat deshalb seit 2015 die Hauptlast getragen. Das hat unser Land, Frau Bundeskanzlerin, an alle seine Grenzen geführt. Das muss enden. Deshalb kann diese Politik jetzt nicht fortgesetzt werden; deshalb muss es jetzt eine europäische Lösung geben.

Nötig, wünschenswert und sinnvoll ist eine europäische Lösung; aber nötigenfalls muss übergangsweise altes Recht wieder angewendet werden, um zu signalisieren,

dass Deutschland die Sonderrolle der vergangenen Jahre nicht auf Dauer fortsetzen kann.

Das ist das, was wir uns wünschen. Frau Merkel, Sie haben geschlossenes Auftreten der EU gefordert. Wichtig wäre, dass zunächst einmal Deutschland in der EU geschlossen auftritt. Denn richtig wäre die Position, eine europäische Lösung anzubieten und anzukündigen, notfalls altes Recht wieder anzuwenden, solange und soweit es sie nicht gibt.

Aber statt dieser Verhandlungsposition erleben wir Drohungen, Ultimativen, Endzeitstimmung. Es wird davon gesprochen, es gebe ein Ende des geordneten Multilateralismus, und man weiß nicht, ob das bei Herrn Söder eine Beschreibung oder eine Forderung ist. Damit, mit dieser Uneinigkeit der Regierung, wird Deutschlands Verhandlungsposition in Europa geschwächt. Oder, um es anders zu sagen: Die CSU hat Frau Merkel und Deutschland in Europa erpressbar gemacht.

Meine Prognose ist: Es wird jetzt keine Durchbrüche geben – die wird es nicht geben –, auch wegen der innenpolitischen Situation in Deutschland. Und dennoch wird die CSU beidrehen. Wir werden wieder öffentliche Harmoniebekundungen erleben, Interpretationsübungen, warum die vielleicht auch unvollkommenen Gipfelergebnisse doch nicht zu Ministererlassen führen müssen. Die stauende Öffentlichkeit wird das wahrnehmen und wird sich fragen: Was ist eigentlich in den letzten Wochen für ein Theater gespielt worden? Das kennen wir: aus höchsten Staatsämtern heraus mit parteipolitischen Motiven die Stimmung anheizen, um danach beizudrehen und wieder zur Vernunft kommen zu wollen. – Das ist die Methode David Cameron, und ich warne die CSU davor, sich

ihn als Vorbild zu nehmen.

Die Migration bestimmt auch diese Debatte, die innenpolitische Diskussion, und darüber nehmen wir überhaupt gar nicht wahr, was sich im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion vollzieht.

Griechenland bekommt de facto ein viertes Paket, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und CSU. Das, was wir an Veränderungen bei den Schulden sehen, hat den Charakter eines vierten Pakets. Es gibt auch weiter Monitoring – Sie nennen es nicht so –, und der Internationale Währungsfonds ist raus. Das ist eine Positionsverschiebung. Wir bekommen einen Euro-Zonenhaushalt, ein Investivbudget, möglicherweise erstmalig sogar mit einer eigenen Steuer der Europäischen Union bzw. der Euro-Zone.

Und da wird gesagt – Frau Nahles und Frau Merkel sagen das allethalben –: Wir machen das für mehr Konvergenz, für mehr Zusammenhalt. – Das Ergebnis ist: Zwei Drittel der Finanzminister der Euro-Zone lehnen diesen Investivhaushalt ab. Sie sprechen von einem Programm, von einer Politik, um Europa zusammenzuführen. Jetzt vor diesem Gipfel haben wir erlebt: Es ist ein Programm der Spaltung, weil es keine Einigkeit in dieser Frage gibt.

Und zum Schluss: Der Europäische Stabilitätsmechanismus, jener zeitweilig aufgespannte Rettungsschirm, wird perpetuiert zu einem Währungsfonds. Da sind wir dabei, aus dem ESM einen Währungsfonds zu machen. Aber er soll nun ausgestattet werden mit Möglichkeiten, dass einzelne Staaten finanziert werden bei sogenannten asymmetrischen Schocks, auch wenn die Integrität der Währungsunion insgesamt nicht gefährdet ist.

Und dann wird als Beispiel genannt: Irland nach dem Brexit. Ich hatte den irischen Außenminister vor 14 Tagen hier im Büro zu Gast, habe ihn gefragt: Wissen Sie eigentlich, dass Sie im Deutschen Bundestag als Beispiel dafür herhalten müssen, dass man sich für asymmetrische Schocks wappnen müsste? Da sagte er: Unsere Wirtschaft ist in Balance. Wir brauchen das nicht. Sie machen es nicht für Irland und für asymmetrische Schocks;

Sie tun den Beppe Grillos und Silvio Berlusconi in Europa einen Gefallen, die die fortwährende Krise ausrufen, um wieder unfiananzierbare, unhaltbare Wahlkampfversprechen zu machen. Das macht Europa nicht stärker.



EU-Gipfel: Kanzlerin Angela Merkel (CDU) mit dem Regierungschefs Spaniens, Pedro Sanchez, und Griechenlands, Alexis Tsipras (von links).
©Guido Bergmann/Bundesregierung/dpa

(Anhaltender Beifall bei der FDP)

Volker Kauder, CDU:

Ein neuer Aufbruch in unserem Land



Volker Kauder (*1949)
Wahlkreis Rottweil-Tuttlingen

Dieser Gipfel, der heute und morgen in Europa stattfindet, findet in einer angestrengten Situation und in einer aufgewühlten Welt statt. Wenn wir die neuen Nachrichten vom amerikanischen Präsidenten hören – alles natürlich über Twitter – nach dem Motto „Handelskriege sind gut, weil man kann sie gewinnen“, dann kann ich nur sagen: So wird die Welt nicht besser, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir haben nach dem schrecklichen Zweiten Weltkrieg gelernt, dass Deutschland nie mehr allein in Europa stehen kann. Wir haben daraus die Lehren gezogen, dass wir ein Europa aufbauen wollen in der festen Gewissheit: nie wieder Krieg aus Europa, nie wieder Krieg in Europa, eine gute Zukunft vor allem für die heranwachsende

junge Generation, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wenn ich in der Zeit zurückblicke als jemand, der zur ersten Nachkriegsgeneration nach dem Zweiten Weltkrieg gehört, habe ich manchmal den Eindruck, dass diejenigen, die jetzt besonders Europa kritisieren, gar nicht verstanden haben, was für eine große Kraftanstrengung notwendig war, um diese Einheit und die Friedensvoraussetzung in Europa zu schaffen. Sie zerstören etwas, was auch für sie wichtig ist, nämlich Frieden in unserer Region zu halten.

Europa ist die große Friedensgarantie, aber auch die Wohlstandsgarantie. Natürlich haben wir in Europa noch eine Menge Aufgaben vor uns, weil wir auch innerhalb der Euro-Zone nicht alle auf dem gleichen Stand sind. Natürlich ist es richtig, Frau Bundeskanzlerin, dass man sich darum bemüht, dass wir in Europa möglichst alle auf einen entsprechenden Stand kommen. Aber da würde ich mir dann wünschen, dass die Regeln, die wir uns gegeben haben, um dieses Ziel zu erreichen, von allen in gleichem Umfang ernst genommen werden. Nur wenn wir uns an die Regeln halten, die wir uns in Europa gegeben haben, werden wir auf einen guten Weg kommen.

Klar ist auch – das habe ich

schon einige Male an diesem Rednerpult gesagt –: Europa muss die Aufgaben, die von Europa verlangt werden und die nur von Europa gelöst werden können, auch erfüllen. Natürlich weiß ich, dass bestimmte Dinge Zeit brauchen, aber: Die Sicherung der Außengrenzen muss ernsthaft angegangen werden. Frontex muss gestärkt werden. Dafür sind wir bereit zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen.

Ich hoffe, dass die Botschaft jetzt ankommt: Wir wollen ein Europa ohne Binnengrenzen. Aber dann brauchen wir ein Europa mit geschützten Außengrenzen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zu den Aufgaben, die Europa leisten muss, gehört auch, dass wir eine gemeinsame Außenpolitik gestalten. Die Herausforderungen in der Welt sind groß. Da kann es nicht sein, dass wir in Europa nicht mit einer Stimme sprechen. Mit dem Sitz im Weltsicherheitsrat, den Deutschland jetzt hat, besteht nun die Möglichkeit, Europa zusammenzubinden und diejenigen, die einen dauerhaften Sitz haben, zu einer gemeinsamen Handlungsoption zu bringen. Lieber Herr Lindner, wir sind nicht handlungsunfähig, aber es wäre schon eine schöne Botschaft, wenn in den nächsten zwei Jahren im Sicherheitsrat die Vertreter aus Europa mit einer europäischen

Stimme sprechen und entsprechend agieren würden. Das würde uns stärken, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wenn wir uns die Situation in Deutschland anschauen, muss man wirklich sagen: Wir stehen gut da, was nicht heißt, dass wir nicht noch das eine oder andere Problem zu lösen haben. Eines will ich deutlich machen, weil da ein bisschen Kritik aufkam über die Diskussionen, die wir in der Union führen:

Ich erinnere mich sehr genau an die Diskussionen, die Sie in der FDP auch schon geführt haben. Da würde ich mal nicht mit Steinen auf andere werfen, sondern in die eigenen Reihen schauen, Herr Lindner.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, selbst bei der AfD kenne ich das nicht anders, dass es auch mal Diskussionen in der Parteifamilie gibt, aber eins will ich klar sagen: Wir haben als Koalition trotzdem unsere Aufgaben gemacht. Ich erinnere an die Beschlüsse im Rahmen des Baupaketts: das Baukindergeld, die Städtebauförderung, den sozialen Wohnungsbau. Die Menschen können sich darauf verlassen, dass wir unsere Arbeit machen.

Wenn ich die Situation in unserem Land anschau: Wir wissen ganz genau, dass wir vor großen Herausforderungen stehen. Ich denke an die Situation in unserer Automobilindustrie.

Wenn die Amerikaner auf unsere Automobile Zölle erheben wollen, bleibt dies nicht ohne Auswirkungen in unserem Land. In einer solchen Situation ist es doch nur gut, wenn wir Freunde haben.

Deswegen finde ich es richtig,

dass Deutschland und Frankreich versuchen, ganz eng beieinander zu bleiben, und sich gerade in dieser Situation auch unterstützen. Wir sind auf die Hilfe in Europa angewiesen. Deutschland allein wird es in der Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten nicht schaffen können, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Deshalb ist dieser Gipfel, von dem auch ein Signal der Zusammenarbeit ausgeht, von großer Bedeutung.

Ja, wir wissen alle, dass Europa nicht bedeutet, dass nun alles in Europa gelöst werden muss. Wir haben auch unsere nationalen Aufgaben. Aber zu glauben, dass allein im nationalen Bereich – diese Töne, die aus einer bestimmten Richtung kommen, halte ich für gefährlich – alles gelöst werden kann, hat uns schon einmal in Deutschland in die Irre geführt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das sollten wir nicht vergessen.

Deswegen besteht die gesunde Mischung aus dem, was in Europa gemacht werden muss – da muss Europa streckenweise schneller werden; das meine ich auch –, und dem, was in unserem Land in nationaler Verantwortung gemacht werden kann.

Ich finde, da haben wir eine richtige Mischung im Koalitionsvertrag formuliert, und daher können wir auch selbstbewusst sagen: Ja, ein neuer Aufbruch für Europa, ein neuer Aufbruch in unserem Land. Wir werden diesem Land mit einer Regierung das zur Verfügung stellen, was notwendig ist für eine gute Zukunft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Sahra Wagenknecht, Die Linke:

Wir brauchen einen politischen Neuanfang



Sahra Wagenknecht (*1969)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Frau Bundeskanzlerin! Wenn selbst der ehemalige Vizekanzler – immerhin Mitglied einer der Koalitionsparteien – sich

inzwischen fragt, ob die handelnden Akteure in dieser Regierung „völlig wahnsinnig geworden“ sind, dann kann man eine solche Kritik als Opposition eigentlich nicht mehr toppen. Deswegen schließen wir uns hier ausdrücklich dieser Frage von Herrn Gabriel an.

Was Sie hier abliefern, ist eine Zumutung für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, und es ist blamabel gegenüber unseren europäischen Partnern.

Wir würden es ja noch mit Sympathie verfolgen, wenn die Koalition darüber streiten würde, was man gegen die unverändert ansteigende Altersarmut tun kann oder gegen die unverändert dramati-

sche Situation in vielen Krankenhäusern und Pflegeheimen oder gegen den ungebremsten Mietwucher, der nach wie vor Familien aus den Innenstädten verdrängt. Wenn Sie darüber streiten würden, dann hätte man doch wenigstens noch das Gefühl, dass Sie sich mit den realen Nöten der Bevölkerung beschäftigen würden.

Aber zu all diesen Themen fällt Ihnen leider seit langem schon nichts mehr ein.

Ja, auch Asyl und Zuwanderung gehören zu den Problemen, die die Menschen bewegen. Aber auch da geht es Ihnen doch nicht darum, irgendetwas zum Besseren zu verändern. Es geht doch um nichts anderes als um die Torschlusspa-

nik der CSU vor der bayerischen Landtagswahl und um Symbolpolitik. Das ist doch alles, worum es geht.

Was würde sich denn konkret verändern? Was würde denn die Zurückweisung registrierter Asylbewerber an der deutschen Grenze tatsächlich verändern? Wenn Deutschland im Alleingang beschließt, zurückzuweisen, dann werden andere Länder eben im Alleingang beschließen, nicht mehr zu registrieren. Was haben Sie dadurch gewonnen, außer dass Sie neuen Sprengstoff für die innereuropäischen Beziehungen gelegt haben?

Herrn Seehofer kann ich ja leider nicht fragen; aber ich finde, man muss die CSU schon fragen: Nehmen Sie überhaupt noch wahr, dass es noch eine Welt außerhalb von Bayern gibt?

Nehmen Sie noch wahr, dass in dieser Welt gerade ein von den USA angezettelter Handelskrieg gefährlich eskaliert, mit Zöllen und mit immer neuen Sanktions-

drohungen, und dass es elementar für unseren Wohlstand sein wird, ob Europa darauf eine gemeinsame Antwort findet oder nicht? Ist Ihnen nicht aufgefallen, dass in dieser außerbayerischen Welt gerade der nächste Krieg vorbereitet wird, nämlich der Krieg gegen den Iran, und dass die Vereinigten Staaten den Nahen Osten ungeniert weiter destabilisieren mit allen schlimmen Folgen, die dann nicht zuletzt Europa tragen muss?

Vielleicht, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, sollten Sie nicht ganz vergessen, dass es auf dieser Welt noch ein paar Probleme gibt, die größer sind als der Bayerische Landtag.

Ja, wenn Sie die Flüchtlingszahlen wirklich reduzieren wollen, dann folgen Sie doch endlich den Vorschlägen, die wir hier immer vorgetragen haben, dann hören Sie auf, völkerrechtswidrige Interventionskriege zu unterstützen, die ein Land nach dem nächsten in einen Failed State verwandeln.

Dann hören Sie auf, sich von

Rüstungslobbyisten schmieren zu lassen und immer neue Waffen in Spannungsgebiete zu liefern. Das sind doch die eigentlichen Ursachen. Aber bei dieser falschen Politik ist sich diese desolante Koalition ja leider erschreckend einig; das ist das Kernproblem. Dass Sie inzwischen noch nicht einmal davor zurückschrecken, mit islamistischen Warlords in Libyen, die Menschenrechte mit Füßen treten, die foltern und vergewaltigen, zusammenzuarbeiten, ist, finde ich, wirklich das Allerletzte.

So erfreulich es ist, dass Sie, Frau Merkel, neuerdings Wert auf europäische Regelungen, auf europäische Lösungen und Abstimmungen mit unseren europäischen Partnern legen, so klar ist auch: Der Scherbenhaufen, vor dem Sie in Europa stehen, ist doch der Scherbenhaufen Ihrer Politik. Sie haben doch das Porzellan zerschlagen und unsere europäischen Partner immer wieder gegen sich aufgebracht – mit Ihren Alleingängen, mit Ihren erraticen Entscheidungen, mit deutscher Selbstgefälligkeit und Rechthaberei.

Denken Sie, die Mittelmeeranrainer haben vergessen, wie lange sie im Rahmen des Dublin-Systems mit den Flüchtlingen allein-

gelassen wurden und dass Deutschland damals kein bisschen solidarischer war als heute Ungarn oder Polen?

Meinen Sie, unsere Partner wissen nicht mehr, wie selbstherrlich sich die deutsche Regierung während der Euro-Krise aufgeführt hat? Ich darf an den Spruch von Herrn Kauder, in Europa werde wieder deutsch gesprochen, erinnern. Es fällt nicht schwer, sich auszumalen, wie das damals in Rom und Paris angekommen sein muss.

Auch die Griechen dürften noch gut in Erinnerung haben, wie Sie und Herr Schäuble ihnen drastische Kürzungsprogramme aufzuzwungen haben, die ein ganzes Land in die Armut gestürzt haben, als Preis für Rettungsmilliarden, die vor allem an deutsche und französische Banken geflossen sind.

Und glauben Sie, die Franzosen und Italiener wissen nicht, dass das deutsche Lohndumping unseren Exportkonzernen unlautere Wettbewerbsvorteile verschafft und in ihren Ländern zu Deindustrialisie-

rung und Arbeitslosigkeit führt?

Helmut Kohl hatte schon 2011 in einem Interview davor gewarnt, dass Sie „keinen Kompass“ und auch „keinen Führungs- und Gestaltungswillen“ haben und dass Deutschland im Ergebnis Ihrer Politik irgendwann isoliert dastehen wird. Er hat leider recht behalten. Wenn Sie das ernsthaft korrigieren wollen, dann müssten Sie weit mehr tun, als für europäische Lösungen in der Flüchtlingsfrage zu werben. Dann wäre zum Beispiel ein Mindestlohn von wenigstens 12 Euro statt der mickrigen Steigerung, die gerade wieder beschlossen wurde, oder ein Verbot der Lohndrückerei mit Leiharbeit und Werkverträgen nicht nur ein Segen für Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land, sondern auch ein echter Beitrag zum Zusammenhalt der Euro-Zone.

Das wäre letztlich auch wirkungsvoller als Ihr mit Herrn Macron ausgehandeltes Euro-Budget, das der Ökonom Thomas Piketty zu Recht einen vagen, ambitionslosen Kompromiss genannt

hat. Piketty schlägt übrigens wie wir zur Finanzierung öffentlicher Investitionen eine Steuer auf die großen Vermögen in der Euro-Zone vor. Und da fragt man sich schon: Weshalb kommen solche Vorschläge eigentlich nie von der SPD?

Weshalb überlassen Sie seit Monaten der Union die Hoheit, die Themen zu setzen, statt auch nur einmal mit einer substanziellen sozialen Forderung den Konflikt zu suchen? Mit der Union auf Konflikt zu gehen, wäre doch im Übrigen auch außenpolitisch längst überfällig. Der ehemalige Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi hat doch recht, wenn er in einem aktuellen „FAZ“-Artikel empfiehlt – ich zitiere –:

Wenn Amerika aber seine Alleingänge in unserer Nachbarschaft fortsetzen will, dann muss Europa die Nato in ihrer heutigen Form politisch in Frage stellen und seine eigenen, unabhängigen außen- und verteidigungspolitischen Entscheidungen treffen.

So weit das Zitat von Klaus von Dohnanyi. Für diese Forderung wurden wir von Ihnen regelmäßig als regierungsunfähig beschimpft.

Aber sie ist doch richtig. Setzen Sie sich doch lieber für solche For-

derungen ein, als bedingungslos eine Kanzlerin zu stützen, die im Unterschied zu ihren Amtsvorgängern der US-Politik immer nur kritiklos hinterhergelaufen ist, die bis heute die Russland-Sanktionen verteidigt und die auf dem NATO-Gipfel den irren Aufrüstungsforderungen nachkommen will, die für Deutschland Mehrausgaben von über 30 Milliarden Euro pro Jahr bedeuten. Das ist übrigens genau der Betrag, der zusätzlich für eine gute Bildung in unserem Land investiert werden müsste, wenn wir diesbezüglich wenigstens den Durchschnitt der OECD-Länder erreichen wollten.

Aber Sturmgewehre und bewaffnungsfähige Drohnen sind Ihnen offenbar wichtiger als zusätzliche Lehrer und gut ausgestattete Schulen. Ich finde, das sagt alles über diese Regierung. Deswegen brauchen wir endlich einen politischen Neuanfang.

Beenden Sie dieses Konjunkturprogramm für Politikverdrossen, das nur dazu führt, dass sich immer mehr Menschen von der Demokratie abwenden. Wir wollen das nicht, und deswegen wollen wir eine andere Politik in diesem Land.

(Beifall bei der LINKEN)

Bei dieser falschen Politik ist sich diese desolante Koalition leider erschreckend einig.

Katrin Göring-Eckardt, Bündnis 90/Die Grünen:

Politik der Angst und Angstmache



Katrin Göring-Eckardt (*1966)
Landesliste Thüringen

Sie sind doch Regierungsparteien. Sie führen einen Streit um ein Phantom.

Sie führen einen Streit um einen Plan, den Ihre Leute in der CSU beschließen, ohne ihn zu kennen. Das ist unwürdig für die Demokratie schon an sich. Sie führen einen Streit auf Grundlage eines Gespenstes und stürzen das Land, stürzen die Regierung in eine Krise.

Man fragt sich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU: Was ist eigentlich der Plan? Sie machen sich gemein mit Orban, mit Salvini, mit Strache. Ihre Achse ist inzwischen die Achse der Nationalisten, der Abschotter, der Hasardeure, die Gräben schaufeln und diese immer weiter vertiefen. Es geht Ihnen nicht um den Zusammenhalt in diesem Land. Das ist das Hochgefährliche, das Sie hier gerade betreiben.

Wenn die Nationalisten am Werk sind, dann sind sie sich immer einig in der Ideologie: Da geht es immer gegen Europa, da geht es um Abschottung – keine Flüchtlinge – usw. Aber klar ist eben auch: Nationalisten werden

niemals kooperieren. Natürlich wird Herr Salvini keinen einzigen zurückgewiesenen Flüchtling aufnehmen. Was Sie machen, das ist Politik der Angst, das ist Politik der Angstmache. Daraus entsteht immer nur noch mehr Angst und niemals mehr Sicherheit. Das ist das Problem. Das ist die Gefahr, vor der Sie stehen.

Deswegen sage ich Ihnen ganz klar: Sie sind schon längst nicht mehr die Lösung des Problems, Sie sind die Ursache. Das sagt, wen wundert es, inzwischen eine Mehrheit der Bayern. „Was ist das Hauptproblem in Bayern? – Die CSU“, so sagen es die Bayern. Bingo, kann ich da nur sagen.

Ihnen sollte klar sein: Wenn Ihre Fraktionsgemeinschaft hier bricht, dann sind Sie noch näher dran an der AfD. Ich frage mich gerade, was Herr Kauder eigentlich gemeint hatte, als er sagte, man solle doch jahrzehntelange Errungenschaften jetzt nicht in Gefahr bringen. Meinte er die AfD oder die Kollegen von der CSU in den eigenen Reihen?

Aber der Riss geht inzwischen ja durch die gesamte Union. Das

macht mir noch mehr Sorgen. Wir haben in den letzten Tagen Reden gehört, auch hier in diesem Parlament, bei denen man merkte: Da war der Geist schon aus der Flasche. Da ging von einem Abgeordneten der CDU nach seiner Rede ein Augenzwinkern zu Herrn Gauland, so nach dem Motto: Habe ich doch prima gemacht. Da wird von Tourismus geredet – Herr Seehofer war gestern bei „Maischberger“; hier ist er heute offensichtlich nicht –, wenn es um Menschen geht, die gerade der Hölle entkommen sind. Wie weit sind wir in diesem Land eigentlich gekommen?

Frau Merkel soll jetzt im Rahmen eines Ultimatums einer Regionalpartei innerhalb von 14 Tagen eine Lösung finden. Sind Sie eigentlich von allen guten Geistern verlassen? Europa als Showdown – wo sind wir eigentlich?

Es ist richtig: Frau Merkel, Ihre Politik ist viel zu lang von scheinbar Unvermeidlichem, von Alternativlosigkeit geprägt gewesen, viel zu lange davon geprägt gewesen, dass Sie nicht erklärt und nicht für Ihre Überzeugung gekämpft haben. Es stimmt: Wir teilen vieles nicht, was Sie gemacht oder eben auch unterlassen haben. Ökologisch waren Sie allenfalls lau. Europäisch war es zu wenig Europa. Das ist falsch, und das rächt sich jetzt, erst recht, wenn auf der anderen Seite ein Trump steht, der die Blaupause bildet für

Egoismus, für Nationalismus und für Ausgrenzung.

Frau Merkel, Sie haben übersehen, wer wirklich Hilfe braucht; die armen Kinder zum Beispiel. Sie haben sich immer wieder dem rechten Flügel in Ihrem eigenen Laden gebeugt, weil immer noch eins draufgelegt wurde, so nach dem Motto: Sie müssen noch immer angebliche Fehler von 2015 gutmachen. – Das alles kritisieren wir.

Aber ich sage Ihnen auch, was gar nicht geht: Herr Dobrindt, Herr Seehofer, Herr Söder, Ihnen geht es – das steht Ihnen doch auf der Stirn geschrieben – nicht um eine Sachfrage, Ihnen geht es darum, dass Merkel wegkommt, damit Sie endlich freie Bahn haben.

Denn Sie wollen ein anderes Land: Sie wollen ein Land mit Abschottung, mit Egoismus, ohne Kooperation und ohne Zusammenhalt. Deswegen sage ich Ihnen: Besinnen Sie sich endlich! Kommen Sie zur Vernunft, und steigen Sie aus dieser Spirale der Unvernunft aus!

Sie setzen gerade alles aufs Spiel für eine einzige billige alte Rechnung. Und weil es jetzt mit den kleinen Verrücktheiten nicht mehr geht – früher hat es ja gereicht, mit der Pendlerpauschale, der Ausländermaut oder der Obergrenze zu kommen – und da das

Fortsetzung auf nächster Seite

alles nicht mehr funktioniert, drehen Sie jetzt das ganz große Rad. Jetzt geht es um alles. Ich kann Ihnen nur zurufen: Diesen Streit können Sie nicht gewinnen. Sie können ihn nur beenden.

In Richtung Frau Merkel sage ich: Es heißt ja immer, der Klügere oder die Klügere gibt nach. Es kann aber sein, dass, wenn man einmal zu viel nachgibt, dann nur noch die Dummen übrig sind.

Was bedeutet denn das Ende des Multilateralismus? Das heißt, es gibt eben keine Europäische Kommission mehr, die sich darum kümmert, dass man verhandelt. Man sieht doch an den USA, was passiert: Handelskrieg und Unilateralismus. Das heißt, es gilt immer nur das Recht des Stärkeren.

Das Allerwichtigste gerät gerade in Vergessenheit: Es gibt auch keinen unilateralen Frieden. Denn was sind denn die offenen Grenzen in Europa anderes als das Vertrauen, das die europäischen

Nachbarn gegenseitig haben? Wir wissen, dass mit der Zurückweisung an Grenzen überhaupt nichts gelöst wird. Die Flüchtlingsfrage ist eine Frage, die wir europäisch, ja global lösen müssen, aber eben nicht durch Abschottung, Frau Merkel.

Ich frage mich vor allem eines in dieser Debatte, der ich heute die ganze Zeit sehr genau zugehört habe: Wo bleibt eigentlich die Humanität?

Sie haben hier von Ordnung, von Steuern, von Abschottung und von Sicherheit geredet. Aber es geht um Menschen. Es geht um Menschen, die sich aufs Mittelmeer begeben und dort tagelang rummäändern.

Und am Schluss sind es die Seentretter, die kriminalisiert werden. Wo sind wir eigentlich? In welchem Land leben wir hier eigentlich inzwischen?

Wir haben einen Innenminister, der nicht einmal auf die Idee

kommt, dass er jemanden aufnehmen könnte. Wir hören jetzt hier: Dann schickt sie doch zurück nach Libyen. – Nach Libyen? Meinen Sie das wirklich ernst?

Dort, wo Menschen vergewaltigt und gefoltert werden, wo Menschen sagen: „Wir setzen unser Leben aufs Spiel, weil wir es nicht mehr aushalten können“? Das ist doch zynisch, meine Damen und Herren!

Man könnte jetzt einmal ganz nüchtern konstatieren: Herr Seehofer ist seit 100 Tagen im Amt und hat nichts auf die Reihe gekriegt. 100 Beamte langweilen sich in der Heimatabteilung des Innenministeriums.

Die Wohnkrise spitzt sich zu. Den Integrationsgipfel schwänzt er. Die Integration selbst behindert er mit seinen Sprüchen zum

Islam.

Herr Seehofer, Sie werden sich das ja irgendwann anhören müssen, was hier über Sie gesprochen wird. Ich kann nur eines sagen: Sie sind Bundesinnenminister. Und dieses Ministerium ist nicht die Nebenwahlkampfzentrale der CSU. Schade, dass man das erst sagen muss.

Von außen betrachtet sieht das, was Sie hier machen, aus wie der helle Wahnsinn. Wir hätten wirklich viel zu tun: in der Pflege, in der Digitalisierung, beim Klimaschutz und, und, und. Herr Dobrindt, ich hätte mir gewünscht, dass Sie, wenn es um die Autoindustrie in Deutschland geht, genauso viel Engagement zeigen, wie Sie es tun, wenn Sie über Asylanwälte reden. Da könnten Sie sich wirklich

einmal mit ganzer Kraft engagieren.

Wenn einem der Wind so richtig ins Gesicht bläst, dann muss man die Segel erst recht setzen und einen klaren Kurs einschlagen. Ich sage Ihnen eins: Es lohnt sich, für die Zuversicht und für die Geborgenheit in Europa zu kämpfen. Es sind viele, die das wollen in diesen Zeiten. Dieses Land und seine Demokratie, seine Zivilität und seine Beharrlichkeit werden durch die Hetzer von der AfD und die Spalter von sonst woher nicht schwächer. Sie werden stärker.

Schreiben Sie sich das hinter die Ohren! Deswegen sage ich noch einmal: Besinnen Sie sich!

Und ich sage Ihnen noch eins: Einigkeit und Recht und Freiheit! Anscheinend muss man Sie daran erinnern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Einigkeit und
Recht und
Freiheit! An-
scheinend muss
man Sie daran
erinnern.**

Alexander Dobrindt, CSU:

Kein Nachholbedarf an Humanität innerhalb der EU



Alexander Dobrindt (*1970)
Wahlkreis Weilheim

Katrin Göring-Eckhardt. Nein, ob wir Bayern, Niedersachsen, Sachsen oder Saarländer sind – das alles sind die Regionen unserer Heimat, aber Deutschland ist unser Vaterland und Europa die Gegenwart und Zukunft von uns allen. Diese Auffassung sollten wir gemeinsam teilen.

Und glauben Sie mir: Diese Kombination ist das Rezept gegen all diejenigen, die diese Vision Europas der Vaterländer infrage stellen. Genau das ist das Rezept gegen die Reaktionäre, die unser europäisches Band lösen und zurück ins Nationale wollen, gegen die EU-Romantiker, die einen europäischen Einheitsstaat wollen.

Das ist das Rezept gegen diejenigen, die uns in eine Sackgasse manövrieren wollen und damit das, was wir uns an nationaler Souveränität, an Wohlstand, an Frieden und Freiheit erarbeitet haben, in Gefahr bringen.

Ja, es stimmt, Frau Göring-Eckhardt, wir orientieren uns an Franz Josef Strauß. Wir orientieren uns bei den Fragen Europas auch an Konrad Adenauer und an Helmut Kohl und an den mit diesen Namen verbundenen Visionen von einem gemeinsamen Europa.

Ich sage Ihnen aber auch: Ich hätte von Ihnen eigentlich mehr

als belehrende Worte für uns alle erwartet. Ich hätte erwartet, dass Sie die zentralen Themen Ihrer Politik darstellen und erläutern, wie wir mit Migration, einer der großen Herausforderungen, umgehen sollen.

Sie haben bis heute nicht erklärt, was Sie eigentlich meinen mit Ihrem Programm: keine Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten, weniger Abschiebungen, eine Untergrenze für Flüchtlinge. Was meinen Sie mit einer Untergrenze für Flüchtlinge? 5 Millionen oder 10 Millionen? Wie viele von den 70 Millionen wollen Sie denn hier aufnehmen? Das, was Sie fordern, ist der Wegweiser zum Kontrollverlust in diesem Land. Das gehört zur Wahrheit.

Ja, wir stehen vor einem Gipfel. Zur Vorbereitung dieses Gipfels hat der deutsch-französische Ministerrat in Meseberg Grundlagen beschlossen, die wichtige Elemente enthalten: der Weg zur Verteidigungsunion, der Schutz der Außengrenzen, eine Zusammenarbeit bei Innovationen, künstlicher Intelligenz und vielem anderen mehr, Bereiche, die wir unterstützen, weil sie zwingend zu einem erfolgreichen Europa gehören.

Dazu gehört übrigens auch die Weiterentwicklung des ESM zu einem europäischen Währungsfonds. Ja, das ist ein richtiger Weg, den wir gehen müssen. Wir müssen aber darauf achten, dass wir über all diesen Elementen, die ein

Vorteil für Europa sein können, nicht die Kontrolle verlieren.

Deswegen ist es für uns so bedeutsam und wichtig, dass die Kontrollrechte des Deutschen Bundestages, auch wenn es um Unterstützungsmittel geht, die in Europa über einen ESM oder einen europäischen Währungsfonds eingesetzt werden, stets erhalten bleiben.

Ja, wir unterstützen das, was wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben: einen Investitionshaushalt für die europäische Gemeinschaft, auch für die Euro-Zone. Wir brauchen ein stärkeres Maß an Investitionen in die Sicherheit, in die Infrastruktur und in die Digitalisierung, aber wir werden auch darauf achten, dass es sich hier nicht um ein Geschäft handelt, das nationale Investitionen einspart und durch europäische Investitionen ersetzt. Wer am Schluss daran glaubt, dass er nationales Geld durch europäisches Geld ersetzen kann, der schafft nicht mehr Investitionen und Innovationen in Europa, sondern der sorgt nur dafür, dass es ein anderer bezahlt.

Das gilt auch für das Element, das sich in dem Papier von Meseberg wiederfindet, eines Prüfauftrages für eine europäische Arbeitslosenversicherung. Meine Damen und Herren, wir wissen, dass sich Arbeitslosigkeit, Konjunktur, Wachstum in den europäischen Ländern sehr unterschiedlich entwickeln. Deswegen brauchen wir ja diese Investitionen, die wir gemeinsam stemmen wollen; aber wir müssen auch darauf achten, dass es nicht zu einer Fehlentwicklung kommt, die heißt, dass Beitragsgelder deutscher Arbeitnehmer für die Kosten der Arbeitslosigkeit in anderen Ländern Europas eingesetzt werden.

Einer Vergemeinschaftung der Sozialversicherung werden wir nicht zustimmen. Es bleibt dabei: Die Sozialversicherung ist ein nationales Element.

Wir erleben seit vielen Jahren einen Migrationsdruck an den Außengrenzen der Europäischen Union. Dieser Migrationsdruck, der in Wellenbewegungen stattfindet, der wieder stärker werden kann und vielleicht auch schon wieder stärker wird, kann nur dadurch gesenkt werden, dass wir unsere Außengrenzen schützen. Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe für Europa. Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die parallel neben nationalen Aufgaben, die wir wahrnehmen, stehen muss, um keine Überforderungen im Bereich der Migration zu bekommen. Die aktuelle Situation, die man damit umschreiben kann, dass, wer einmal seinen Fuß auf europäischen Boden setzt, gehen kann in welches Land auch immer er will, ist nicht dauerhaft akzeptabel. Denn in vielen, vielen, in den meisten Fällen – das muss man heute sagen – heißt dieses Land Deutschland.

Meine Damen und Herren, zu dem Hinweis, den ich vielerorts immer wieder gehört habe, wir würden die Mittelmeerländer und die Länder an den Außengrenzen unserer europäischen Gemeinschaft, alleine lassen, sage ich: Das ist schlichtweg falsch. Mehr als die Hälfte aller Migranten, die nach Europa gekommen sind, sind in Deutschland und nicht in den anderen 27 Ländern der Europäischen Union. Deswegen sage ich: Wir haben keinen Nachholbedarf an Humanität innerhalb der Europäischen Union.

Wir begrüßen, dass es Fortschritte gibt auf dem Weg zur ge-

Einer Vergemeinschaftung der Sozialversicherung werden wir nicht zustimmen.

Die größte Herausforderung unserer Zeit ist die Globalisierung. Globalisierung, Digitalisierung, Migration und Zusammenhalt in Europa können wir nur in einem Europa der Einigkeit bewältigen. Unsere nationale Souveränität und unsere kulturelle Identität lassen sich nur dann erhalten, wenn wir auch weiterhin einen starken Schulterschluss mit den Staaten der Europäischen Union halten und für ein gemeinsames Europa kämpfen. Das ist der Traum unserer Vorväter, die für Europa gearbeitet haben.

Wir sind beides: stolze Europäer und deutsche Patrioten.

Das ist kein Widerspruch, Frau

meinsamen Verantwortung in Europa bei der Migrationspolitik. Beim EU-Treffen am vergangenen Sonntag hat sich Bewegung gezeigt, gerade auch beim Thema Schutz der Außengrenzen. Dass Frontex zu einer europäischen Grenzpolizei weiterentwickelt wird, ist eine absolute Schlüsselfrage, die wir ausdrücklich unterstützen. Das Prinzip „Ohne sichere Grenzen nach außen keine offenen Grenzen nach innen“ ist inzwischen weitestgehend Konsens in Europa. Deswegen möchte ich ausdrücklich sagen, dass wir die Bundesregierung bei ihren Bemühungen unterstützen, vor dem

Gipfel europäische Vereinbarungen zu treffen, die dafür sorgen, dass wir weniger Migration nach Europa erleben. Beides gehört zusammen: europäische Lösungen und nationale Maßnahmen. Beides gehört zusammen: ein Marshallplan für Afrika, wie ihn Bundesminister Müller vorgestellt hat, und die Anwendung von gültigem Recht an unseren Grenzen. Beides gehört zusammen, wenn wir uns langfristig auch vor Migration, illegaler Migration schützen wollen. Deswegen bleiben wir dabei, dass wir dafür sorgen müssen, neben den Initiativen auf europäischer Ebene jetzt auch die Anwendung

des geltenden Rechts an unseren Grenzen umzusetzen. Das heißt auch, dass diejenigen, die in einem anderen Land in Europa ihr Asylverfahren durchführen müssen, an unseren Grenzen zurückzuweisen sind.

Das ist nichts anderes als die nationale Umsetzung einer europäischen Lösung.

All denjenigen, die davor warnen, dies zu tun, sage ich: Meine Damen und Herren, unsere französischen Kollegen und Präsident Macron, der ja beileibe nicht unter dem Verdacht steht, ein Antieuropäer zu sein, wenden dieses europäische Recht national an, im

letzten Jahr mit über 80 000 Zurückweisungen an den französischen Grenzen. Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn wir heute nicht in der Lage wären, diese europäische Lösung national zur Anwendung zu bringen, dann stellten wir doch gerade auch zukünftige europäische Lösungen infrage. Das wollen wir nicht. Wir wollen eine Gemeinsamkeit der europäischen Lösungen und der nationalen Lösungen erreichen. Deswegen wünschen wir der Bundesregierung ausdrücklich viel Erfolg, auch beim Gipfel. Wir begleiten es positiv, europäische Lösungen zu ermöglichen. Wir wollen aber auch

die Umsetzung der nationalen Lösungen erreichen. Im Lichte der Ergebnisse des europäischen Gipfels werden wir darüber beraten, welche nationalen Maßnahmen umzusetzen sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen zudem die Abgeordneten Rüdiger Lucassen (AfD), Sebastian Hartmann (SPD), Jürgen Hardt (CDU/CSU), Frauke Petry (fraktionslos) und Thorsten Frei (CDU/CSU).

Debatte zu den Energie- und Klimaschutzziele/ 42. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 28. Juni 2018

Karsten Hilse, AfD:

Klima wandelt sich auch ohne Zutun des Menschen



Karsten Hilse (* 1964)
Wahlkreis Bautzen I

dem auch, welches Ergebnis man erwarte, nämlich wissenschaftlich zu belegen, dass der Klimawandel gefährlich, weil riskant sei, und vor allem, dass er von Menschen gemacht werde. Genau so steht es im Mandat des IPCC.

Und was tun einige Wissenschaftler, wenn es um Milliarden und Abermilliarden für ihre Forschung geht, was unter Klimawissenschaftlern gehäuft vorkommt? Sie forschen nach der Devise: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.

Wir alle müssen aber feststellen, dass es trotz milliardenschwerer Forschungen in den 30 Jahren nicht ein einziges Mal gelungen ist – nicht ein einziges Mal! –, die Annahme zu beweisen, dass der Mensch mit seinen CO₂-Emissionen die Welttemperatur nennenswert oder auch nur messbar beeinflusst. Und auch wenn es einige nervt, wiederhole ich mich hier gern: Die einzigen Beweise stammen aus Klimacomputermodellen. Das Klima wandelt sich seit Jahrtausenden, und zwar ohne Zutun des Menschen; aber das nur am Rande.

Mein eigentliches Thema ist die unverantwortliche, ja asoziale Politik – hochtrabend „Klimaschutzpolitik“ –, die seitdem unter allen Regierungen, besonders aber unter denen, an denen die Klimakanzlerin – sie ist nicht mehr da – beteiligt war und ist, rücksichtslos vorangetrieben wird. Aktuelles Beispiel ist die Kohleausstiegskommission. Offiziell heißt sie natürlich: Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“. Aber machen wir uns

nichts vor: Die Kommission hat die Aufgabe, den schnellstmöglichen Kohleausstieg vorzubereiten – und das nicht nach dem Prinzip von Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit oder wirtschaftlicher Vernunft, sondern links-grün ideologisch getrieben; das zeigt schon die Zusammensetzung dieser Kommission.

Unter dem Deckmantel dieser Klimaschutzpolitik nutzt man ihre grandiosen Möglichkeiten, das Vermögen der Welt, vor allem aber unser Vermögen umzuverteilen, und zwar nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben. Die Reichen werden auf Kosten der Armen reicher gemacht. Sie lädt der Bevölkerung riesige Belastungen auf unter dem hehren Vorwand, unsere CO₂-Emissionen für den sogenannten Klimaschutz senken zu müssen, und sieht ungerührt zu, verlangt sogar mehr von denselben, deren Kosten sich zu riesigen Beträgen – Hunderte Milliarden, bald Billionen – summieren, aber weder eine spürbare Senkung der Emissionen bewirken noch irgendeinen Einfluss auf das sogenannte, nur in den Köpfen von Klimaideologen existierende Weltklima haben.

Denn Tatsache ist – da müssen Sie mir zustimmen –: Die deutschen Emissionen bleiben seit 2008, das heißt seit zehn Jahren, mit Schwankungen, plus/minus 2 Prozent, stabil. Alle Anstrengungen, sie zu senken, blieben ergebnislos, obwohl sich in der gleichen Zeit die installierte Leistung der sogenannten Erneuerbaren auf

sagenhafte 114 Gigawatt nahezu verdreifacht hat, zusätzlich zu den dringend gebrauchten – Strom lässt sich nicht speichern – 80 Gigawatt aus konventionellen Kraftwerken, versteht sich, und daher eigentlich vollkommen überflüssig.

Doch auch wenn unsere Emissionen auf nahe null gesenkt würden, wie es die große Transformation vorsieht und wie es als Staatsziel im sogenannten Klimaschutzplan 2050 festgeschrieben ist, und auch nur dann, wenn man dem Dogma der Ideologie von der menschengemachten Erwärmung folgte, würde der deutsche Senkungsbeitrag zwar zur völligen Verarmung des größten Teils unserer dann vermutlich Multikultivölkerung führen, aber rechnerisch nur zu einer Verringerung des Anstiegs der sogenannten Welttemperatur irgendwann in ferner Zukunft um 0,000653 Grad Celsius führen – ein Wert, der weder messbar noch fühlbar ist, also praktisch nicht vorhanden ist. Den vielen Politikern, von denen ich höre: „Auch wenn es nur 0,000653 Grad Celsius sind, müssen wir trotzdem als Vorbild vorschreiten“, kann ich nur sagen, bei allem nötigen Respekt: Sie haben offensichtlich Ihren Realitätsinn verloren.

Niemand – niemand! – folgt uns. In 62 Ländern werden derzeit 1 600 Kohlekraftwerke neu gebaut oder erweitert. Man greift sich im Ausland an den Kopf, wie man eine stabile Stromversorgung in so wenigen Jahren derart ruinieren und destabilisieren kann, reibt sich schon die Hände und wartet, wann denn endlich auch das letzte Grundlastkraftwerk abgeschaltet wird, damit die Deutschen end-

lich den Kohle- und den Kernkraftwerksstrom aus dem Ausland einkaufen müssen.

Einstein hat den Satz geprägt: Eine Definition von Wahnsinn ist, immer das Gleiche zu versuchen und andere Ergebnisse zu erwarten. – Auch nach dieser Definition ist die sogenannte Klimaschutzpolitik, höflich gesprochen, nur als wahnsinnig zu bewerten.

Im normalen Leben würde man sie „unverantwortlich“ oder sogar „asozial“ nennen; denn offen wahnsinnig sind die Protagonisten dieser Politik ja nicht. Aber sie reiht sich nahtlos ein in andere unverantwortliche Politik, die diese Kanzlerin und ihre Unterstützer betreiben, wie

zum Beispiel die unverantwortliche Euro-Rettungspolitik oder – wenn man „unverantwortlich“ noch steigern könnte – die noch unverantwortlichere Migrationspolitik. Deswegen fordern wir von der AfD zum Wohle unserer Menschen – das richtet sich an die SPD –: Machen Sie endlich wieder Politik für Ihre Stammklientel. Lassen Sie nicht länger zu – Sie nehmen sogar aktiv daran teil –, dass gläubige Ideologen Sie unter dem Deckmantel des Klimaschutzes enteignen. Und an die Noch-Kanzlerin: Hören Sie endlich auf mit dieser verantwortungslosen Politik, auch Klimaschutzpolitik. Werden Sie endlich wieder Ihrem Amtseid gerecht, oder treten Sie zurück.

An alle Vernünftigen in diesem Hohen Haus – aus persönlichen Gesprächen weiß ich, dass es einige davon auch in der Klimaschutzpolitik gibt: Stimmen Sie unserem Antrag zu, auch wenn er von der AfD kommt!

(Beifall bei der AfD)

Die deutschen Emissionen bleiben seit 2008, mit Schwankungen stabil.

Dr. Anja Weisgerber, CDU/CSU:

Chancen der Klimainnovationen nutzen



Anja Weisgerber (*1976)
Wahlkreis Schweinfurt

Die AfD-Fraktion fordert in ihrem Antrag die Abkehr von allen Gesetzen und Verordnungen in der Klimapolitik, die Aufgabe aller Klimaziele, die Beendigung aller nationalen und internationalen Verpflichtungen und die Entlassung aller Klimamanager und Mitarbeiter in ganz Deutschland, die sich mit diesem Thema befassen – „sozialverträglich“, schreiben Sie in Ihrem Antrag – und das mit der Begründung, CO₂ ist das „Gas des Lebens“.

So gut wie alle Wissenschaftler weltweit sagen, dass Klimagase wie CO₂ den Klimawandel befördern und dieser auch menschengemacht ist. Sie sind die einzige Partei im Bundestag, die den Klimawandel komplett verleugnet.

All das, was Sie in Ihrem Antrag fordern, ist verantwortungslos. Sie sagen, der Klimawandel ist nicht menschengemacht. Aber er ist auch menschengemacht.

Ich sage es noch mal: Das, was Sie machen, und das, was Sie in Ihrem Antrag formulieren, ist verantwortungslos gegenüber unseren Kindern und Enkelkindern.

Und jetzt zu den Details. Eines ist richtig: Pflanzen verwandeln mithilfe von Sonnenlicht CO₂ und Wasser zu Biomasse – das ist Fotosynthese. Grundsätzlich gibt es diesen Düngereffekt durch CO₂. Es ist aber schon so, dass er viel geringer ist als gedacht. Was im Labor stimmt, ist in der Natur wesentlich komplizierter.

Zu den Studien im Labor, die Sie in Ihrem Antrag zitieren – Sie sehen, ich habe mich intensiv damit auseinandergesetzt –: Feldstudien in der Natur kommen zu etwas anderen Ergebnissen. Sie zeigten, dass das Pflanzenwachstum durch CO₂ um den Faktor 2 überschätzt wurde. Außerdem: Keine Pflanze lebt allein von CO₂; sie braucht auch Nährstoffe aus dem Boden. Diese Nährstoffe nehmen

dann nicht analog zum CO₂ zu. Die negativen Effekte des Klimawandels führen zu Trockenheit, Stürmen und Ernteeinbußen. Sapplopp gesagt: Selbst wenn die Pflanzen mehr wachsen würden, würden sie verdorren und vertrocknen.

Eines steht fest: Das Schutzschild aus CO₂ verhindert, dass die Erde zu viel Wärme abgibt – richtig! Das ist der natürliche Treibhauseffekt, der wichtig ist. Sonst hätten wir eine mittlere Temperatur auf der Erde von circa -18 Grad. Aber generell gilt: Ein Zuviel an CO₂ führt dazu, dass sich die Erde zu stark erwärmt. Das ist die globale Erwärmung mit allen negativen Folgen, die drohen:

Anstieg des Meeresspiegels, bedrohte Inselstaaten, Dürren und die Zunahme von Unwettern.

Noch mal: Es ist erschreckend, dass Sie sich in allen Ihren Reden hier im Deutschen Bundestag zur Klimapolitik – auch ich habe in dieser Legislatur schon oft gesprochen – fast nie mit den Klimagesetzen befassen.

Das Einzige, was Sie können, ist, Ihre Redezeit darauf zu verwenden – um nicht zu sagen: darauf zu verschwenden –, wie gut angeblich CO₂ ist. Der überwiegende Teil der Wissenschaftler sagt etwas anderes, nämlich, dass CO₂ und Klimagase den Klimawandel auslösen und dass dieser – ja! – auch menschengemacht ist.

Noch ein letztes Argument: Früher erwärmte sich das Klima alle 1 000 Jahre um 1 Grad, jetzt alle 100 Jahre um 1 Grad. Die Erderwärmung findet also statt. Ihre rückständige Haltung entspricht auch nicht dem, was die Mehrheit der Bevölkerung sagt:

Wir müssen dem Klimawandel entgegenreten, und zwar konsequent und natürlich im Hinblick auf die Auswirkungen auf die Wirtschaft und auf die Arbeitsplätze. Wir dürfen das Kind nicht mit dem Bade ausschütten, aber wir müssen unsere Ziele erreichen und unseren Weg konsequent weitergehen, und zwar auf internationaler, auf europäischer und auf nationaler Ebene, werte Kollegen von der AfD.

Jetzt kann man sich hinstellen, wie Sie es gemacht haben, Herr Hilse, und sagen: Deutschland steht ja nur für 2 Prozent der Treibhausgasemissionen. Ja, es stimmt, dass wir nur für 2 Prozent stehen; das sage auch ich. Aber Deutschland hat als Industrienati-

on eine wichtige Rolle in der internationalen Klimapolitik, alle schauen auf uns.

Alle schauen darauf, wie wir unsere Rolle gestalten und wie wir beides schaffen: Wirtschaftswachstum und Energiewende bzw. Minderung der Treibhausgasemissionen. Wir haben eine Vorbildfunktion, und die gilt es auszugestalten.

Wenn man nur auf Anpassungsmaßnahmen setzt, wie Sie das in Ihrem Antrag fordern, dann werden auch – das ist doch das Entscheidende – die Entwicklungs- und Schwellenländer, die gerade ihre Wirtschaft aufbauen, zusammen mit allen Ländern, die für die restlichen 98 Prozent der Treibhausgasemissionen stehen, sagen: Dann können wir unsere Wirtschaft doch gleich ausschließlich mit fossilen Energien aufbauen. – Dann liegt die Erderwärmung nicht nur bei 3 Grad, sondern noch viel höher. Und dann könnten wir einpacken, meine Damen und Herren. Das können auch Sie nicht wollen.

Dr. Lukas Köhler, FDP:

Freier Wettbewerb um die besten Ideen



Lukas Köhler (*1986)
Landesliste Bayern

Die AfD will also über eine faktenbasierte Klimapolitik sprechen. Gute Idee! Da nehmen wir doch als Basis einfach die 97 Prozent der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sagen, dass es den menschengemachten Klimawandel gibt und dass wir ihn nur bekämpfen können, wenn wir schnell und entschlossen handeln. Meine Damen und Herren, daher

Ihre Forderung, die Klimaziele aufzugeben, ist eine komplette Kapitulation vor dem stattfindenden Klimawandel. Und: Es ist ein Schlag ins Gesicht von all denjenigen Menschen, für die das Thema Klimawandel eine Existenzfrage ist.

Die Menschen, die ihre Lebensgrundlage verlieren, sind die Klimaflüchtlinge von morgen, meine Damen und Herren. Die machen sich nämlich auf den Weg.

Man muss auch gar nicht in die Ferne schauen: In meinem Heimatort hat es vor wenigen Wochen ein so starkes Unwetter gegeben, dass es allein in einem kleinen Ortsteil 200 Feuerwehreinätze gegeben hat, weil die Keller vollgelaufen sind, teilweise auch die Erdgeschosse.

Man kann Wetter und Klima nicht komplett gleichsetzen, das stimmt. Aber die Experten sagen, dass die Zahl der Extremwetterereignisse in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Das ist einfach Fakt.

Wir bekennen uns weiterhin zu unseren Klimazielen – national, europäisch und international. Wir sagen, dass wir die Klimaschutzlücke so weit wie möglich schließen

wollen und dass wir das Klimaziel 2030 in jedem Fall erreichen wollen, meine Damen und Herren. Deshalb ist es wichtig, dass wir schon heute den richtigen Weg einschlagen.

Die Wirtschaft kann Wandel; das hat sie in der Vergangenheit bewiesen bei der Industrialisierung und jetzt bei der laufenden Digitalisierung.

Gerade die Wirtschaft braucht Planungssicherheit, braucht Investitionssicherheit

Auch die Entwicklung von Umwelt- und Klimainnovationen ist eine Riesenchance, die es zu nutzen gilt, weil dabei Arbeitsplätze entstehen. Gerade die Wirtschaft braucht Planungssi-

cherheit, braucht Investitionssicherheit. Eines ist klar: Die Aufgabe der Klimaziele, die Abschaffung aller Gesetze zum Klimaschutz, ist genau das, was eben keine Planungssicherheit bringt.

Deswegen: Wir machen uns auf den Weg; wir nutzen die Chancen, die sich aus den Klimainnovationen und deren Entwicklung ergeben. Das ist unser Weg. Wir setzen auf Anreize und nicht auf Verbote und das nicht nur national, sondern auch im europäischen und internationalen Kontext.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

sollten wir keine Zeit mit der Frage verschwenden, ob wir Klimapolitik machen. Lassen Sie uns vielmehr darüber reden, wie wir Klimapolitik machen.

Denn auch, wenn wir uns als Freie Demokraten mit den anderen vernünftigen Fraktionen und der Linken einig sind, dass wir das Pariser Klimaabkommen einhalten wollen, so liegen wir doch bei der Frage nach dem Wie in unseren Vorstellungen oft weit auseinander. Lassen Sie mich zwei Wege vorstellen, wie man damit umgehen kann.

Der erste Weg ist die Detailsteuerung. Da wird versucht, alles bis ins letzte Detail zu regeln, zu lenken, zu verbieten und zu subventionieren. Und am Ende haben wir allerlei Bereiche kleinteilig geregelt, aber alles läuft nebeneinander her und nichts passt zusammen. Das ist die bisherige Klimapolitik in Deutschland; und die ist teuer, die ist ineffizient, und am Ende werden die Ziele

dann doch nicht eingehalten, wie der aktuelle Klimaschutzbericht der Bundesregierung gezeigt hat.

Wir schlagen einen anderen Weg vor. Und das, meine Damen und Herren, ist der Weg über die Mengensteuerung. Das bedeutet: Wir geben als Politik nur vor, wie viel CO₂ insgesamt ausgestoßen werden darf. Damit haben wir die Definition eines Gesamtbudgets.

Daraus ergibt sich jetzt die Frage: Wie wird dieses Gesamtbudget verteilt? Meine Damen und Herren, hier greift eine einfache Weisheit unseres Parteivorsitzenden: Die besten Problemlöser sind diejenigen, die direkt mit der Umsetzung zu tun haben. Wir müssen also die Verteilung des Budgets den Tüftlern, Technikern und Ingenieuren überlassen.

Und das funktioniert am effizientesten in einem freien Wettbewerb um die besten Ideen. Wir teilen das Budget in Zertifikate auf, die pro Tonne ersteigert werden müssen. Wer es also schafft, die

wenigsten Zertifikate zu verbrauchen, der spart am Ende des Jahres auch am meisten Geld. Aber, meine Damen und Herren, der springende Punkt dabei ist nicht die Frage der Verteilung, sondern, dass es nur so viele Zertifikate gibt, wie es das Budget zulässt. Nicht mehr und nicht weniger.

Was ist also die aktuelle Herausforderung für die Politik? Wir haben bereits einen funktionierenden Zertifikatehandel, den EU ETS. Dieser erreicht bereits zielge-

nau das ihm vorgegebene Teilbudget.

Um aber auf diesem Weg unsere Klimaziele sicher und effizient zu erreichen, müssen wir aus dem aktuellen Teilbudget, das nur den Energie- und Industriesektor umfasst, ein wirkliches Gesamtbudget machen. Dieses muss dann also alle Emissionen und daher dringend auch den Verkehrs- und Wärmesektor umfassen. Wenn wir aber dieses Gesamtbudget haben und es auf die Pariser Klimaziele

ausrichten, dann werden wir diese auch erreichen.

Meine Damen und Herren, das Gegenargument, das immer wieder vorgebracht wird, lautet, dass im Emissionshandel der Preis zu niedrig ist. Wer dieses Argument nutzt, hat den Wirkmechanismus der Mengensteuerung nicht verstanden. Der Punkt ist doch nicht, wie hoch der Preis ist. Für das Klima ist es egal, wie viel 1 Tonne CO₂ kostet. Wichtig ist einzig und allein, dass das Budget eingehal-

ten wird.

Das gelingt auch, weil die Strafen für Emissionen ohne Zertifikate so hoch sind, dass es günstiger ist, den CO₂-Ausstoß zu verringern und damit die besten, effizientesten und effektivsten Lösungen zu finden.

Meine Damen und Herren, in so vielen klugen Köpfen dieses Landes schlummern so viele gute Ideen. Lassen wir sie in den Wettbewerb miteinander treten! Denn dieser war schon immer am bes-

ten dazu geeignet, die besten Lösungen hervorzubringen und die besten Potenziale zu heben. Lassen Sie uns wirtschaftliche Anreize setzen, statt alles bis ins Detail zu regulieren! Und lassen Sie uns lieber heute als morgen damit beginnen!

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Marie-Luise Dött [CDU/CSU])

Klaus Mindrup, SPD:

Wir müssen ein innovationsfähiges Land sein



Klaus Mindrup (*1964)
Landesliste Berlin

Am Montag dieser Woche hatte ich einen sehr interessanten Termin in meinem Wahlkreis. Unter dem Mauerpark wird ein riesiger Stauraumkanal gebaut, um anfallendes Regenwasser zu speichern. Wir haben nämlich in Berlin angeblich Jahrhundertregenereignisse fast jedes Jahr. Der Klimawandel ist also auch hier schon spürbar, und die Stadt Berlin muss zig Millionen Euro investieren, um mit den Folgen umzugehen.

Parallel drohen in diesem Jahr große Ernteschäden in Brandenburg und Mecklenburg, weil zu wenig Regen fällt, parallel steigen global die Temperaturen, und parallel bauen wir an der Nordseeküste höhere Deiche. In anderen Ländern gibt es viel dramatischere Entwicklungen. Aber zu all dem sagt die AfD: Dies hat nichts mit menschlichem Handeln zu tun, nichts mit dem Ausstoß von Kohlendioxid und anderen klimarelevanten Gasen.

Schauen wir einmal zehn Jahre zurück und uns die damaligen Prognosen der Klimaforscher an. Sie haben gesagt: Mit steigender CO₂-Konzentration gibt es mehr extreme Regenereignisse, erhöhte Temperaturen, mehr Trockenperioden, einen Anstieg des Meeresspiegels. All das tritt jetzt ein. Wir standen schon einmal vor ei-

ner ähnlichen globalen Bedrohung, nämlich der Gefährdung der Ozonschicht durch Fluorchlorkohlenwasserstoffe. Die internationale Gemeinschaft hat unter anderem mit dem Montrealer Protokoll darauf eine klare Antwort gefunden. Auch damals gab es Interessenvertreter, die gesagt haben: Ist ja gar nicht erwiesen. Wir können warten. Es gibt andere Ursachen. – Aber die haben sich glücklicherweise nicht durchgesetzt; sie lagen nämlich falsch. Wenn sie sich durchgesetzt hätten, wäre das eine Katastrophe gewesen.

Ich sage Ihnen deutlich: Jeder hat das Recht auf eine eigene Meinung; aber keiner hat das Recht auf eigene Fakten. Ich sage Ihnen aber auch: Wir müssen besser werden. Das Verfehlen der Klimaschutzziele 2020 muss für uns ein Weckruf sein. Gut gemachter Kli-

maschutz ist ein Beschäftigungsmotor und nicht nur gut für die Umwelt, sondern auch gut für unsere Volkswirtschaft und gut für die Menschen in unserem Land. Seien wir doch nicht so pessimistisch. Das Aachener Modell, nach dem erstmals kostendeckend Solarenergie vergütet worden ist, ist im Jahr 1992 mit 2 D-Mark pro Kilowattstunde gestartet. Die letzten Ausschreibungen haben einen Preis von durchschnittlich 4,67 Cent für Photovoltaik ergeben, zum Teil lag er unter 4 Cent. Bei der Onshorewindenergie sind wir im Jahr 2000 mit 17,8 Pfennig gestartet. Bei der letzten Ausschreibung lag der Preis bei 5,7 Cent. Die Erneuerbaren sind also wirtschaftlich und schlagen alles andere.

Die Zahl der Arbeitsplätze im Bereich der Erneuerbaren lag im Jahr 2016 bei 370 000. Für 2020 sind

500 000 Arbeitsplätze prognostiziert.

Das ist eine Erfolgsgeschichte, die wir nicht durch unsinnige Anträge gefährden dürfen.

Wir müssen aber auch den Strukturwandel begleiten und den betroffenen Regionen helfen. Als Berliner – noch vor wenigen Jahren hat man gedacht, diese Stadt sei auf dem absteigenden Ast – kann ich Ihnen ein paar Zahlen mitgeben: Von 2008 bis 2017 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in Berlin um 340 000 gestiegen, allein im letzten Jahr um 59 000 – auch im Umweltsektor. Lassen Sie uns also mutiger sein! Es gibt gute Chancen, die wir nutzen müssen.

Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, dass wir auch auf die Kosten gesparter Tonne CO₂ achten werden. Dies spricht ganz klar für den Ausbau der erneuerbaren Energien, weil sie eben so günstig geworden sind. Die Stromwende muss zu einer echten Energiewende werden.

Im Gebäudebereich brauchen wir einen neuen Schub. Wir müssen auch dort ganzheitlich denken. Wir müssen im Quartier denken. Wir müssen dort die Erneuerbaren

und die Speicher stärken.

Und wir brauchen natürlich eine Verkehrswende. Dazu nur zwei Schlagworte. Wir brauchen eine Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs, und auch Wasserstoff wird dabei eine Rolle spielen. Wenn es heute Wasserstoffbusse gibt, die durch die Volksrepublik China fahren und dort produziert werden, muss auch unsere Industrie diese Chancen nutzen.

Ich habe keine Angst davor, wenn Wasser aus dem Auspuff kommt. Vor so einer Zukunft muss man keine Angst haben.

Wir haben in der Bevölkerung eine breite Akzeptanz für einen gut gemachten Klimaschutz. Auch die Industrie geht voran. Zum Teil ist sie ja sogar ambitionierter als wir, unter anderem Siemens. Ich habe mich sehr über die Studie des BDI gefreut, in der gesagt wurde: Klimaschutz ist gut für unser Land. Der BDI hat aber auch gesagt: Seid bei den Zielen etwas zurückhaltender. Dazu sage ich denen: Ihr habt euch die Techniken von diesem Jahr angeschaut und gesagt, dass wir damit eine Reduktion um 80 Prozent schaffen. Aber wir schaffen die Treibhausgasneutralität; denn es wird weitere Innovationen geben. Wir müssen ein innovationsfreundliches Land sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir tragen eine große Verantwortung für unser Land. Da kann man noch so sehr alles Mögliche wegrechnen: Unser Pro-Kopf-Emissionsbudget in der Vergangenheit war groß und ist heute noch zu groß. Die Verantwortung, die wir da weltweit tragen, müssen wir wahrnehmen. Wir müssen wieder ein Vorbild sein. Wir müssen die Chance nutzen, hier zu einem Neustart zu kommen, und das werden wir auch in dieser Koalition. Ich lade alle, die guten Willens sind, dazu ein, daran mitzuwirken; denn ich glaube, auf den Antrag der AfD kann es nur eine Antwort geben: ein gutes Klimaschutzgesetz als Parlamentsgesetz.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Karsten Möring [CDU/CSU] und Thomas Lutze [DIE LINKE])



Die Nordseeküste rüstet sich für den Klimawandel: Neue Deiche sind nötig.

©picture alliance / blickwinkel/fotototo

Lorenz Gösta Beutin, DIE LINKE:

Der Klimawandel bedroht das Überleben der Menschheit



© Fraktion Die Linke

Lorenz Gösta Beutin (*1978)
Landesliste Schleswig-Holstein

Ich möchte mich an dieser Stelle zuerst einmal herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen der AfD für diesen wirklich wunderbar sinnlosen Antrag bedanken, den Sie uns hier vorgelegt haben. Denn er gibt mir die Gelegenheit, mich einmal eingehend mit den kruden Thesen der AfD auseinanderzusetzen.

Doch bevor ich dazu komme, noch ein Wort zu diesem wunderbaren Hut, den ich Ihnen gebastelt habe. Er ist das Erkennungszeichen der Verschwörungsideologie überall auf der Welt.

Wenn Sie mögen, dürfen Sie ihn sich gerne nach meiner Rede hier

am Rednerpult abholen.

Was fordern Sie also?

Sie fordern, jegliche Beschäftigte des Bundes zu entlassen, die sich mit dem Klimaschutz beschäftigen. Sie fordern, alle Klimaschutzmaßnahmen hier in Deutschland auszusetzen. Das heißt, dass Deutschland komplett aus dem Klimaschutz aussteigen soll. Das wäre eine verantwortungslose Maßnahme.

Wir erleben es seit der letzten Bundestagswahl ja Monat für Monat, Woche für Woche in diesem Haus: Was Sie zu bieten haben, sind Fake News, sind Lügen, ist Hass. Das ist eine verantwortungslose Politik, die Sie hier betreiben.

Aber wissen Sie was? Ich bin tatsächlich überzeugt, dass die große Mehrheit der Menschen in diesem Land nehmen wird.

Diese Mehrheit wird lauter.

Die Mehrheit, die einsteht für Werte wie Freiheit,

Demokratie, Solidarität, ist stärker. Diese Mehrheit ist stärker als Ihr Hass.

Ich will im Einzelnen zu den Thesen kommen.

Erstens. Sie behaupten, der menschengemachte Klimawandel sei nicht wissenschaftlich erwie-

sen. Das ist falsch. Über 95 Prozent aller wissenschaftlichen Studien kommen zu dem Ergebnis, dass der Klimawandel menschengemacht ist.

Und mal ehrlich: Über welche Brücke würden Sie gerne gehen, über die Brücke, die zu 95 Prozent hält, oder über die, die zu 5 Prozent hält? Ich bevorzuge die Brücke, die zu 95 Prozent hält.

Erzählen Sie doch mal einer Familie auf Langeoog, deren Haus im Meer versinkt, es gäbe keinen Klimawandel! Erzählen Sie den 25 Millionen Menschen, die laut Vereinten Nationen in Afrika, in Ozeanien, in Asien ihre Heimat verlassen müssen, es gäbe keinen Klimawandel! Die werden Ihnen was husten.

Nein, es sind keine Sonneneruptionen, keine Reichsflugscheiben und auch keine geheime Weltregierung, die die Fieberkurve der Erde ansteigen lassen; es ist der menschengemachte Ausstoß von CO₂, Methan und anderen Klimagasen, durch den die Menschheit bedroht wird. Dieser Klimawandel bedroht das Überleben der gesamten Menschheit. Deswegen sagen wir als Linke: Stoppen wir diesen Klimawandel!

Zweitens. Sie behaupten, CO₂ sei das „Gas des Lebens“. Es ist beim CO₂ tatsächlich so wie bei einem Medikament: Nimmt man von einem Medikament zu viel, dann wirkt es schädlich. Das erleben wir seit dem Beginn der Industrialisierung. Der CO₂-Ausstoß Deutschlands liegt bei 2,3 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes, dabei hat Deutschland aber nur einen Anteil an der Weltbevölkerung von 1 Prozent; das heißt, Deutschland stößt überproportional viel CO₂ aus und wir sind dringend angehalten, den Ausstoß zu reduzieren und gemeinsam mit allen Staaten der Welt dafür zu sorgen, dass das Pariser Klimaschutzabkommen eingehalten wird.

Drittens. Sie behaupten, die Energiewende würde die deutsche Bevölkerung finanziell unnötig belasten. Auch das sind Fake News, auf die leider immer wieder auch die CDU und die FDP rekurrieren. An diesen Teil des Hauses gewandt kann ich nur sagen: Kehren Sie auch bei diesem Argument um! Lassen Sie uns gemeinsam kämpfen! Werden Sie von CDU und von FDP nicht zu den Bremserinnen der Klimawende!

Schauen wir uns das Kostenargument genauer an. Wir fordern den Kohleausstieg. Wir fordern das Dichtmachen der 20 drecks-

ten Braunkohlekraftwerke. Eine Studie ist zu dem Schluss gekommen, dass die Nutzung der Braunkohle unsere Gesellschaft 28 Milliarden Euro kostet – und das Jahr für Jahr. Würden wir die Kohleverstromung beenden, hätten wir nicht nur enorme Einsparungen, sondern – das würde ich vermuten – wir hätten sogar die eine oder andere Milliarde auch für die betroffenen Braunkohleregionen übrig; denn die Menschen dort haben das verdient.

Kurz und gut, deswegen sagen wir als Linke: Wir wollen diese Energiewende. Wir wollen sie sozialer, gerechter und demokratischer machen mit unseren linken Konzepten, nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern im Interesse der gesamten Welt.

Wenn Sie uns dann wieder vorwerfen, wir seien doch Gutmenschen, dann sage ich: besser Gutmenschen als Schlechtmenschen; denn wir haben eine Vorstellung davon, wie wir diese Gesellschaft umgestalten wollen und besser machen wollen. Es geht um nicht weniger als um die Rettung der Menschheit.

Es geht um nicht weniger als um die Rettung der Menschheit.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Oliver Krischer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Für die Energiewende auf europäischer Ebene kämpfen



© Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Oliver Krischer (*1969)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Ich hätte mir ehrlich gesagt nie vorstellen können, einmal einen solchen Blödsinn in einem Bundestagsantrag lesen zu müssen. Die Kollegen haben schon alles dazu gesagt.

Man muss sich nur die erste Forderung in Ihrem Antrag auf der Zunge zergehen lassen. Sie fordern

die Abschaffung aller Energie- und Klimagesetze; das heißt, Sie fordern so etwas wie Energieanarchie. Was würde passieren? Es würden sofort die Lampen ausgehen, Hunderttausende Menschen würden entlassen werden. Es ist offensichtlich AfD-Politik, dass Sie sich aus einem vernünftigen Energiesystem verabschieden wollen. Damit ist im Grunde genommen alles gesagt.

Aber auch das gehört zur Wahrheit dazu: Es findet sich in diesem Antrag auf sechs Seiten ein einziger Satz, der leider stimmt. Dieser lautet: Die Klimaschutzziele wurden verfehlt. – Dagegen kann man nichts sagen. Dass die Klimaschutzziele verfehlt wurden, hat einen ganz einfachen Grund: Wir haben eine Bundesregierung, die zwar von Klimaschutz redet, aber seit Jahren keine Klimaschutzpolitik mehr macht. Deshalb haben

wir unsere Ziele krachend verfehlt, sind längst nicht mehr internationaler Vorreiter, sondern inzwischen Nachzügler. Das muss das Thema der Debatte hier im Deutschen Bundestag sein.

Letzte Woche beim Energieministerrat ging es um die zukünftige Energiepolitik Europas, um die Ziele für erneuerbare Energien und um Energieeffizienz. In der Vergangenheit war es so, dass Deutschland in Europa immer an der Spitze der Bewegung stand, auch über Regierungen hinweg, und dafür gekämpft hat, dass bessere Ziele erreicht werden. Plötzlich erleben wir – ich sage Ihnen ganz ehrlich: das hätte ich mir nie vorstellen können –, dass ein Energieminister Peter Altmaier an der Seite der nationalkonservativen PiS-Partei aus Polen gegen Frankreich, gegen Spanien, gegen die Niederlande, gegen Skandina-

vien, gegen Italien kämpft und schwächere Ziele durchsetzt. Meine Damen und Herren, wir haben hier mal eine Energiewende gehabt. Was ist daraus geworden? Warum kämpfen Sie nicht auf europäischer Ebene dafür?

Ich hätte es mir ja ehrlich gesagt nicht vorstellen können, dass ich mal hier stehen und mir fast Sigmar Gabriel zurückwünschen würde.

Denn mit ihm war in der letzten Großen Koalition die Position der Sozialdemokraten an dieser Stelle wenigstens klarer.

Meine Damen und Herren, ich hätte nicht gedacht, dass Sie mal so tief sinken könnten, an der Seite der Kohle-Barone zu kämpfen.

Nachdem Sie die 2020er-Ziele schon aufgegeben haben, indem Sie sagten: „Die wollen wir gar nicht mehr erreichen. Das lassen wir.“, aber jetzt sagen: „Indianerehrenwort! Wir werden die 2030er-Ziele erreichen.“, muss man Ihnen einfach ins Stammbuch schreiben: Sie legen jetzt die Grundlage dafür, dass Sie auch diese Ziele wieder verfehlen werden, und zwar indem Sie auf europäischer Ebene für schwache Ziele im Energiebereich und im Auto-

mobereich kämpfen, indem Sie verhindern, dass es eine ambitionierte Klimaschutzpolitik gibt, und indem Sie verhindern, dass es Ausschreibungen für mehr Windenergie gibt.

Sie stehen in dieser Großen Koalition sicherlich nicht auf der Seite der AfD, aber Sie bekämpfen an der Stelle eine vernünftige Energie- und Klimapolitik, die diesen Planeten und die Industrie unseres Landes in die Zukunft führen könnte. Und das ist eine absolut fatale und falsche Politik, meine Damen und Herren.

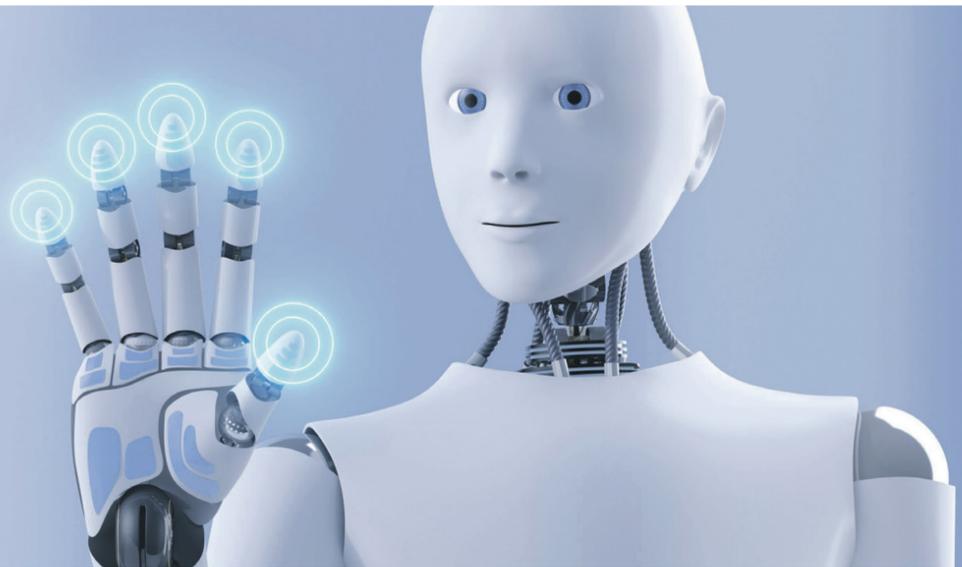
(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen zudem die Abgeordneten Andreas Jung (CDU/CSU), Martin Neumann (FDP), Nina Scheer (SPD), Lisa Badum (Bündnis 90/ Die Grünen), Jens Koeppen (CDU/CSU), und Timon Gremmels (SPD).

leicht
erklärt!

Schlaue Computer

Künstliche Intelligenz und ihre Folgen



Im folgenden Text geht es um
schlaue Computer-Programme.
Man sagt dazu auch:
künstliche Intelligenz.

Und es geht um eine
Arbeits-Gruppe vom Bundes-Tag.
Sie soll sich mit
diesem Thema beschäftigen.

Folgende Fragen werden
im Text besprochen:

- Was sind schlaue
Computer-Programme?
- Welche Auswirkungen
haben sie auf unser Leben?
- Womit genau soll sich
die Arbeits-Gruppe beschäftigen?

Was sind schlaue Computer-Programme?

Schlaue Computer-Programme sind
eine bestimmte Art von
Computer-Programmen.

Sie können etwas Besonderes.
Etwas, das normale
Computer-Programme nicht können.



Normale Computer-Programme
funktionieren so:

Man sagt ihnen genau,
was sie tun sollen.
Und dann erledigen sie eine Aufgabe.

Sie können nur genau die Dinge,
die man ihnen vorher beigebracht hat.

Bei schlaunen Computer-Programmen
ist das anders.

Sie können sich selbst
Dinge beibringen.
Ganz ohne die Hilfe von Menschen.

Das bedeutet zum Beispiel:

Wenn das Programm einen Fehler
macht, merkt es das von allein.
Und dann macht es den Fehler
nicht noch mal.

Darum sagt man:
Diese Computer-Programme
sind schlaun.
Ein bisschen so wie Menschen.

Und ein anderes Wort für
„schlaun“ ist „intelligent“.

Daher kommt der Name:
künstliche Intelligenz.

Wo benutzt man schlaue Computer-Programme?



Es gibt immer mehr schlaue Computer-Programme. Und es werden sicherlich noch mehr. Hier ein paar Beispiele, wo sie eine Rolle spielen können.

Straßen-Verkehr

Schlaue Computer-Programme können zum Beispiel den Straßen-Verkehr lenken.

Sie beobachten genau, wie der Verkehr gerade läuft. Dann schalten sie zum Beispiel die Ampeln. Dadurch können sie Staus vermeiden.



Wichtig sind solche Programme auch bei Autos, die von allein fahren. Denn sie steuern diese Autos.

Und dabei müssen sie schlau sein.

Sie müssen ständig neue Dinge lernen. Und ganz unterschiedliche Aufgaben lösen.

Denn: Im Straßen-Verkehr können tausend verschiedene Dinge passieren.

Die kann man dem Programm nicht alle vorher beibringen.

Ärzten helfen

Schlaue Computer-Programme können sehr schnell sehr viele Infos durchlesen. Zum Beispiel sehr viele Texte.

Damit können sie zum Beispiel Ärzten helfen.



Denn:

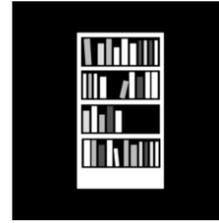
In der Medizin verändert sich das Wissen ohne Pause.

Jede Woche finden Wissenschaftler neue Dinge heraus. Und dann erscheinen neue Medizin-Bücher.

Ärzte können das nicht alles lesen.

Ein Computer aber schon.

Und ein schlaues Computer-Programm kann dem Arzt dann bei der Diagnose helfen.



Sprachen übersetzen

Es gibt schlaue Übersetzungs-Programme.

In diese Programme hat man sehr, sehr viele Sätze aus verschiedenen Sprachen eingegeben.

Dadurch lernt es die Sprachen.

Dann kann es von der einen Sprache in die andere übersetzen.

Und immer, wenn man es benutzt, lernt es neue Sätze dazu.

So macht das Programm immer bessere Übersetzungen.



Vorteile

Schlaue Computer-Programme kann man also in vielen Bereichen einsetzen.

Sie können sehr hilfreich für Menschen sein.

Denn sie können bestimmte Aufgaben viel schneller als Menschen erledigen. Und oft auch besser.



Probleme



Aber: Auch mit schlaun Computer-Programmen kann es Probleme geben.

Hier ein paar Beispiele dafür.

Fehler



Auch schlaue Computer-Programme können Fehler machen.

In Tests passiert das immer wieder.

Zum Beispiel bei Programmen, die Ärzten helfen sollen. Die stellen dann vielleicht eine falsche Diagnose.

Experten sagen darum: Es ist wichtig, die Programme immer zu kontrollieren.

Computer-Programme von Menschen unterscheiden



Ein anderes Problem ist: Manchmal kann man schlaue Computer-Programme kaum noch von Menschen unterscheiden.

Es gibt zum Beispiel Programme, die im Internet Texte schreiben.

Das machen sie zum Beispiel bei Whats-App oder bei Facebook.

Oft merkt man gar nicht mehr, dass da ein Computer-Programm schreibt.

Arbeits-Plätze



Viele Leute fürchten auch: Schlaue Computer-Programme könnten Menschen die Arbeits-Plätze wegnehmen.

Denn sie können ja viele Aufgaben besser erledigen als Menschen.

Und sie kosten weniger als menschliche Arbeiter.

Viele Fragen zu schlaun Computer-Programmen

Zu schlaun Computer-Programmen kann man 2 Dinge sagen:

1) Die Meinungen dazu sind sehr unterschiedlich.

Manche Menschen sagen: Sie sind eine große Gefahr.

Andere sagen: Sie werden unser Leben in vielen Dingen besser machen.

2) Niemand kann genau sagen, wie sie unser Leben in Zukunft verändern werden.



Es gibt also sehr viele Fragen dazu.

Darum hat der Bundes-Tag beschlossen:

Eine Arbeits-Gruppe soll sich mit diesen Fragen beschäftigen.

Diese Arbeits-Gruppe nennt man auch: Enquete-Kommission.

Was ist eine Enquete-Kommission?

Das Wort „Enquete“ kommt aus dem Französischen.

Man spricht es ungefähr so: On-keht. Es bedeutet: Untersuchung.

Und eine Kommission ist eine Experten-Gruppe.



Eine Enquete-Kommission ist also eine Experten-Gruppe, die ein bestimmtes Thema untersucht.

Im weiteren Text werden wir darum immer von Experten-Gruppe sprechen.

Die Experten-Gruppen wird zum Beispiel vom Bundes-Tag gegründet.

Sie soll bestimmte Fragen zu ihrem Thema beantworten.

Und sie soll Tipps geben, wie man mit dem Thema umgehen soll.



Zu der Experte-Gruppe gehören Politiker vom Bundes-Tag.

Und es gehören Experten dazu, die nicht zum Bundes-Tag gehören. Zum Beispiel Wissenschaftler.

Experten-Gruppe für schlaue Computer-Programme

Der Bundes-Tag hat also eine Experten-Gruppe für das Thema schlaue Computer-Programme gegründet. Also für künstliche Intelligenz.

Zur Experten-Gruppe sollen 19 Politiker vom Bundes-Tag gehören. Und 19 Experten, die nicht zum Bundes-Tag gehören.



Sie sollen folgende Aufgabe erledigen:

Zum einen sollen sie herausfinden, welche guten Dinge schlaue Computer-Programme für die Menschen tun können.

Außerdem sollen sie herausfinden, wie man mit den Problemen umgehen soll.



Folgende Fragen sollen sie zum Beispiel beantworten:

- 1) Welche schlaue Computer-Programme gibt es schon?
Und wer arbeitet im Moment damit?
- 2) Muss es Gesetze für den Einsatz von solchen Programmen geben?
- 3) Welche Aufgaben kann man Computern überlassen?
Und in welchen Dingen sollten Menschen entscheiden?
- 4) Wie werden sich Berufe durch schlaue Computer-Programme verändern?

Was passiert jetzt?

Der Bundes-Tag hat die Experten-Gruppe letzte Woche gegründet.

Bald wird sie also mit der Arbeit anfangen.

Die Experten-Gruppe soll im Sommer 2020 über ihre Ergebnisse berichten.

Dann kann der Bundes-Tag entscheiden:

Welche Tipps von den Experten sollen umgesetzt werden?

Soll die Experten-Gruppe weiter an dem Thema arbeiten?



Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / Westend61, Fotografien: Anna Huber. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 27/2018
Die nächste Ausgabe erscheint am 9. Juli 2018.